

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis dreimonatlich: 1,10 Mk., halbjährlich 2,20 Mk., jährlich 4,40 Mk., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichtigungen und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. **Mittwoch, den 10. Januar 1906.** Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1948. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1944.

Die englischen Hauptwahlen.

Die seit dem 11. Dezember bestehende liberale Regierung löste am 8. Januar 1906 das Parlament auf und ordnete Neuwahlen an. In der zweiten und dritten Januarwoche werden die Wahlen vorgenommen, und gegen Ende Januar wird das Ergebnis bekannt sein. Die Lage ist indes schon jetzt klar genug, um mit einiger Sicherheit das Ergebnis voraussagen zu lassen. Die Wahlen werden das Ergebnis nur präzisieren feststellen. Es herrscht gegenwärtig kein Zweifel mehr über den Sieg der liberalen Partei, die eine erhebliche Mehrheit erhalten wird, was bedeutet, daß die Konservativen, die das Land seit zwanzig Jahren beherrscht haben, eine empfindliche Niederlage erleiden werden. Unbekannt ist nur noch die numerische Größe der liberalen Mehrheit. Wird sie stark genug sein, um ohne Hilfe der Iren und der Arbeitervertreter den Konservativen die Stange halten zu können?

Diese Frage bedarf einiger Worte der Erklärung. Das englische Unterhaus besteht aus 670 Mitgliedern, die sich in Konservativen, Liberalen, Iren (Homeuler, Nationalisten) und Arbeitervertreter teilen. Die Konservativen werden auch „Unionisten“ genannt, da sie gegen Homeuler (gegen eine selbständige Regierung Irlands) sind und die Union, das Bündnis zwischen Großbritannien und Irland, aufrechterhalten wollen. In den letzten zwei Parlamenten von 1895 bis 1900 und 1900 bis 1905 hatten die Konservativen eine Mehrheit von 150 bis 80 Stimmen über die Liberalen, Iren und Arbeiter zusammengenommen. Die konservative Regierung hatte also eine sichere Stütze und war von den übrigen Parteien ganz unabhängig. Dies ist selbstredend das Ideal einer parlamentarischen Partei. Die letzte liberale Regierung in den Jahren 1892 bis 1895 hatte keine selbständige Mehrheit gehabt und war auf die Hilfe der Iren, die gewöhnlich etwa 80 Mann stark sind, angewiesen, besand sich also in einer ganz unangenehmen Lage; denn im parlamentarischen Leben muß man für jede Hilfe zahlen, und die Zahlung an die Iren heißt „Homeuler“, über deren Zweckmäßigkeit die liberale Partei sich nicht einig ist, so daß sie darüber zur Spaltung und Schwächung gelangen muß.

Es ist nun das Bestreben jeder großen und zielbewußten englischen Partei, erst dann zur Regierung zu gelangen, wenn sie eine selbständige, geschlossene Mehrheit hinter sich hat. Und dies ist der Sinn der oben gestellten Frage: Wird die liberale Partei eine solche Mehrheit erlangen, um ihre Regierung von der Hilfe der Iren und der Arbeitervertreter unabhängig zu machen?

Von der Beantwortung dieser Frage hängen einige wichtige Parteibildungen ab. Reicht die liberale Partei mit einer schwachen Mehrheit zurück, so wird ihre Herrschaft bald zu Ende sein; denn sie wird sodann von den Iren abhängen, die auf Einführung von Homeuler dringen werden. Nun will aber ein großer Teil der liberalen Partei von einer besonderen Regierung in Dublin nichts wissen; und da eine schwache Regierung immer Fehler und Dummheiten begeht, so würde die konservative Partei viel gewinnen und höchst wahrscheinlich Mr. Chamberlain zum leitenden Staatsmann Englands machen; denn Chamberlain wird die Schwächen der liberalen Regierung entblößen und geißeln.

Reicht aber die liberale Partei mit einer selbständigen, starken Mehrheit zurück, so werden weder Irland noch die Arbeiterpartei auch nur den kleinsten Teil ihrer Forderungen durchsetzen können. Die Folge würde sein, daß sich die Iren und die Arbeitervertreter zu einer festen demokratischen Linken verbinden. Diese Möglichkeit wird sowohl von Keir Hardie wie vom irischen Führer Michael Davitt vorausgesehen.

Von der Größe des liberalen Sieges hängt also die nächste Zukunft der liberalen Partei, die Zukunft Chamberlains und schließlich die der Arbeiterpartei ab. Es ist selbstverständlich, daß die Liberalen sich aller dieser Erwägungen bewußt sind. Sie geben demgemäß mit dem anzusehenden Schicksal in den Kampf: Für Freihandel! Dies ist das Programm der Liberalen; sie sagen, dies sei der Hauptwunsch des Landes und ihn müssen sie Rechnung tragen. Dagegen wählen die Konservativen den ihnen am besten passenden Schicksal: Für die Union! Für das Reich! Also gegen Homeuler, gegen die Klein-Engländer. Sie bemühen sich, dem Publikum weizumachen, daß die Liberalen für eine Trennung Irlands von Großbritannien und gegen den Zusammenschluß des Mutterlandes mit den Kolonien sind.

Alle diese Fragen sind ziemlich kompliziert, aber das Wesentliche läßt sich doch leicht festhalten.

Die Liberalen gehen in den Wahlkampf, um den Freihandel gegen die konservative Partei zu schützen. Alles andere ist ihnen Nebensache. Die Konservativen gehen gespalten in den Kampf. Die Anhänger Chamberlains treten offen für Lebensmittelpolitik auf, um das Reich durch einen Vorzugtarif zusammenzuschließen; selbstverständlich sind sie gegen Homeuler, da die strategische Lage Irlands eine derartige sei, daß England die volle Gewalt über diese an Englands westlicher Flanke liegende Insel haben müsse; aber schon um bedwillen sind sie gegen Homeuler, weil ja der imperialistische Gedanke an sich „Zusammenschluß großer Gebiete und Richterstellung des Reiches“ bedeutet.

Die Anhänger Balfours und die konservativen Freihändler kümmern sich scheinbar weniger um die Zollpolitik als um die Homeulerfrage, und beschuldigen die Liberalen, daß diese die Union zwischen Großbritannien und Irland auflösen wollten. Sie kümmern sich an eine Frage, an der die liberale Partei bereits zweimal (1886 und 1895) Schiffbruch gelitten hat.

Hoffen wir nach alledem die Wahlprogramme der beiden großen Parteien zusammen, so sehen wir: Die Liberalen sagen: „Wir wollen den Freihandel schützen, der von den Konservativen bedroht wird.“ Die Konservativen sagen: „Wir wollen die Einheit Englands schützen, die von den Liberalen bedroht wird.“

Diese beiden Parteien sind, soweit die unmittelbare Politik in Betracht kommt, die wichtigsten. An dritter Stelle muß der Abgeordnetenzahl nach die irische Partei betrachtet werden. Irland wählt 103 Abgeordnete. Davon sind 21 unionistisch (konservativ) und 82 nationalistisch (Homeuler). Diese Zahlen können manche Änderungen erfahren, da unter den Homeulern einige Unzufriedene und Sezessionslustige sind. Die etwa 80 Nationalisten gehen gewöhnlich mit den Liberalen, aber sie sind an keine Partei gebunden! Sie stimmen für diejenige Partei, die für Irland eintritt. Die irische Partei ist nichts weniger als einheitlich. Es gibt in ihr Reaktionen, wie sie in den englischen Parteien gar nicht zu finden sind; denn die Iren sind zum größten Teil katholisch, abergläubisch, ungebildet, nationalistisch und Kleinbäuerlich. Sie sind geistig den französischen Nationalisten so ähnlich, als gehörten sie demselben Volke an. Fast alle haben gewisse Talente, aber keiner von ihnen ragt über die Mittelmäßigkeit hinaus. Nicht einmal im Katholizismus haben sie etwas Besonderes geleistet. Ihre besten Führer waren Protestanten, eingewanderte Schotten und Engländer! Die Iren werden mit derjenigen Parlamentsfraktion stimmen, von der sie die größten Vorteile für Irland zu erwarten haben.

Nun kommen wir zu den Sozialisten und Arbeitern. Die ersten haben zwei Organisationen: die Sozialdemokratische Föderation (S. D. F.) und die Unabhängige Arbeiterpartei (I. A. P.). Die S. D. F. ist ihrem Wesen nach marxistisch. Sie hat 9 Kandidaten aufgestellt:

1. Hyndman in Burnley,
2. Bill Thorne in Südwest-Ham (London),
3. Lush in Southampton,
4. Irving in Accrington,
5. Harilev in Bradford,
6. Kennedy in Aberdeen,
7. Jones in Camborne,
8. Williams in Northampton,
9. Gribble in Northampton.

Sie sind alle tüchtige Genossen, ausgezeichnete Redner und Agitatoren, und drei von ihnen sind auch in der Gewerkschaftsbewegung hervortretend tätig. Aber ihre Wahlausichten sind nicht gut. William Thorne ist unter ihnen der einzige, der höchst wahrscheinlich erfolgreich sein wird. Hyndman hat gegen einen konservativen und gegen einen Liberal-Labour (einen liberalen Arbeiterkandidaten) zu kämpfen. Die Wahlkosten dieser neun Kandidaten werden sich auf mindestens 50 000 Mk. belaufen, was für eine so arme Organisation wie die S. D. F. sehr viel ist. Aber in England wird jede Konfession an das Volk mit einer Mauer umgeben, die nur ein mit Gold beladener Esel übersteigen kann.

Die Unabhängige Arbeiterpartei (I. A. P.) hat sich dem Komitee für parlamentarische Arbeitervertretung oder, kurz gesagt, der gewerkschaftlichen Arbeiterpartei angeschlossen. Letztere im Jahre 1900 entstandene Partei zählt jetzt ungefähr eine Million Arbeiter, während die S. D. F. nur 16 000 Sozialisten zählt. Die beiden haben zusammen 50 Kandidaten aufgestellt:

- | | |
|---|---------------------------------------|
| George A. Barnes, Glasgower (Glasgow). | J. T. MacPherson, Preston. |
| C. B. Dowerman, Deptford. | Mitchell, Darlington. |
| J. Burch, Camlachie (Glasgow). | O'Grady, Leeds (E.). |
| J. A. Clunes, Manchester (N. E.). | Parker, Halifax. |
| Stanton Coit, Walsfield. | Proctor, Grimsby. |
| James Conley, Kirkdale (Liverpool). | T. F. Richards, Wolverhampton (W.). |
| Bill Crooks, Woolwich. | G. D. Roberts, Norwich. |
| Bete Curran, Harrow. | Frank Rose, Stockton. |
| E. Gahan Duffy, Whitehaven. | W. Sanders, Portsmouth. |
| Charles Duncan, Harrow. | F. Seddon, Newton (Lancs.). |
| A. Fox, South Leeds. | H. Sexton, Torquay (Liverpool). |
| A. G. Gill, Bolton. | D. J. Chadleton, Ulthwaite (Lancs.). |
| J. Bruce Gifford, Bordesley (Birmingham). | Philip Snowden, Blackburn. |
| E. Glover, St. Helens. | Edney Stranks, Croydon. |
| J. Keir Hardie, Merthyr. | G. H. Stuart, York. |
| H. Henderson, Varnard Castle (Durham). | E. Sumnerbell, Sunderland. |
| W. Hill, Goban (Lancs.). | Bill Thorne, West Ham (E.). |
| J. Hodge, Gorton (Lancs.). | Ben Turner, Dewsbury. |
| James Holmes, Birmingham (E.). | S. Wallis, Ince (Lancs.). |
| W. Hudson, Newcastle. | W. Walker, Velfort (N.). |
| J. Jenkins, Chatham. | G. J. Wandle, Stockport. |
| F. W. Jowett, Bradford (W.). | Alex. Wille, Dundee. |
| G. D. Kelley, Manchester (S. W.). | E. A. Williams, Huddersfield. |
| J. R. McDonald, Leicester. | W. L. Wilson, West Houghton (Lancs.). |
| J. MacPherson, Graveland. | J. Winstone, Monmouth Vorouighs. |

Unter diesen 50 Kandidaten sind vier, die im letzten Parlamente Abgeordnete waren und den Kern einer selbständigen Arbeiterfraktion bildeten: Keir Hardie, Crooks, Henderson und Chadleton. Diese vier haben alle Aussicht, wiedergewählt zu werden. Hardie und Chadleton haben vorläufig gar keinen Gegenkandidaten, so daß sie ohne jede Abstimmung, ohne jeden eigentlichen Wahlkampf vom Wahlkommissar als gewählt erklärt werden — wahrscheinlich schon gegen Ende dieser Woche.

Von den übrigen haben gute Aussichten: J. R. Mac Donald, Parker, Snowden, Mitchell, Sumnerbell, Clunes, und — wie schon früher erwähnt — Bill Thorne, der sowohl von der S. D. F. wie von der Arbeiterpartei aufgestellt ist. Mit Ausnahme Mitchells, der sich vom revolutionären Sozialisten zum respektablen Liberalen entwickelt hat, sind alle übrigen Sozialisten, obwohl sie theoretisch auf nichtmarxistischem Boden stehen. Man könnte sie „Revisionisten“ nennen.

Vielleicht werden noch an die fünf Arbeiterkandidaten gewählt werden. Die Arbeiterpartei und die Sozialisten können indes nur auf höchstens 20 Siege rechnen. Außerdem haben die Bergleute

17 Kandidaten aufgestellt, von denen einige schottische mit den Sozialisten gehen werden. Endlich gibt es Arbeiterkandidaten, die entweder von einzelnen Wahlkreisen oder von einzelnen Gewerkschaften aufgestellt worden sind und sich der Arbeiterpartei nicht anschließen, da sie sich zu einem selbständigen Vorgehen im Parlamente, d. h. zur Bildung einer sozialistischen Arbeiterfraktion, nicht verpflichtet wollen!

Zum Schluß noch einige Worte über den Wahlprozeß: In England gibt es keine Stichwahlen; ein Wahlgang genügt; die relative Mehrheit entscheidet. Das Fehlen des Stichwahlsystems zeigt, daß man in England immer mit nur zwei Parteien gerechnet hat. — Sodann finden die Wahlen nicht an einem einzigen Tage statt, sondern schleppen sich etwa 10 Tage hindurch. Sie werden wahrscheinlich am 12. Januar anfangen und bis zum 22. Januar dauern. —

Die Revolution in Rußland.

Vom „Abkamen“ der Revolution.

Einen Beweis dafür, wie sehr die offiziellen russischen Nachrichten, die ein ständiges Abkamen der revolutionären Bewegung melden, die Tatsachen fälschen, liefern die deutschen amtlichen Bekanntmachungen über den Bahnverkehr in Rußland. So veröffentlicht heute wieder das „Wolffsche Bureau“ die amtliche Meldung aus Bromberg, daß nicht weniger als 16 russische Bahnlinien, darunter sehr wichtige, für den Personenverkehr völlig gesperrt sind; für den Güterverkehr beträgt die Zahl der gesperrten Strecken gar 33!

Die Transsibirische Bahn in den Händen der Revolutionäre.

London, 9. Januar. Aus Petersburg meldet der „Standard“, die russische Regierung habe dem Kriegsminister Befehl erteilt, ein Expeditionskorps zu organisieren, um die transsibirische Bahn, die sich noch immer in den Händen aufständischer Truppen befindet, freizumachen. Das Korps soll aus Infanterie, Artillerie und Pionieren zusammengesetzt werden.

Gärung in der Mandschurei-Armee.

Aus Chabin in Peking eingetroffene Kaufleute berichten, daß die russischen Behörden die Truppen so schnell wie möglich in die Heimat zurücksenden. Die Reisenden schildern die Truppen als unmitttelbar vor der Meuterei stehend, da sie gedroht hätten, wie in Wladiwostok zu brennen und zu plündern, wenn sie nicht nach der Heimat gebracht würden. In letzter Zeit seien wiederholt Brandstiftungen vorgekommen. Die Eisenbahnangestellten weigern sich, ihren Dienst zu verrichten, soweit nicht Militärzüge in Betracht kommen.

Die Großfürsten die schlimmsten Spitzbuben!

In der „Eisenacher Tagespost“ wird der Brief eines in Petersburg lebenden Deutschen veröffentlicht, der sich mit großer Offenheit über die russischen Zustände äußert. Der Mann ist kein Revolutionär; früher Fleischergeselle, steht er seit längerer Zeit in Diensten einer Petersburger Gummifabrik und ist seit vergangenem Sommer Chef der Gummischuh-Expedition mit einem Gehalt von 4000 Rubel. Er schreibt in seinem vom 19. Dezember russischen Stils datierten Brief zum Schluß:

„Wenn werden die Russen endlich ein Ende nehmen? Vor einigen Monaten war man allgemein der Ansicht, wenn erst der unglückliche Krieg vorbei sein wird, dann kommt Ruhe ins Land, doch gerade das Gegenteil ist eingetroffen. Jetzt heißt es wieder, ja wenn erst die Gossudarstwennaja-Duma (Reichstag) einberufen werden wird, dann wird alles ruhig werden. Doch mit der Einberufung scheint die Regierung noch keine Eile zu haben. Der unterjochte, mit allen Banden gefesselte Bauer wird wohl nicht so bald zur Ruhe kommen. Erst wenn nichts mehr zu zerstören und zu plündern ist, und wenn die Hungerdruht vor der Türe steht, kommt wohl die Befinnung; wenn es dann nur nicht zu spät sein wird! Ein Millionentapital ist im letzten Jahre zugrunde gegangen, die russischen Papiere sind um 20—25 Proz. gesunken, Tausende von Menschen sind gepöppelt worden und wen trifft die Schuld an allem Unglück? Die Regierung und nochmals die Regierung!!! Die Beamten, vom Minister bis zum jüngsten Beamten sind Spitzbuben, die da stehlen, wo sie nur können. Ans Arbeiten denken die Leute nicht, das gestohlene Geld in Kartenspielen und in grandiosen Saufereien zu verprassen, das ist ihre Hauptbeschäftigung. Als die schlimmsten Spitzbuben sind die Großfürsten hier bekannt. Dank ihrer Stellung standen sie außer jeglicher Kontrolle. Protektorate über wohlthätige Sammlungen wurden ihnen gegeben und es sind ungeheure Summen, die durch sie verschwendet sind. Und solche Zustände herrschen sowohl bei den Beamten wie beim Militär. Lange schon war das dem Volke bekannt, aber keiner wagte dagegen Einspruch zu erheben; die Zeitungen waren durch die strenge Zensur zum Schweigen verurteilt und wenn manchmal ein Redakteur sich erlaubte, den Schalter nur ein wenig zu kippen, die kleinste Strafe war für ihn Verbannung nach Sibirien, und wer dahin kam, den sah man selten wieder. Jetzt steht das Volk auf, der Mißwirtschaft soll mit einem Schläge ein Ende gemacht werden und da folches eben nicht gutwillig geht, soll die Macht werden. Wer jetzt die Oberhand behält, wird die Zeit zeigen. Doch, wie es auch kommen mag, eine Veränderung zur Besserung wird unbedingt folgen müssen und folgen. Mit Politik beschäftigt sich jetzt jedermann hier, sogar die Schläger halten politische Ver-

sammungen und streiken in der Schule. Die oberen Klassen in vielen russischen Gymnasien sind geschlossen, weil entweder die Lehrer oder die Schüler streiken. Es herrschen eben jetzt Zustände, die auf die Dauer nicht haltbar sind, und ein schnelles Ende ist von den meisten erwünscht. Für uns Ausländer ist es eine interessante, wenn auch mißlicher etwas graufige Zeit hier, die ganze Umwälzung des russischen Reiches mitzumachen. Trotzdem flüchten von St. Petersburg nur sehr wenige.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Januar.

Parlamentarisches Duodlibet im Reichstage.

Die große Kampagne um die Steuerentwürfe begann vor fast leeren Rängen in der läglichsten Weise. Aus der Teilnahmelosigkeit der bürgerlichen Parteien und den Maßnahmen des Präsidenten läßt sich schließen, daß bereits Vorbesprechungen zwischen der Regierung und den Mehrheitsparteien resp. dem Zentrum stattgefunden haben, um der Beratung der Vorlagen im Plenum die kritische Schärfe zu nehmen. Vor den Ferien hatte der Präsident die Ansicht geäußert, jeden der einzelnen Gesetzentwürfe für sich beraten lassen zu wollen; inzwischen scheinen aber außerparlamentarische Einflüsse den Präsidenten für die abschwächende Zusammenfassung aller Steuerentwürfe in eine Generaldebatte gewonnen zu haben. Und so wirbelten denn in den Reden der bürgerlichen Sprecher die Vorlagen in bunter Reihe interesselos durcheinander, ohne sachmännische, eingehende Besprechung zu finden.

Daß der Regierung eine unsachgemäße, abschwächende Behandlung der Vorlagen im Plenum erwünscht ist, das bestätigte der Schatzsekretär Freiherr v. Stengel durch eine kurze Einleitungsrede, die eine offene Einladung zum Ruhhandel an die Adresse der Parteien war, „die sich mit der Regierung über die Vorlagen verständigen wollen“. — Ueber die Einzelheiten werde sich am besten in der Kommission Aufschluß geben und beraten lassen. Verständnisvoll lächelten die Angure der handelsbereiten Parteien dem Verwalter des Reichsfiskus zu, dessen weitere Bemerkungen genau so trostlos öde waren wie seine Etatsrede vor den Ferien.

Natürlich läßt sich die sozialdemokratische Fraktion nicht in dieses Tölpelwerk unsachlicher, oberflächlicher Beratung hineinwirbeln, sondern hat ihrerseits Vorkehrungen getroffen, daß die einzelnen Steuerentwürfe durch Spezialredner besprochen werden.

Wie sehr die geschäftlichen Dispositionen des Präsidenten den Intentionen des Zentrums entsprechen, das bewies die Rede des bayerischen Zentrumsabgeordneten Speck, der über alle Vorlagen sprach, aber nichts sagte, woraus über die Stellung des Zentrums mehr entnommen werden könnte als aus der Etatsrede des Abg. Frihen. Weder die Wiederholung der Berufung auf § 6 des Stottengesetzes, durch den sich das Zentrum hinsichtlich neuer indirekter Steuern gebunden fühle, noch die scheinoppositionelle Phrase, daß das Zentrum keine Mark mehr bewilligen werde, als absolut notwendig sei, kann über die Bereitwilligkeit hinwegtäuschen, mit der Abg. Speck in verblümter Form dem Schatzsekretär die Unterstützung des Zentrums zusagte. Noch plädierte der Zentrumsredner für eine Erweiterung der Erbschaftsteuer, die einige neue indirekte Steuern erübrige, aber er lehnte jede bestimmte Erklärung für seine Fraktion ab und behielt sich die endgültige Stellungnahme für die Kommissionen vor, gleichwie der Abgeordnete Büsing es für die National-Liberalen tat.

Die Tabaksteuerentwürfe sowie die Biersteuer fanden bei diesen Rednern nur einige ganz unverbindliche Bemerkungen,

wenn auch beide ihre Abneigung gegen eine Erhöhung der Lasten auf Bier und Tabak bekundeten, eine Abneigung, die nur der Protestbewegung der Massen gegen die neuen Steuern zu verdanken ist. Ob sie vorhält, ist zweifelhaft und bleibt abzuwarten.

Genosse Singer durchkreuzte die Maßnahmen des Präsidenten und kündigte dem Hause an, daß die einzelnen Vorlagen von eigens dazu bestellten Rednern unserer Fraktion besprochen werden; er selbst beschäftigte sich mit der Erbschaftsteuerentwürfe, deren unzureichende, die Besitzenden schonende Bestimmungen er scharf kritisierte. Er betrachtete die Erbschaftsteuer als einen Ersatz für die zu beseitigenden indirekten Steuern und Hölle auf Verbrauchsartikeln. Unwillig murmelte die Verteidiger der bürgerlichen Ehe, als Singer die Besteuerung der Mitgift mit dem Hinweis begründete, daß die besitzenden Klassen die Ehe vorwiegend als den Abschluß eines Geschäftes betrachten. — Am Mittwoch folgt die Fortsetzung des Duodlibets.

Rheinbaben's Etatsrede.

Im Abgeordnetenhause, das am Dienstag seine Sitzungen wieder aufnahm, hatten sich nur sehr wenig Abgeordnete eingefunden, um das Finanzexposé des Ministers v. Rheinbaben mit anzuhören. In klarer Weise gab der Minister ein Bild über die Finanzlage der letzten Jahre, und nur ab und zu flocht er einige allgemein-politische Betrachtungen in seine Rede ein. Das Ergebnis des Jahres 1904 ist ein äußerst günstiges, der Ueberfluß beläuft sich auf mehr als 30 Millionen, und auch das Jahr 1905 wird voraussichtlich einen ebenso günstigen Abschluß zeitigen. Wenn auch der politische Himmel, wie Herr v. Rheinbaben sich ausdrückte, nicht ohne Wolken ist, so ist doch die wirtschaftliche Lage eine zufriedenstellende. Der russisch-japanische Krieg hat auf unser Wirtschaftsleben keinen schädlichen Einfluß geübt, im Gegenteil, die Waffenindustrie und die mit ihr verwandten Nebenindustrien sind sogar mit sehr erheblichen Aufträgen versehen worden, und die Arbeiter dieser Berufe hatten reichlich Arbeitsgelegenheit. Auch die Lage der Landwirtschaft hat sich gebessert; zum erstenmal seit langen Jahren wurden die Staatsdomänen zu höheren Preisen verpachtet. Herr v. Rheinbaben führt die Besserung der Lage der Landwirtschaft natürlich auf den Luchtertarif zurück — ein bemerkenswertes Zugeständnis, da die Agrarier sonst zu bestreiten pflegen, daß sie davon Vorteile haben. Nicht schmerzhaft hat den Minister der Streik im Ruhrkohlenrevier berührt — nicht etwa, weil Tausende von Arbeitern durch die Profitgier der Grubenbarone Hunger und Elend erleiden mußten, sondern weil — der Staat dadurch weniger Einnahmen hatte! — Die Eisenbahnverwaltung schätzt den ihr durch den Streik entgangenen Gewinn auf 12 Millionen. Dazu kommen die Summen, die es sich der Staat hat kosten lassen, um die Ruhe und Ordnung im Kohlenrevier aufrecht zu erhalten. Er hat zu diesem Zweck Polizeibeamte dort konzentriert. Die Ausgabe hierfür hätte er sparen können, denn die Arbeiter sind diszipliniert genug, sie sorgten für die Aufrechterhaltung der Ruhe selbst, und besser als der Vater Staat.

Was das Verhältnis Preußens zum Reiche betrifft, so betonte der Minister — wie schon früher — die Notwendigkeit einer Trennung der Finanzen des Reiches von denen der Einzelstaaten. Er bat die Mitglieder des Hauses, die gleichzeitig dem Reichstag angehören, ihren Einfluß in dieser Richtung aufzubieten, und sprach die Hoffnung auf ein Zustandekommen der Finanzreform aus. Bemerkenswert ist, daß im Jahre 1904 die Ueberweisungen aus dem Reiche, so weit die Branntweinsteuer in Betracht kommt, hinter dem Etatsanfang zurückgeblieben sind — eine Folge der

schlechten Kartoffelernte und des infolge der höheren Preise zurückgegangenen Konsums. Aber dieser Rückgang ist voll ausgleichlich durch ein Mehr der Ueberweisungen aus der Reichs-stempelabgabe, vor allem der Börsensteuer.

Auf Einzelheiten des Etats werden wir an anderer Stelle zu sprechen kommen. Es sei nur noch bemerkt, daß die dauernden Ausgaben in fortwährendem Steigen begriffen sind und daß die Regierung nur durch eine Erhöhung der Einkommensteuer allen Anforderungen gerecht werden zu können glaubt. Da wird man sich auf nette Kämpfe im Dreiklassenparlament gefaßt machen können.

Die nächsten Tage bleiben zum Studium des Etats frei. Am Sonnabend beginnt die Etatsberatung.

Deutsch-englische Beziehungen.

London, 6. Januar.

Die englische Presse beschäftigt sich noch immer eingehend mit den deutsch-englischen Beziehungen. Im tausenden Hefte der „Positive Review“ schreibt Frederic Harrison: „Indem ich es ablehnte, mich dem „Englisch-deutschen Freundschafts-komitee“ anzuschließen, erklärte ich, daß wir alle für Frieden und internationale Freundschaft sind, aber ich fürchte, daß eine derartige Organisation eher dazu angetan sei, den Krieg zu beschleunigen als zu verhindern. Das französische Selbst und die Reden der beiden Premierminister stellen es über allen Zweifel, daß die deutsche Regierung in hohem Maße und mit Absicht Frankreich bedroht hat, und noch jetzt sich bemüht, es zu demütigen und in Verlegenheit zu bringen, und es anzugreifen, wenn der Angriff kein allzu großes Risiko in sich schließt. Das hochgebildete, friedfertige und fleißige deutsche Volk ist ganz außerstande, seine Autokratie zu beeinflussen. Herzliche Komplimente zwischen dem englischen und deutschen Volke sind also nutzlos. Das einzige Ding, das den deutschen Militarismus beeinflussen kann, ist das Bewußtsein, daß ein Angriff auf Frankreich die ganze Stärke Englands und, wie ich hoffe, auch die ganze Stärke anderer Mächte gegen sich haben wird, um noch die einzige mächtige Autokratie Europas in ihre Schranken zurückzuweisen.“

Der Mann, der diese Worte schreibt, ist kein junger Giglop und kein Jingo. Er ist vielmehr ein freigesinnter Geist, reich an Erfahrung, ein Philosoph aus Comtescher Schule. So wie er, denkt der ganze englische Liberalismus.

Der leitende Artikel der „Nineteenth Century“ behandelt „das britische Mißtrauen gegen Deutschland“. Der Artikel richtet sich gegen eine Friedensrede des deutschen Botschafters in London und gegen einen Friedensartikel Karl Blunds. Der Verfasser sagt: „Die Bemerkungen des deutschen Botschafters können nicht durch sich selbst verstanden werden. Sie müssen in Verbindung gebracht werden mit den gleichzeitig abgegebenen wichtigen Erklärungen des Kaisers bei der Eröffnung des Reichstages am 28. November und mit der noch merkwürdigeren Rede des deutschen Reichskanzlers vom 6. Dezember. Diese kaiserlichen und kaiserlichen Erklärungen über die deutschen Beziehungen mit einer Macht, die nominell freundlich ist und deren Haltung man als korrekt bezeichnet, sind beispiellos in der Geschichte des internationalen Verkehrs. Die Ausdrucksweise des Kaisers und des Fürsten Bismarck wird gewöhnlich gebraucht, wenn man am Vorabend der Kriegserklärung steht. Man kann gar nicht die Drohungen mißverstehen, die man von Berlin an uns richtet, wenn wir dem Rate des deutschen Botschafters in London nicht folgen. . . . Wenn englische Publizisten sich zu äußern wagen, eine scharfe Sprache in Bezug auf die deutsche Politik zu führen, so geschieht dies nur, weil sie durch sorgfältiges Studium der deutschen offiziellen Erklärungen und durch sorgfältige Beobachtung deutscher Handlungen zur Ueberzeugung gelangt sind, daß die deutsche Politik unserem Lande feindlich ist, ja, daß sie die größte Gefahr, vielleicht die einzige Gefahr für uns ist. . . . Der deutsche Reichskanzler und der deutsche Botschafter sind im Ir-

sehen, wo der Vorgang nach unbekannt ist.“ Gabe Fürst Carolath nun den verlangten Revers zugunsten dieses Gesellschen, aber zugleich unter der Bedingung, daß in dessen bisheriger Stelle der Sohn Grävels einrücke, so sei zu erwarten, daß die Regierung gern darauf eingehe.

4. Der Onkel an den Neffen: „Lieber Louis, wenn Du einen vorzüglichen Gesellschaftler, Whist- und Schachspieler, Redenstüßigen und braven Mann bei Dir wünschst, so liesse sich die ganze Pfaffen-Geschichte noch zu unserer beiderseitigen Befriedigung arrangieren. Hör auf meine Rede, vernimm mein Wort. Der Pastor K. in P., eben jener gute Karten- und Schachspieler, hat auch eine sehr hübsche Frau, die (wahrscheinlich während er mit Brautdame verkehrte) als Nebensache sich mit dem Coeurbuben in Gestalt des Wirtschaftsinpektors vergnügt zu haben scheint, weshalb besagter Chemann schließlich nach einer Vernehmung schmachtet, um das Fleisch von seinem Fleische dem ledernen Liebhaber durch das einzig sichere Mittel der Entfernung aus den Zähnen zu reißen.“ (Man folgt der oben angegebenen Plan des Stellenausstausches mit dem Schluß: „So würde sich alles rosenrot arrangieren, mein Schilling käme in Halle Deiner Zustimmung an die Stelle des Coeu (Hahnrei), der Coeu erfüllte alle Deine Wünsche, als Kanzleirechner, Spieler und plastron en cas de besoin (Fleischhebe des Spottes im Hofe), Coeu selbst fiele ein zentnerstarker Stein vom Herzen, und die erhabene Regierung zu P. hätte ihren erlauchten Willen. Seiten, o junger Louis, wird Dir in der Praxis des Lebens ein Geschäft vorkommen, das so viele Glücklich macht. Erbarme Dich also eines Coeu et si cela vous arrange, faites aussi la cour à sa femme. Sur ce je prie le diable de vous inspirer pour lo bien de P. votre vertueux oncle et ami (und wenn es Dir paßt, mach auch seiner Frau den Hof. Hierauf bitte ich den Teufel, Dich für das Wohl der Kirche zu begeistern. Dein tugendhafter Onkel und Freund) Bädler . . .“

5. Der Neffe an den Onkel: „Die etwas unmoralische Epistel kam zu einem ziemlich günstigen Zeitpunkt hier an, wo ich als Strohwitter lebte. Das Ständemittel mit dem Coeu tat auch etwas, das L'hombre auch, doch bitte ich drei Viertel auf den Wunsch zu rechnen. Die zu dienen. Ich habe Anweisung ergehen lassen usw.“

6. Grävel an den Fürsten: Die Regierung hat inzwischen, wie man sicher weiß, ihre Reversbedingung fallen lassen, Fürst Carolath ist freier Herr in der Besetzung der Stelle, es bedarf also der oben bezeichneten Mittelperson nicht mehr, sein Sohn hat sich nun direkt beworben.

Ein kleines Mißverständnis schiebt sich hier dazwischen, da Fürst Bädler den letzten Brief Grävels nicht ordentlich gelesen und Fürst Carolath sich um die inzwischen geänderte Disposition der P. Regierung nicht gekümmert hat. So tritt denn der eigentlich schon wieder in die Kasse geschobene „Coeu“ (dem auch Fürst Carolath nennt jetzt den Pastor kurzweg „Hahnrei“) noch einmal auf die Bühne. Doch das Mißverständnis löst sich bald auf. Fürst Bädler empfiehlt wiederum den Sohn seines Rechtsfreundes, den er zugleich „ernstlich ermahnt hat, L'hombre zu lernen und sich zur Probepredigt vorzubereiten.“ Fürst Carolath meldet bald darauf, daß der junge Mann bereits seine Probepredigt gehalten, und der Onkel schreibt ihm vergnügt: „Hast Du jetzt einen Hofmannen zu versorgen und verlangst, daß ich ihn zum Hofprediger mache — was dabei von mir abhängt, hast Du künftig nur zu besorgen. Jede geistliche Präbende in meinem Bereiche steht fortan zu Deiner Disposition.“

Ein hübsches Jodel aus der Zeit des Junkerregiments. Daß sich unsere „Edelsten und Besten“ nach jenen Zeiten zurücksehnen, ist in Anbetracht ihrer moralischen Qualitäten begreiflich.

Junkerliches Schulpatronat.

Der von der Regierung dem preussischen Abgeordnetenhause vorgelegte Volksschulgesetzentwurf kommt den religiös-konfessionellen wie den pekuniären Ansprüchen der ostelbischen Junker so weit entgegen, wie er unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen nur irgend vermag. Es wird nicht nur die Schule der Aufsicht der Geistlichkeit unterstellt, die in den städtischen Bezirken Ostelbiens meist in hohem Maße vom adeligen Großgrundbesitz abhängig ist, sondern die Bestimmungen des Entwurfs bezüglich der Ausbringung der Schulkosten begünstigen auch in jeder Hinsicht die kleinen Gutsbezirke vor den größeren städtischen und ländlichen Gemeinden. Die verschiedenen in den Entwurf hineingepackten Bestimmungen über die Gewährung staatlicher Zuschüsse an leistungsschwache Volksschulverbände kommen fast ausschließlich den Gutsbezirken oder vielmehr deren Besitzern, den Gutsbesitzern, zu gute, die sicher nicht derselben werden, als „Kollektende“ die Mittel des Staates in weitestem Maße in Anspruch zu nehmen.

Dennoch genügt der Volksschulgesetzentwurf den Wünschen der Junker nicht. Sie möchten, daß ihnen nicht nur das „alt-historische Recht“ des Schulpatronats und der Lehr-anstellung gesichert bleibe, sondern daß obendrein auch der Staat die Unterhaltungspflicht der in den Gutsbezirken errichteten Schulen übernehme, ganz gleich, ob der Gutsherr leistungsfähig oder nicht leistungsfähig ist. Nicht charakteristisch für diese Verschwendung der adeligen „Kollektenden“ ist ein von einem Herrn v. Winterfeld-Neuhof der „Deutschen Tageszeitung“ eingesandter und von dieser an der Spitze ihrer heutigen Morgennummer veröffentlichter Artikel.

Es heißt darin: „Wenn man den Entwurf des Volksschulgesetzes liest, fragt man sich unwillkürlich, ob man es zu tun habe mit einem preussischen Gesetze, — mit dem Gesetze eines Rechtsstaates, in dem der Wahlspruch „Summ cuique“ gilt.“

Das alt-historische Recht des Gutsbesitzers in der Kurmark Brandenburg, den Lehrer anzustellen, wird ohne weiteres aufgehoben — ohne genügende Begründung der Notwendigkeit des Eingriffs in althergebrachte, historisch wohlbegründete Privatrechte, — ohne sonst übliche Verhandlungen mit den Berechtigten.

Bei Aufhebung von Rechten wurden nach bisherigen preussischen Rechtsbegriffen auch die damit verbundenen Pflichten aufgehoben; aber in diesem modernsten Gesetze ist das Gegenteil der Fall. Die bisherigen Pflichten, der Vorkosten usw. usw. verbleiben, es werden neue, fast unerschwingliche Lasten hinzugefügt.

Während bisher der Patron von direkten Schulabgaben befreit war, weil in früheren Zeiten seitens des Patronats meist große Opfer gebracht worden sind zur Herstellung und Fundierung der Schulen und Klöster und weil er die Vorkosten hauptsächlich zu tragen hat, soll er künftig außerdem mit seiner vollen Einkommensteuer und halben Grundsteuer zu den übrigen Lasten herangezogen werden. Ob der gegenwärtige Zustand eine Bewahrung der Gutsbesitzer war, erscheint zweifelhaft, da die Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden und Gegenden sehr verschieden sind und viele Umständen, die Entzungen an die Schule und Klöster seitens des Patronats enthalten, in den Kriegsjahren verloren gegangen sind. . . .

Wenn aber ein solches Gesetz aus anderen Gründen für Preußen wirklich nötig sein sollte, dann muß der Staat als zukünftiger Träger des Patronatsrechts, des Lehrergehalts für alle Schulgemeinden ohne Ausnahme fest übernehmen und auch einen Teil der Vorkosten tragen. Der Unterschied, ob „leistungsfähig“ oder „nicht leistungsfähig“, muß fortfallen; die bisherige Handhabung, daß der Staat teils feste, teils widerrufliche Zuschüsse gab, muß beseitigt werden, da dies zu großen Willkürlichkeiten in der Zukunft führen kann. . . .

Der Anteil des Staates muß daher in Bruchteilen ausgedrückt werden, nicht in einer festen Summe. Wenn der Staat, der die Lasten nicht übernehmen will, muß das Gesetz abgelehnt werden.“

Die Herren Junker wünschen sehnsüchtig die Zeiten zurück, wo sie als fast unumschränkte Kirchen- und Schulpatrone die Pastor- und Lehrereinstellung auf ihren Gütern zu vergeben hatten und dieses „alt-historische Recht“ nach ihrem Belieben dazu gebrauchen konnten, solche Posten mit den unterwürfigsten Kreaturen zu besetzen und ihre Maitressen auf bequeme Art los zu werden, indem sie diese, je nach Rang und „Gebrauchwertigkeit“, ihren Pastoren und Lehrern allgergnädigst zur Ehelichung überwieseln.

Im 18. und auch noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts war die gewöhnlichste Bedingung in den ostelbischen Gauen, daß der Pastor die abgelegte Maitresse und der Lehrer die gewöhnliche Weibschülerin des adeligen Junkers heiratete. Es ist gleich interessant wie lehrreich, gegenüber dem bescheidenen Verlangen des Herrn v. Winterfeld als Beispiel für die Nützlichkeit des junkerlichen Schul- und Kirchenpatronats eine der schönen Jodeln aus jenen Tagen wieder anzugraben, die Genosse Franz Wehring im Heft 35, 19. Jahrgang der „Neuen Zeit“ nach dem von Ludmilla Assing herausgegebenen Briefwechsel des Fürsten Bädler-Kustau höchst amütend schärfte. Vorausgeschickt sei, daß Grävel, der Rechtsbeistand des Fürsten Bädler, seinem Sohne, der nicht seinen Namen führte, gerne eine einträgliche Würde verschaffen wollte, und eine solche war bei dem Neffen Bädler, dem Fürsten Carolath vakant. Der Briefwechsel verläuft sich folgendermaßen:

1. Bädler an den Neffen: „Ich höre, daß eine Pfaffenstelle bei Dir zu vergeben ist. Du würdest mich ungemein verbinden, wenn Du zu ihrer Besetzung einen Kandidaten von mir annehmen wollest. Ich stelle Dir dafür gerne, wenn ich eine Bilanz habe, einen von Dir empfohlenen Jüngling an.“

2. Der Neffe an den Onkel: Die Sache ist nicht so glatt, die P. Regierung will den bisherigen Superintendenten nur unter der Bedingung in die neue Stelle versetzen, wenn ich für die dann vakante Stelle ihr Revers zur Anstellung eines ihrer Kandidaten gewähre. „Nebst dem wären meine Bedingungen bei Anstellung eines Pfarrers, bei sonstiger Qualifikation, folgende: 1. alle Auerelen und Gefuche zu vermeiden, wenn nicht die Notwendigkeit da ist; 2. mich mit religiösen Dingen auf alle Weise zu beschäftigen; 3. L'hombre spielen zu können, welche schöne Kunst conditio sine qua non wäre.“

3. Grävel an den Fürsten: Nun, geht es auf diesem Wege nicht, so vielleicht auf einem anderen. Der Pastor K. in P. ist ganz ein Mann, wie ihn Fürst Carolath verlangt, hat indessen es nicht leiden mögen, daß der junge Wirtschaftsinpektors allzuoft seine Frau während seiner Amtswesenheit besucht hat, und ist darüber mit demselben etwas zu laut zusammengelassen. Da er ein guter Prediger und geachteter Mann ist, so ist es der Regierung darum zu tun, ihn in eine entferntere Gegend zu ver-

... wenn sie glauben, daß das britische Mißtrauen gegen Deutschland erst in den letzten Jahren entstanden sei. Vor mir liegen Briefe, die zwischen Lord Lytton (Vizekönig von Indien), Lord Salisbury und Sir Henry Rawlinson im Jahre 1877 gewechselt wurden. Im Juli jenes Jahres schrieb Lord Lytton: „In Ihrem sehr interessanten Briefe sagen Sie, daß die Regierung entschlossen ist, es zu keinem Kriege mit Rußland kommen zu lassen“, da sie der Ansicht sei, sie werde früher oder später die russische Hilfe gegen Deutschland brauchen, da dieses als der kommende gefährlichste Feind Englands betrachtet wird.“ Angesichts eines solchen Beweises ist es unmöglich, die Behauptung aufrecht zu erhalten, daß die deutsch-englische Spannung erst in letzter Zeit durch verschiedene Publizisten hervorgerufen worden sei. ... Man möge es sich in Deutschland merken: Es gibt eine Grenze, über welche hinaus es gefährlich ist, unser zu spotten oder unser zu drohen. Spottworte vom deutschen Kaiser sind wie Drachenzähne, die bewaffnete Männer hervorbringen können, ebenso wie dieselben Worte bereits Uneinigkeit hervorgebracht haben.

Deutsches Reich.

Freisinn und Dreiklassenwahlrecht.

Vor wenigen Tagen hatte Herr Theodor Barth in der „Hülse“ dargelegt, daß von der Haltung des Freisinn in der Wahlrechtskampagne dieses Jahres das politische Schicksal des Freisinn abhängen werde. Zeige sich das liberale Bürgertum der historischen Mission, gleichfalls den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht aufzunehmen, nicht gewachsen, so beweise es, daß es dauernd „die Rolle eines bloßen Schleppenträgers der Reaktion“ spielen wolle und der Freisinn seine politische Existenzberechtigung verliere.

Wir nagelten demgegenüber eine Auslassung der freisinnig-volksparteilichen „Vresl. Ztg.“ fest, in der die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung in der schamlosesten Weise verunglimpft wurde. Heute nun können wir aus den Auslassungen eines Blattes, das der engeren Partei des Herrn Barth selbst angehört, nachweisen, wie das liberale Bürgertum seine „historische Mission“ in Wirklichkeit auffaßt. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt nämlich in dem Leitartikel in seiner heutigen Morgenausgabe:

„Über die überredete gewordene Sozialdemokratie will sich bei der Dredener Blamage nicht berühren, sondern am nächsten einmündigsten oder zweiundzwanzigsten mit ähnlichem Straßenlärm und mit Massenberiamlungen überall im Deutschen Reich ihr Geil versuchen. Der ganze, mit so vielem Bombast angelegte, „Madou“ wird wie ein nachgeordnetes Feuerwerk wirkungslos verpuffen.“

Herr Theodor Barth betonte in seinem Artikel, daß die Massenbewegung der Sozialdemokratie notwendig sei, um das Dreiklassensystem zu erschüttern; das „Berl. Tagebl.“ zieht es jedoch vor, durch Anpöbelung der Sozialdemokratie und blöde Herabsetzung der proletarischen Protestbewegung die „Rolle eines bloßen Schleppenträgers der Reaktion“ zu spielen. Armer Barth!

Beiläufig: Der Moskischen „demokratischen“ „Volks-Zeitung“ wäre hier Gelegenheit gegeben, dem Moskischen „freisinnigen“ „Berliner Tageblatt“ einmal gründlich heimzuleuchten. Nicht etwa der Sozialdemokratie zuliebe, sondern in pflichtgemäßer Wahrung der Interessen jener freisinnigen Arbeiter und Handwerker, die das preussische Dreiklassenwahlrecht nicht minder als Schmach empfinden müssen, wie das sozialdemokratische Proletariat! —

Gegen das Koalitionsrecht.

Die konserbative Presse, voran die „Kreuz-Zeitung“, setzt ihr Bemühen fort, die Regierung scharf zu machen, indem sie mit allen Mitteln einer verlogenen Abulistik zu beweisen sucht, daß die Sozialdemokratie eine „revolutionäre Kraftprobe“, ein Vorgehen gegen die Staatsgewalt nach russischem Muster plant. Der Zweck, der mit diesem Treiben beabsichtigt wird, ist eine Einengung des Koalitions- und Streikrechts der Arbeiter. Deutlich verrät dies in ihrer letzten Nummer die „Kreuz-Ztg.“, indem sie als Vorbeugungsmittel eine Zusatzbestimmung zum § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung fordert, der die Aufforderung zur Veranstaltung wie die Zeitung gemeinsamer Anstalten nicht verwandter Berufsweige mit dem Ziele der Erreichung ausschließlich oder vorwiegend politischer Zwecke unter Strafe stellt. Zur Begründung führt das Blatt an, daß das Koalitionsrecht nach den Absichten der Gesetzgeber lediglich dazu bestimmt sei, das Streben der Arbeiter nach wirtschaftlicher Besserstellung zu schützen, nicht aber eine Benutzung des Streiks zu politischen Zwecken zu gewährleisten.

Auch die „Grenzboten“, die seit ihrem Geplätscher in das weltpolitisch-imperialistische Fahrwasser immer reaktionärer geworden sind, schließen sich dem verlogenen Hetzreiben an. Sie schreiben:

„Die Stärke der Sozialdemokratie besteht in ihrer ununterbrochenen Offensive, zu der die Ausbeugung des Sozialisten-gesetzes ihr die Wege frei gemacht hat. Das ist längst nicht mehr der Kampf mit geistigen Waffen, sondern die unablässige Arbeit am Aufbau durch rohe Kraft. Zu dem Kampfe mit geistigen Waffen wäre der gelehrte Kathedersozialismus vielleicht der stärkere geblieben, aber nur „vielleicht“, denn Nachgiebigkeit ist sein einziges Rezept. Er hatte sich sein Schlachtfeld auf ein Gebiet verlegt, wohin ihm ernstlich zu folgen die Sozialdemokratie nie beabsichtigt hatte. Sie unternahm in dieser Richtung nur Diversionen, das Gros ihrer Kräfte setzte sie an ganz anderer Stelle zum Angriff an. Denn das Arbeiterwohl ist ihr nicht Zweck, höchstens Mittel zum Ausfragen des Kampfes um die politische Macht. ... Die entschlossene Offensive ist das charakteristische Merkmal des preussischen Staates in seinen großen Zeiten gewesen, er wird auch der revolutionären Aktion, die sich vorbereitet, nur durch kräftige Offensive Herr werden. Bis jetzt unfaßt diese revolutionäre Aktion nur die Führerschaft! Erst in dieses Welpenstadium hineinzugreifen, und der Spul ist aus! Was Bismarck im Jahre 1848 an Alexis Meyow schrieb: ein entschlossener General mit einem tüchtigen Landwehr sei ausreichend, den ganzen preussischen Staat wieder in Ordnung zu bringen, ist auch heute noch richtig — aber zur rechten Zeit!“

Diese „rechte Zeit“ ist nach der Meinung des ehrfamen Wochenblattes natürlich die Gegenwart! —

Des „Räufels“ Lösung.

Wir lesen in der „Germania“ von gestern (Dienstag): Zum Personalwechsel im Generalstab. Eine längere Zuschrift der konservativen Opponenten Zeitung, „v. S.“ unterzeichnet, glaubt zum Generalstabwechsel u. a. noch folgende Mitteilungen machen zu sollen: „Graf Waldersee sagte als „Kaisergestellter“ in Hannover einmal im Freundeskreise: ... Er wird, denken Sie an mich, meine Herren, sobald er ausgelernet hat, auch sein eigener Chef des Generalstabes sein!“ Auf eine Gegenfrage, ob der Kaiser denn auch wirklich das säkularere Wetter erlernen werde, erwiderte der Feldmarschall voll Ueberzeugung: „Ich glaube daran, er hat Talent dazu, sehr Ehrgeiz und Fleiß werden ihn wesentlich fördern; ein guter Taktiker ist er heute schon.“ Der Augenblick, zu dem Kaiser Wilhelm glaubt „ausgelernet“ zu haben, scheint mit dem Neujahrstage 1906 eingetreten zu sein, sonst hätte er schwerlich seinen besten Soldaten, den General-Staffel-Chef v. Schlieffen in einer politisch so überaus ernsten

Zeit durch den General v. Moltke, einen unerprobten, wenn auch unzweifelhaft anhergewöhnlich tüchtigen Mann, ersetzen können. ... Es ist noch gar nicht lange her, daß der Kaiser sich mit einigen Generalen über das Problem der Kriegsführung unterhielt und auf die Behauptung, Alter, Arbeit und Erfahrung zeitigen den Heerführer, wohlwollend, aber fest erwiderte: „Was was, als Friedrich auf Potosi marschierte, war er viel jünger als ich.“ Hoffentlich vermag die „Nordd. Allg. Ztg.“ diese Erzählung und Auffassung ebenso prompt zu dementieren, wie die von dem „bischen Friedensarbeit“, bemerkt dazu der „Reichsbote“.

Auf das in den letzten Worten angezogene Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ müssen wir noch mit ein paar Worten zurück kommen.

Die Erzählung von der Aeußerung Wilhelms II. über „das bische Friedensarbeit“ usw. hat nämlich eine geradezu löstliche Aufklärung gefunden.

Kein Geringerer als Seine Majestät der „Simplicissimus“ von München hat das Unheil angerichtet. In Nr. 41 seines XI. Jahrganges (am 8. Januar 1905) brachte er zu einer Thönysschen Zeichnung folgendes Zwiegespräch:

„Wollen Sie mein Generalsstabschef, mein Moltke werden, lieber Graf?“ — „Gelten zu Gnaden, ich fühle mich zu gebrechlich für einen so verantwortungsvollen Posten.“ — „Na, hören Sie mal, das bische Friedensarbeit werden Sie schon noch bewältigen und im Kriege mache ich ja doch alles selber.“

Der arme Graf Willow wird nun in Zukunft nicht nur den Bismarck, sondern auch den „Simplicissimus“ viel genauer studieren müssen als bisher. —

Geschichtskenntnis.

Für die beispiellose Unfähigkeit, aus der Geschichte etwas zu lernen und historische Vorgänge vernünftig zu beurteilen, zeugt eine Vitanel, die der Generalleutnant z. D. v. Liebert im „Tag“ über die russische Revolution anstimmt. Wir finden darin folgenden heillosen Konklus:

„Das eigentümliche an dieser Revolution ist die Tatsache, daß sie sich ganz ohne Führer vollzieht. Außer dem verhängnisvollen, schnell verschwundenen Popen Wagon ist noch keine Persönlichkeit hervorgetreten, die sich irgendwie an die Spitze der Bewegung geleht habe. Die Russen sind wie alle Slawen ein Herdenvolk, ihre ganze Geschichte ermangelt der bedeutenden Persönlichkeiten. Die Masse aber vermag nur zu zerstören und zu vernichten, sie kann nicht schaffen, nicht aufbauen, nicht organisieren. Hier ist kein Mirabeau, keine Girondisten, kein Danton, kein Robespierre, ebensowenig ein Bonaparte zu finden. An die Stelle der fehlenden Männer treten Geheimbünde, die in der Stille, ohne persönliche Verantwortung, Entschlüsse fassen, despotische Maßregeln treffen und Schredenbefehle durch ihre Schergen vollstrecken lassen.“

Sich selbst hält Herr Liebert offenbar für eine „Persönlichkeit“, da er ja sonst schwerlich die Rolle des Publizisten und Politikers zu spielen versuchen würde. Wäre er wirklich das, wofür er sich hält und wofür ihn die halten, die sein Geschreibsel akzeptieren, so ließe das wenig schmeichelhafte Schluß zu auf das geistige Niveau unseiner Offizierskreise!

Herr Liebert begreift nicht einmal, daß in der russischen Revolution die „Persönlichkeiten“ schon deshalb einwirken gar nicht hervortreten können, weil sie nicht den tüchtigen Ehrgeiz besitzen, sofort von den Jarenshergen hinter Schloß und Riegel gebracht zu werden, während sie doch nur in der Freiheit für die Revolution tätig sein können. Welch heldenmütiger Selbstaufopferung die russischen Freiheitskämpfer fähig sind, wenn es gilt, die Person für die Sache zu opfern, das beweisen wohl zur Genüge die Namen Kalajeff, Balnasschew, Stojagin usw. Außerdem aber ist die Zahl der „Persönlichkeiten“ in Rußland so groß, die Begeisterung und Tatkraft so allgemein, daß einzelne sich durch Heroismus und Energie von der Masse nicht abheben vermögen. Daß geschichtliche Ereignisse überhaupt niemals von einzelnen gemacht worden sind, ist eine Einsicht, die wir Herrn Liebert gar nicht einmal zumuten wollen; das aber hätte doch auch er wissen müssen, daß die „Persönlichkeiten“ der französischen Revolution nur deshalb nach außen hin so sichtbar werden konnten, weil sie sich in der konstituierenden Versammlung, im Konvent u. d. d. betätigten konnten. Sobald ein russisches Parlament zustande kommt, in dem die wirklichen Vertreter des Volkes sitzen werden, wird es auch an „Persönlichkeiten“ wahrhaftig nicht fehlen.

Herr Liebert vernimmt freilich auch unter den Trägern der Reaktion die Persönlichkeiten. So schreibt er:

„Und in ganz Rußland sollte sich kein General finden, der auf eigene Verantwortung die Ordnung in seinem Befehlshaberbereich herstellt, wo augenscheinlich alle Staatsorgane versagen? Das ist ein beschämendes Armutszeugnis. ... Sollten wirklich trotz der freihellen Einrichtungen und trotz der höheren Bildung des deutschen Volkes einmal revolutionäre Erhebungen hier eintreten, so werden den Empörern Persönlichkeiten entgegenzutreten, die, ohne Befehle zu erwarten, auf eigene Verantwortung handeln und durch schnelles Zugreifen in Zuständen vorzudringen wissen, wie sie jetzt über das unglückliche Rußland durch Mangel an Energie oben und Mangel an entschlossenen Führern unten hereinbrechen sind.“

Diese Renommisterei ist wirklich allerliebst! Sie zeigt, daß unsere Ordnungshüter“ im Grunde auf alle Geseglichkeit pfeifen!

Doch im Vertrauen, Herr Liebert: Vange machen gilt nicht! Mit solchen Eifenspreßern würde eine Revolution am allerleichtesten fertig werden! —

Zum Hamburger Wahlrechtsattentat.

In den letzten Tagen haben außer den schon gemeldeten sieben Massenversammlungen mehrere den örtlichen Verhältnissen nach sehr stark besuchte Protestversammlungen gegen die volksfeindlichen Pläne der „republikanischen“ Wahlrechtsverschlechterer auf dem Hamburger Landgebiet stattgefunden, in welchen die bekannte Resolution gegen den Wahlrechtsraub, in der das allgemeine gleiche Wahlrecht gefordert wird, einstimmig angenommen wurde. Anhänger der Volksvertretung wagten nirgends aufzutreten, um das Radwerk der Dunkelmänner zu rechtfertigen.

Eine geradezu blamable Haltung nehmen die Hamburger Bürgervereine, in welchen das „liberale“ Element dominiert, zu dem Ausfahrentwurf ein. Mehrere Bürgervereine, in denen die um ihre Parlamentsrechte besorgten „Volksvertreter“ zu beweisen suchten, daß der neue Entwurf bedeutend „liberaler“ sei als die Senatsvorlage, da nichts Besseres gefunden werden könne, um die sozialdemokratische Hochstuf einzudämmen, haben ihre Erwählten beauftragt, für die Ausfahrvorlage einzutreten. Und doch hofft Dr. Barth, dieser unverbesserliche Optimist, daß die preussische Spezies des Liberalismus im Grunde mit den Sozialdemokraten Spies laufen wird gegen das verrottete Dreiklassenwahlrecht in Preußen, das gegenüber dem in Hamburg geplanten Wahlrecht noch gewisse demokratische Tugenden besitzt!

Gegenüber dieser Haltung hat die Erklärung des sozialliberalen Bürgergeschäftsmitgliedes Dr. Proband in der Sitzung des Zentral-ausschusses der Hamburger Bürgervereine, daß die Mehrheit der Bürgerschaft die Vorlage zu Fall bringen werde, wenig Bedeutung. Ebenso wie Dr. Barth überschätzen auch die paar sozialliberalen Mitglieder der Bürgerschaft den „Liberalismus“ der Liberalen. —

Das südafrikanische Burenkomplott.

Nach einer brieflichen Meldung, die der „Nat.-Ztg.“ aus Südafrika zugegangen ist, soll die mysteriöse Burenverschwörung wirklich ernst gemeint gewesen sein. In dem Briefe heißt es:

„Die Geschichte von dem Burenkomplott in Windhuk beruht — so unglücklich sie klingen mag — auf Wahrheit. Die Schuldigen sind bereits, soweit man ihrer habhaft werden konnte, zu fünf bis sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Politische Bedeutung hat die Sache nicht gehabt. Das ganze war, meiner Meinung nach, nichts weiter als ein gut organisierter Raubzug, bei dem es darauf abgesehen war, schwach bedeckte Vieh- und Probantfolonnen zu überfallen und einige schwach besetzte Plätze, wie Gobabis u. a. zu plündern, um dann, wenn der Anschlag gelungen war, mit dem Gebrauchen über die Ostgrenze nach dem nahen englischen Gebiet zu verschwinden. Die Anführer des Planes hatten bereits einige hundert Anhänger und waren auch bestrebt, die Rehobother Bantards für sich zu gewinnen. Trotz dieser Vorgänge und der zahlreichen Viehdiebstähle, die man nicht ohne Grund auf Konto der Buren setzt — sind doch verschiedentlich Buren mit den ihnen anvertrauten Ochsengepannen der Truppe über die englische Grenze auf Rimmerwiedersehen verschwunden — hat man notgedrungen immer noch Buren in Diensten der Truppe.“

Sie glauben nicht, was Südwestafrika in den letzten Jahren durch den Krieg für ein Verbrechenabl geworden ist. In Südamerika passieren keine tollereren Sachen, als zurzeit hier. Die Polizei scheint dem gegenüber ziemlich machtlos zu sein. Vor einigen Wochen wurde hier in Windhuk ein sieben Zentner schwerer Goldschatz nachts aus dem Lokal von Leuffgen weggeholt und nach dem Swakoprevier geschleppt, wo er mit Dynamit gesprengt wurde.“

Eine höchst erbauliche Schilderung! —

„Post“-Gespensker.

Die „Post“ weiß allerlei von einem gegen ihren Chefredakteur, den Dr. Kronsbain, geplanten Erpressungsversuch zu erzählen. Sie schreibt etwas mysteriös:

Von einem ähnlichen, aber von ganz anderer Seite ausgehenden Manöver, das sich ebenfalls als Raubakt und Erpressungsversuch charakterisiert, können wir heute Mitteilung machen. Unter Chefredakteur hat in den letzten Tagen anonyme Zuschriften mit Drohungen erhalten, durch welche der Urheber eine PreSSION auf ihn und die Besitzer der „Post“ auszuüben versucht. Es wird u. a. mit Veröffentlichungen im „Vorwärts“ gedroht, der, wie der Anonymus versichert, das entsprechende „Material“ erhalten haben soll. Mit welcher Wahrheitsliebe der laubere Patron das „Material“, durch das der „Vorwärts“ den Machenschaften und persönlichen Tadel dieses Anonymus Dienste leisten soll, zusammengetragen hat, kann man sich denken. Wir haben die nichtswürdigen Verleumdungen an die zuständige Stelle weitergegeben und hoffen, daß es uns gelingt, die Lächerlichkeit, der wir bereits auf der richtigen Spur zu sein glauben, unzweifelhaft festzustellen.

Wir wissen nicht, ob sich die Sache genau so verhält, wie sie das Blatt schildert oder ob es nicht in seiner Gespensterricht aus der Waise einen Elefanten macht. Wir bekommen fast täglich Zuschriften von bürgerlicher Seite, in denen wir nicht nur mit Schimpfwörtern belegt, sondern uns auch allerlei Enthüllungen, „Blödsinnigkeiten“, „Prägel“ usw. angedroht werden. Da wir aber nicht so furchtsamen Charaktere sind, wie die Redakteure der „Post“, befördern wir derartige Ergüsse schöner Seelen kreuzvergnügt in den Papierkorb. Doch mag die „Post“ in ihrer Furchtsamkeit übertrieben haben oder nicht, so wollen wir ihr zur Veruhigung versichern, daß uns weder „Material“ gegen ihr geistiges Oberhaupt angeboten ist, noch daß wir uns zu Erpressungsdiensten gebrauchen lassen würden, da wir nun einmal nicht auf der hohen stitlichen Warte der „Post“ und anderer gleichwertiger Sumpfpflanzen der deutschen Journalistik stehen. —

Ausland.

Ungarn.

Dilemma.

Budapest, 9. Januar. (W. T. V.) Nach Blättermeldungen beachtlichen Oberbürgermeister und Bürgermeister von Budapest vom Amt zurückzutreten, weil sie vor die Entscheidung gestellt sind, entweder der Regierung oder der Munizipalversammlung den Gehorsam zu verweigern, da die Regierung die Abführung der freiwillig gezahlten Steuern an die Staatskasse fordert, die Munizipalversammlung aber dies verbietet.

In Preußen-Deutschland wären solche Geisteskonflikte kaum denkbar. Die Kirchner, Geder, Bender und Genossen würden schon wissen, wie sie sich in ähnlichem Falle zu verhalten hätten. —

Frankreich.

Donner Sieger.

Paris, 9. Januar. (W. T. V.) Die Deputiertenkammer wählte Donner mit 287 Stimmen zum Präsidenten gegen Carrien, der 250 Stimmen erhielt. —

Belgien.

Die Kammeression, welche diese Woche begonnen hat, wird nur eine kurze sein, da im Mai die Wahlen stattfinden. Aber es sind noch sehr wichtige Fragen zu verhandeln, die zum Teil recht heftige Debatten hervorgerufen werden. Vor allem möchte die Regierung die Militär- und Marinevorlagen (Befestigung Antwerpens) unter Dach und Fach bringen. Sodann wird es noch eine Diskussion über die allgemeine Politik geben. Zur Beratung sollen ferner die Konfessionserteilungen für die neuentdeckten Kohlenfelder der Kampine kommen. Da es beschlossene Sache ist, die Reichskammer der Kohlenfelder den Kapitalisten zur Ausbeute zu überlassen, anstatt sie der Allgemeinheit nutzbar zu machen, so wollen unsere Genossen wenigstens versuchen, Bestimmungen durchzusetzen, wonach die Vergewaltiger zu verpflichten sind, ihren Arbeitern etwas bessere Arbeitsverhältnisse, Minimallohne usw. zuzubilligen.

Der preussische Staatshaushaltsetat.

Der Etat für 1906 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2 910 344 396 M. ab; von den Ausgaben entfallen 2 673 400 752 M. auf das Ordinarium, 236 943 644 M. auf das Extraordinarium. Gegenüber dem laufenden Etat zeigen die Schlussummen des Etats für 1906 eine Erhöhung um 192 062 789 M. Der Ueberschuh bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium auf 71 552 785 M. höher veranschlagt, und zwar setzt sich dieser Mehrüberschuh zusammen aus 71 770 585 M. Mehrüberschüssen in Höhe von 48 488 425 M. auf die Eisenbahnverwaltung, deren Einnahmen um 115 498 341 M. höher veranschlagt sind, und zwar um 35 440 000 M. bei dem Personen- und um 72 960 000 M. bei dem Güterverkehr; während an dauernden Ausgaben 67 009 916 M. mehr angelegt sind. Bei der Verwaltung der direkten Steuern ist der Mehrüberschuh auf 13 170 900 M. veranschlagt, die Einnahmen aus der Einkommensteuer sind um 11 Millionen, die aus der Erbschaftsteuer um 2 1/2 Millionen höher in Ansatz gebracht, während die Ausgaben eine Steigerung um 355 600 M. aufweisen. Die Forstverwaltung bringt einen Mehrüberschuh von 4 522 000 M., die Verwaltung der indirekten Steuern einen solchen von 31 550 000 M., darunter 3 Millionen an Stempelsteuer. Zur Ergänzung der Befoldung der im Etatsjahre 1906 aus Anlaß der Einführung des neuen Zolltarifs errichteten neuen Beamtenstellen auf den vollen Jahresbetrag und an Gehältern für außerdem notwendig

werdende neue Stellen für 555 mittlere Beamte werden 431 450 M. gefordert. Bei der Seehandlung ist ein um 1 117 100 M. erhöhter Geschäftsgewinn in Aussicht genommen. Auch die Domänenverwaltung, die Rinzverwaltung und die Lotterieverwaltung weisen Mehrüberschüsse auf.

Der bereits erwähnte Minderüberschuss des Etats der Vergewaltung findet seine Erklärung darin, daß bei den Staatswerken erhebliche Mehrbeträge für Neu- und Erweiterungsarbeiten vorgesehen werden mußten und daß die Ausgaben (insbesondere für Materialien und Löhne) durch die für die Weiterentwicklung der neuen Anlagen in Oberschlesien und Westfalen erforderlichen Aufwendungen, denen entsprechende Mehreinnahmen bis auf weiteres nicht gegenübergestellt werden können, stark belastet sind.

Die Verwaltung der öffentlichen Schuld erfordert eine Mehrausgabe von 6 285 637 M., zur Verzinsung sind 5 200 328 M. und zur gesetzlichen Tilgung 987 977 M. mehr veranschlagt. Bei der allgemeinen Finanzverwaltung ergibt sich ein Minderbedarf von 4 354 978 M. Im Etat des Finanzministeriums sind u. a. an Mehrausgaben vorgesehen 650 875 M. für die Oberpräsidenten und Regierungen, 100 000 M. für die widerständigen nichtpensionsfähigen Gehaltszulagen an die in Posen und den gemischtsprachigen Kreisen von Westpreußen angestellten mittleren, Kanzlei- und Unterbeamten. Von den Mehrausgaben bei der Handels- und Gewerbeverwaltung nennen wir 279 659 M. für das gewerbliche Unterrichtswesen, darunter 183 359 M. zur Unterhaltung gewerblicher Fachschulen und 90 000 M. zur Verstärkung des Dispositionsfonds zur Förderung des gewerblichen Unterrichts, speziell zur Errichtung einer Zentralfabrik für Volkswirtschaft, wodurch bekanntlich das Abgeordnetenhaus die soziale Frage lösen zu können glaubt.

Die Justizverwaltung verlangt unter anderem neue Stellen für 215 Richter und Staatsanwälte, die Verwaltung des Innern 456 neue Stellen bei den königlichen Polizeiverwaltungen, 578 025 M. zu Stellenzulagen für Beamte der Schutzmannschaft, ferner 318 976 M. für die Landgendarmarie, einschließlich 76 500 M. zu Stellenzulagen vorzugsweise für die Gendarmen in den Industriegebieten, 1 400 482 M. für allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei. In den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung sind wie im Vorjahre auch diesmal wieder 500 000 M. extraordinärer Ausgaben zur Verstärkung des Dispositionsfonds zu Prämien bei Pferdereisen eingestellt.

Von den dauernden Mehrausgaben des Kultusetats im Gesamtbetrage von 7 339 024 M. sind zu erwähnen: 300 824 M. für evangelische Geistliche und Kirchen, 409 433 M. für die Bistümer, 422 312 M. für die Universitäten, 187 720 M. für die höheren Lehranstalten, 4 989 857 M. für das Elementarunterrichtswesen, darunter der Mehrbedarf für sieben neue Seminare und sechs neue Präparandenanstalten, 300 000 M. behufs allgemeiner Erleichterung der Volksschulasten, 2 870 000 M. zu Beihilfen an Schulverbände wegen Unvermögens für die laufenden Ausgaben der Schulunterhaltung einschließlich 2 750 000 M. zur Aufbesserung der gering besoldeten Volksschullehrer, 300 000 M. zur Errichtung neuer Schulstellen, 455 000 M. zu Witwen- und Waisengeldern für die Hinterbliebenen von Volksschullehrern, ferner 274 359 M. für Kunst und Wissenschaft, 264 440 M. für das technische Unterrichts- und 269 846 M. für das Medizinische Unterrichts- und 250 000 M. zur Ausführung des Reichsleugengesetzes.

Gewerkschaftliches.

Verhämte Unverschämtheit.

Wir teilten dieser Tage mit, daß dem entlassenen städtischen Arbeiter Reichelt zu Breslau ins Zeugnis geschrieben worden sei: Entlassungsgrund „Unverschämtes Betragen!“ — Die freisinnige „Breslauer Zeitung“ bestreitet das. Sie nennt unseren „fulminanten“ Artikel über diese Tatsache „weder ethisch-ästhetisch, noch ökonomisch-historisch, dafür aber herzlich grob und albern“. Wir werden den Schmerz zu ertragen wissen; dem schlimmsten Schimpf sind wir ja entgangen; „liberal“ konnte das Breslauer Freisinnblatt unsere Ausführungen nicht nennen.

Im übrigen wird's bei dem bleiben müssen, was wir feststellten. In der Breslauer Stadtverordneten-Verammlung trug der Stadterordnete Vöbe den Wortlaut des Entlassungsscheins vollständig vor. Er lautet:

„Führung: gut. Leistungen: zufriedenstellend. Entlassungsgrund: unverschämtes Betragen!“

Nach Vöbe sprach sofort Herr Oberbürgermeister Dr. Bender, der so gut wie alles zu widerlegen suchte, was sein Angreifer aus dem Stadtverordneten-Kollegium vorgebracht; den Wortlaut des Entlassungsscheines bestritt Herr Dr. Bender nicht!

Die Freisinn-Presse aber leugnet ihn verhämt! Man hatte den Mut, einem wehrlosen Arbeiter, der es wagte, seine Ehre von einem Größeren nicht antasten zu lassen, heimlich Unverschämtheit vorzuwerfen; aber man hat nicht den Mut, dies öffentlich zuzugestehen! — Oder man hatte nicht den Mut, ein würdiges Wort der Abwehr zu ertragen; aber man befahl die Stille, eine Beschimpfung des Verteidigers seiner Ehre durch Preknotigen abzuleugnen! — Inzwischen arbeitet Herr Dr. Bender, der Mann mit der besonders gearteten Ehre, weiter an seiner Rehabilitierung. Die Arbeiterdeputierten M o haupt, V a r s ch und B i s ch o f f erhielten folgendes Entlassungsschreiben:

Breslau, den 6. Januar 1906.

Bei der mündlichen Besprechung am 30. Dezember 1905 sind Sie vom Oberbürgermeister noch besonders darauf aufmerksam gemacht worden — was an sich selbstverständlich ist —, daß es mit dem städtischen Arbeitsverhältnis unvereinbar ist, wenn städtische Arbeiter Beschlüsse fassen, die Beleidigungen gegen uns oder gegen ihre Vorgesetzten enthalten. Es ist Ihnen mitgeteilt worden, daß wir in einem solchen Falle künftig das Arbeitsverhältnis mit dem beleidigenden Arbeiter lösen würden.

Trotzdem haben Sie am 3. Januar d. J. eingestandenemal eine in öffentlicher Versammlung gefasste Resolution zugestimmt, in welcher es u. a. mit Beziehung auf die vom Oberbürgermeister angeordnete Entlassung eines Arbeiters heißt:

Die Arbeiter erwarten, daß die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister und die übrigen Mitglieder des Magistrats über ihr koalitionsfeindliches Verhalten zur Rechenschaft zieht und die brutal Hinausgeworfenen wieder einstellt.

Wegen dieser großen Beleidigung kündigen wir Ihnen hiermit den Dienst vom Sie können den Dienst auch jederzeit vorher verlassen.

Der Magistrat.
G. Bender. Ruchl.

Der Freisinn hatte in Schlesien unter den Arbeitern noch einigen Anhang. Herrn Dr. Bender kommt das Verdienst zu, damit radikal und ein für allemal ausgeräumt zu haben.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Töpferträger. Am Montag hat der Innungs-Vorstand mit den Vertretern der Arbeiter über die Forderungen der letzteren verhandelt. Am Dienstag fand eine Versammlung der Töpferträger statt, in der Heide mann über die Verhandlungen Bericht erstattete. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Forderungen der Arbeiter im wesentlichen bewilligt worden sind. 6 Positionen des alten Tarifs sind unändert geblieben, weil zu denselben keine Forderungen gestellt wurden. Bei 4 Positionen ist eine Erhöhung von 25 Pf. und bei 7 Positionen eine solche von 50 Pf. pro Stück bewilligt worden. Strittig war eine Forderung, welche sich auf eine Zulage für das Tragen von altem Material bezieht. Während die Arbeiter hier einen Aufschlag pro Stück forderten, ist bei der Kommissionsberatung für diese Position eine Erhöhung bewilligt worden, die jedoch nach einem anderen Modus als dem geforderten berechnet wird. Das sind die wesentlichen Punkte, um die sich die Lohnbewegung dreht. Die Positionen, welche um 25 und 50 Pf. erhöht worden sind, betragen nach dem alten Tarif 3,50—4 M. — Die Innungsversammlung hat sich mit den Vereinbarungen einverstanden erklärt. — In der Versammlung der Töpferträger empfahlen Heide mann und andere Redner, besonders auch Mitglieder der Lohnkommission, die Annahme der Zugeständnisse, weil die Arbeiter mit denselben zufrieden sein könnten, da ihre Forderungen zum großen Teil bewilligt worden seien. — Nach Schluß der Diskussion nahm die Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen den auf Grund der genannten Zugeständnisse vereinbarten Tarif an. Derselbe gilt bis zum 30. September 1907. — Die Lohnbewegung ist damit beendet.

Der Streik der Hausdiener usw. bei der Firma Regeler u. Co. dauert noch fort. Die Firma hatte erklärt, auf neue von den Streikenden vorgeschlagene Bedingungen hin weiter verhandeln zu wollen, hat jedoch ihr Wort nicht gehalten. Die Streikenden sind per Karte aufgefordert worden, sich die Papiere zu holen. Es zeugt von einer großen Achtung der geschlossenen Bestimmungen, wenn seitens der Firma geglaubt wird, sie könne ihrem bisherigen Verhalten am besten die Krone aufsetzen, wenn sie es den Arbeitern auch unmöglich macht, anderweitig Stellung zu erhalten. Die von der Firma ausgestellten Entlassungsbefehle sind nämlich folgendermaßen aus:

R. R. war vom 15. 9. 02 bis zum 2. 1. 06 als Forder, Hausdiener usw. bei und beschäftigt gewesen. Er hat sich als ein brauchbarer Mann erwiesen und die ihm übertragenen Arbeiten zu unserer Zufriedenheit ausgeführt. Wegen seiner Führung läßt sich, bis auf die Beteiligung an einem Streik, nichts einwenden.

pa. G. Regeler u. Co.
Bauhütte.

Eine derartige Verrücktheit werden sich die Arbeiter nicht gefallen lassen, sondern der Firma zeigen, daß auch Arbeitgeber nicht gegen Recht und Gesetz verstoßen dürfen. Zugung ist nach wie vor fern zu halten.

Achtung, Arbeiter! Die Sperre über den Bau Simon Dachstr. 32, Unternehmer Siebert, ist aufgehoben.

Die Schlichter-Kommission.

Deutsches Reich.

Aus den „Ruhrbetrieben“ des Reichs.

Die der „Vorwärts“ feinerzeit berichtete, veranstalteten die Arbeiter der kaiserlichen Werft in Gaarden im November v. J. eine kolossal besuchte Demonstrationssammlung, in der sie gegen die Behandlung, die ihren Denkschriften durch das Reichsmarineamt und die den Petitionen einzelner Arbeiterkategorien durch die Werftverwaltung zuteil zu werden pflegt, Protest einlegten. Die Versammlung nahm ferner einstimmig eine Resolution an, durch welche die Marineverwaltung um Einführung der neunstündigen Arbeitszeit sowie um Gewährung einer der herrschenden Leistung entsprechenden Lohnzulage ersucht wurde. Diese Resolution wurde dem Reichsmarineamt durch die Kieler Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes übermittelt. Die Antwort, die in den letzten Tagen des verflochtenen Jahres dem Geschäftsführer der Metallarbeiter zugesandt wurde, zeigt aufs neue, daß die Sozialpolitik dieser Reichsbehörde sich in nichts von dem Scharfmacherhandpunkt der Unternehmerverbände unterscheidet, und daß die Schleifsteine der Regierung und die der Privatkapitalisten in genau demselben Rhythmus gedreht werden. Der Bescheid lautet nämlich:

„Durch den § 8 der Arbeitsordnung der kaiserlichen Werft ist den hier beschäftigten Arbeitern der Weg gewiesen, auf welchem sie Gesuche und Beschwerden vorzubringen haben. Nur auf diesem Wege angebrachte Gesuche und Beschwerden kann die Werft berücksichtigen. Eine Vermittlung dritter, außerhalb der Werft stehender Personen oder Vereinigungen muß daher abgelehnt werden.“

Bei dem steten Bestreben der Werft, die Wünsche ihrer Arbeiter, soweit irgend angängig, zu berücksichtigen, wird auch Ihre Vermittlung für überflüssig gehalten. Ich bin daher nicht in der Lage, Ihre angebotenen Dienste anzunehmen zu können.

Allerhöchst mit der Stellvertretung des Oberwerksdirektors beauftragt

gez. von Hsedom,
Kontradmiraal usw.

Innerhalb scheint die imposante Kobemerkungsbildung der Werftarbeiter ihren Eindruck auf die Werftbehörden nicht ganz verfehlt zu haben. Vielleicht sind der Marineverwaltung auch Bedenken aufgefallen, ob eine Provokation der durch und durch sozialdemokratisch gehinnten und gewerkschaftlich gut organisierten „kaiserlichen“ Arbeiterchaft der Kriegswerft in diesen extrem politischen Zeitaltern nicht opportunistisch ist. Derselbe Admiral von Hsedom, der so schroff der Metallarbeiterorganisation gegenüber den Herrenhandpunkt hervortreten zu sollen geglaubt hat, ließ zu derselben Zeit auf der Werft einen „Tagesbefehl“ anschlagen, in dem es heißt:

„Bei dieser Gelegenheit (dem Jahreswechsel) freue ich mich, mitteilen zu können, daß die Marineverwaltung, in dem Bestreben, ihr Wohlwollen für die Arbeiter zum Ausdruck zu bringen, einen neuen, die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigenden Lohn mit der ersten Lohnperiode des neuen Jahres zur Einführung gebracht hat. Um für die nächsten Monate für die Lohnberechnung stabile Verhältnisse zu schaffen, habe ich verfügt, daß die Einreihung in die höheren Lohnklassen, die bisher im April vorgenommen wurde, schon jetzt, bei Einführung dieses neuen Tarifs, in erweitertem Maße geschehen soll.“

Wie jetzt ist den Arbeitern leider von einem solchen Lohn mit nichts bekannt geworden. Würgerliche Blätter berichten, daß es sich um eine geringfügige, bloß den am schlechtesten entlohnten Handlangern zugute kommende Lohnaufbesserung handle. Von derselben Seite wurde mitgeteilt, daß am 3. und 4. Januar in Kiel eine Konferenz von Vertretern des Reichsmarineamts togen sollte, die Stellung zu den feinerzeit von den Arbeitern eingereichten Forderungen nehmen und die Gewährung einer Teuerungszulage beraten solle. Ueber die Beschlüsse der Konferenz ist noch nichts bekannt geworden. Die Arbeiter hatten jedenfalls nicht das blinde Vertrauen auf das Wohlwollen der Reichsregierung, das ihnen der „Tagesbefehl“ des Admirals von Hsedom suggerieren wollte, und sie verzichteten auch darauf, den in dem Antwortschreiben an den Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes empfohlenen „Weg“, der über den sogenannten Arbeitersaushub der Werft führt, zu beschreiten, diesem dieser Arbeitersaushub eine Vertrauensinstitution der Werftleitung und nicht der Arbeiterschaft darstellt. Als sie von der bevorstehenden Konferenz der Marineverwaltung hörten, hielten sie am 2. Januar nochmals eine Kreisversammlung ab, die womöglich einen noch imposanteren Verlauf nahm als die Kobemerkungsdemonstration, und in der sie ihre Forderungen, die sie

an die Konferenz stellen, folgendermaßen formulierten: 1. Vom 1. April ab beträgt die Arbeitszeit 1/2 Stunden (jezt 10 Stunden). Vom 1. Januar 1907 ab, dem Eintritt der neunstündigen Arbeitszeit für die Bauhandwerker Kiels, wird für die kaiserliche Werft die neunstündige Arbeitszeit eingeführt. 2. Die Teuerungszulage ist derartig zu bemessen, daß sämtliche Arbeiter der Werft einen Mehrerwerb erzielen, auch diejenigen, die im Afford arbeiten, denn alle leiden unter der Teuerung. 3. Bei Einführung der verkürzten Arbeitszeit sind Lohn- und Affordpreise dementsprechend zu erhöhen. 4. Zum Arbeitersaushub dürfen künftig nur Arbeiter delegiert werden.

Die Leitung der Versammlung wurde beauftragt, diese Resolution der Beamtenkonferenz zuzustellen, was geschehen ist. Auf die Beschlüsse der Konferenz kann man gespannt sein. Hoffentlich sind sich die Vertreter des Reichsmarineamts des Ernstes der Situation bewußt gewesen, denn die Arbeiter haben jedenfalls ihren festen Willen bekundet, sich künftig mit Wohlwollen auf Plakaten nicht mehr zu begnügen.

In der Schuhfabrik von Eduard Hammer, G. m. b. H., zu Dresden, ist am Montagmorgen die gesamte Arbeiterschaft in den Ausstand getreten. Dieser Ausstand steht im Zusammenhang mit dem Streik im September vorigen Jahres. Durch die Abmachungen, mit denen dieser Streik beigelegt wurde, war die endgültige Regelung der Affordtarife für die neuen Arbeitsverrichtungen nach einer Uebergangszeit im Wochenlohn hinausgeschoben worden. Diese Uebergangszeit war am 21. Dezember abgelaufen und kam es von diesem Tage ab, besonders aus Anlaß des Inkrafttretens des Tarifs II, zu neuen Lohnifferenzen, wegen denen die zweitägige Ausperrung der Arbeiter am Tage vor dem Weihnachtstfest erfolgte. Dieser Konflikt wurde durch einen Vergleich beendet, nach dem die Firma die Uebergangszeit bis 4. Januar verlängerte. Bis dahin sollten die Verhandlungen über die schwebenden Lohnifferenzen, einschließlich nochmaliger Verhandlungen über Tarif II, erledigt sein. Doch schon am 29. Dezember nahm die Firma plötzlich eine andere Stellung ein. Sie teilte der Arbeiterschaft durch Anschluß mit, daß sie die Einführung des Tarifs auf ungewisse Zeit hinausschiebe und bis dahin die zu Tarif II gemachten Konzessionen, darunter auch die neunstündige Arbeitszeit, zurückziehe. Diese Maßregel steigerte in hohem Maße die schon vorhandene Beunruhigung der Arbeiter. Die Arbeiterschaft mußte den Glauben bekommen, daß die Firma nur beabsichtige, zu einer ihr gelegeneren Zeit der Arbeiterschaft ihre Maßnahmen aufzuzwingen. Dazu kamen noch verschiedene Umstände. Von einzelnen Kategorien unterbreitete Tarife wurden vor den Augen der Ueberbringer unter die Arbeiter herabgehenden Aeußerungen von Herrn Hammer zerissen. Dann teilte die Firma den Arbeitern mit, daß sie nicht mehr direkt mit dem Arbeitersaushub verhandele, sondern nur durch die Vermittlung eines von der Firma gebildeten Werksführersaushusses. Die Arbeiterschaft forderte: Erledigung der Lohnifferenzen und Festlegung der Lohnartefise und des Arbeitsvertrages unter gegenseitiger Bindung bis 31. Dezember 1906. Ferner die 8stündige wöchentliche Arbeitszeit. Am Ausstand beteiligt sind circa 500 Personen.

„Gewerkschaftsführer und „Stromer“.“

Unter dieser Ueberschrift brachte das anarchistische Blatt der „Freie Arbeiter“ in seiner Nr. 52 eine Schauergeschichte, die sich in Köln zugetragen haben soll und die Kunde durch die Scharfmacher-, Zentrums- und „Krisische“ Gewerkschaftspresse angekreuzt hat.

Ein „Beamter“ des Bauhilfsarbeiter-Verbandes in Köln soll einem zugereisten Handwerksburschen, dessen deutsches und französisches Verbandsbuch in tadelloser Ordnung gewesen sei und der um In- und im Auslande seiner Organisationspflicht vollständig genügt habe, statt einer Unterstüßung einen Zettel gegeben haben, worauf geschrieben stand: „König! Polizeigefängnis, Klingelgäß Nr. 51.“ Der Mann soll sieben Monate in Paris gewesen und im Herbst über die belgisch-deutsche Grenze geschuppt worden sein. Der Artikel des „Freien Arbeiter“ schließt:

„Dieser Fall liegt so kraß, daß man sich fragen muß, wo bleibt die internationale Völkerverbrüderung, die man so gern auf die Fahne schreibt? Trotz aller „Brüderlichkeit“ und trotz allen Remonstrierens mit den waffen und Unterstüßungseinrichtungen läßt der Gewerkschaftsbeamte einen hungerigen und abgehetten Klassengenossen am Wege liegen oder bringt ihn unter die Fuchtel der Polizei.“

In dieser Angelegenheit hat dieser Tage, so wird uns geschrieben, eine Sitzung der Zahlstellersvertreter von Köln und Umgegend Stellung genommen und nach ausgiebiger Beratung dem angegriffenen — man kann wohl sagen: verleumdeten — Kassierer einstimmig erklärt, daß sein Vorgehen in jeder Weise einwandfrei sei; denn die Sache verhält sich folgendermaßen:

Jeder, der dem Verbands der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter ein Jahr lang angehört, erhält als Reiselegitimation einen sogenannten Reiseblock, der ihn berechtigt, in den Monaten Dezember bis März auf der Reise 30 M. Unterstüßung zu erheben. Der Zugereiste war nicht im Besitz einer solchen Reiselegitimation, und der Kassierer war demnach nicht berechtigt, ihm die verlangte Unterstüßung auszusahlen. Es ist dem Kassierer durch Beschluß ausdrücklich verboten, während der Zeit, wo die Reiseblocks gültig sind, Ortsbesuche aus Verbandsmitteln zu geben. Der Zugereiste war schon sechs bis sieben Wochen wieder in Deutschland und, wie er angab, schon in verschiedenen Zweigvereinen unterstüßt worden. Er hätte also im Besitze eines Reiseblocks sein können. Der Kassierer würde demnach den Mann nicht abgewiesen haben, wenn er nicht der Ueberzeugung gewesen wäre, einen „Verursachenden“ vor sich zu haben, bei dem von einer Kostgasse nicht die Rede sein könnte. Er glaubte nach dem ganzen Gebaren den Mann für einen Klassenmarder halten zu müssen. Mit solchen hat der Kölner Zweigverein der Bau- und Erdarbeiter schon in zahlreichen Fällen die bittersten Erfahrungen machen müssen. Kammerkundigte sich der Zugereiste nach dem Obdachlosenastyl. Der Kassierer machte ihn darauf aufmerksam, daß dieses im Polizeigefängnis sei. Der Zugereiste sagte, er werde die Adresse wohl vergessen; er bitte, ihm sie aufzuschreiben. Erst nachdem der Mann wiederholt darum bat, notierte ihm der Kassierer die gewünschte Adresse des Obdachlosenastyls, die zufällig mit der des Polizeigefängnisses übereinstimmt. So entstand der merkwürdige Zettel, von dem man übrigens nicht weiß, zu welchem Zweck ihn der Zugereiste sich hat schreiben lassen; denn zum Obdachlosenastyl ist er nicht hingegangen, vielmehr wurde er, wie der „Freie Arbeiter“ schreibt, von anderen Arbeitern untergebracht. Die unendlich alberne Bemerkung, daß der Kassierer — aus dem den zugereisten Kollegen — unter die Fuchtel der Polizei“ — den bringen wollen, genügt schon für sich allein, um den Erfinder des Märchens zu kennzeichnen und mit ihm das Blatt, das auf solche Sachen hineinfällt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Waffen Diebstähle.

Belgrad, 9. Januar. (W. T. N.) „Stampa“ zufolge sollen in der staatlichen Waffenfabrik Kragujevac große Waffen Diebstähle entdeckt worden sein. Die Diebstähle seien angeblich im Einvernehmen mit dem Fabrikdirektor verübt worden und die entwendeten Gewehre zu hohen Preisen an Albanesen veräußert worden. Der Direktor, sowie ein an den Diebstählen beteiligter Waffenschmied sind verhaftet worden.

Reichstag.

15. Sitzung vom Dienstag, den 9. Januar 1906, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Herr v. Stengel.

Präsident Graf Ballosterm wünscht den verehrten Kollegen ein glückliches neues Jahr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzesentwurfs zur Ordnung des Reichshaushalts und zur Tilgung der Reichsschuld mit den Entwürfen zur Änderung der Frau- und Tabaksteuer, zum Pigarettensteuergesetz, zur Änderung des Reichsstempelgesetzes und zum Erbschaftsteuergesetz.

Reichschatzsekretär Herr v. Stengel:

Ich habe schon vor den Weihnachtstagen mir gestattet, mich im allgemeinen über die Steuerentwürfe zu verbreiten. Ich will mich daher heute darauf beschränken, auf einige Einwände der Herren Redner zu antworten, weil ich alles vermeiden möchte, was dazu beitragen könnte, diese Beratung in die Länge zu ziehen. Ich habe in der Hauptsache deshalb ums Wort gebeten, um insbesondere an die Herren Redner derjenigen Parteien, welche die Absicht haben, sich über die Vorlage mit der Regierung zu verständigen, die Bitte zu richten: es möchte in diesem Stadium der Beratung vermieden werden, sich gegen die eine oder die andere der Steuerentwürfe definitiv festzulegen. Dazu wird in einem späteren Stadium noch immer Zeit sein. (Murmur und Lachen links.) Wie der Reichskanzler bereits in seinen einleitenden Worten auseinandergesetzt hat, sind alle neuen Steuern mehr oder weniger lästig, widerwärtig und unangenehm. Ich kann es Ihnen daher vollkommen nachfühlen, wenn Sie sich nur mit schwerem Herzen entschlossen haben, den Steuerentwürfen, die die verbündeten Regierungen Ihnen unterbreitet haben, näher zu treten. Sie werden aber auch die Ueberzeugung gewonnen haben, daß es in der bisherigen Weise unmöglich weitergehen konnte und daß ein Abkommen notwendig war, neue Einnahmequellen für das Reich zu erschließen. Ich kann bei der gegenwärtigen schweren und ernstlichen Finanzlage alle staatsverhaltenden Elemente auch in diesem Hause nur bitten, sich mit den verbündeten Regierungen zusammenzufinden und eine gemeinsame Arbeit vorzunehmen zu wollen zu dem Zwecke, ein Werk zu schaffen, das nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft dem Reiche Segen bringen soll. (Bravo! rechts, Lachen links.) Wie tief der Gedanke von der Notwendigkeit einer Steuerreform in weite Kreise des Volkes gedrungen ist, das beweist die zahllose Masse von Briefen und Zuschriften mit neuen Steuerentwürfen, die mir seit Wochen und Monaten zugehen und durch die der gegenwärtigen Notlage abgeholfen werden soll. Leider mußte ich es mir verlagern, jedem einzelnen Briefschreiber auf alle diese mehr oder minder beachtenswerten Vorschläge zu antworten. (Heiterkeit.) Aber ich wollte diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne von dieser Stelle aus allen diesen meinen Mitarbeitern meinen wärmsten Dank abzusprechen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Sped (Z.):

Ueber die Wichtigkeit der Reichsfinanzreform und der Steuerentwürfe kann niemand im Unklaren sein. Die Zukunft des Reiches hängt, wie schon der Herr Reichskanzler ausgeführt hat, von ihrem Schicksale ab. Das wachsende Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Reiches ist ja nicht mehr zu leugnen; es ist aber zu prüfen, ob es wirklich so groß ist, wie die Regierung annimmt, und ob es nicht einen anderen Weg gibt, um es zu beseitigen, einen Weg, der mit der sozialen Gesetzgebung des Reiches besser übereinstimmt. Wir sind es gewöhnt, daß die Finanzlage des Reiches von den Regierungsvertretern bald im rosigsten, bald im schwärzesten Lichte geschildert wird. Als wir über das Flottengesetz berieten, erklärte der damalige Reichschatzsekretär: um die Finanzen sei ihm nicht bange. Jetzt macht man dagegen grau in grau. Raum eine Zeit aber war ungünstiger für die Einführung neuer Steuern als die gegenwärtige, in der die wichtigsten Lebensmittel versteuert sind. Auf jeden Fall müßten wir die Garantie haben, daß eventuelle Ueberschüsse der Steuern auch zur Schuldentilgung verwendet werden. Gerade im Reich haben wir diese Garantie aber nicht; es besteht vielmehr die Gefahr, daß etwa vorhandene Ueberschüsse sofort Verwendung finden. Daher wollen wir keine Partei mehr an neuen Steuern ausgeben, als unbedingt gebraucht werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir halten weiter daran fest, daß der Reichstag mit dem § 6 des Flottengesetzes ein Programm hat aufstellen wollen: daß er eine härtere Belastung von Gegenständen des Massenkonsums für die nächsten Jahre nicht wünscht. Von Steuern, die den Verkehr hindern, sollte man überhaupt absehen. Sie schädigen zweifellos das gesamte wirtschaftliche Leben weit mehr, als sie der Reichskasse nützen. Auf die Tabaksteuer könnte man nur dann eingehen, wenn es möglich wäre, eine Besteuerung oder Verzollung nach dem Werte einzuführen, so daß die minderwertige Ware steuerfrei bleiben könnte. Diese Besteuerung nach dem Wert ist aber heute technisch undurchführbar. — Was die Brausteuern anlangt, so ist die Staffelung als ein Fortschritt zu begründen. Aber diese Staffelung sollte nicht als Deduktion für eine allgemeine kräftige Erhöhung der Brausteuern dienen. Es wird dem kleinen Brauer ein sehr schlechter Trost für seine Steuererhöhung sein, daß er weiß, der große Brauer habe eine noch stärkere Steuererhöhung zu ertragen. Wir begrüßen es mit Freude, daß die neue Steuer die Zollgrenze des „norddeutschen Brausteuergebietes“ beseitigen will, bedauern aber die Mißwirkung auf die Finanzen der süddeutschen Staaten. So ist dieser Gesetzesentwurf noch sehr verbesserungsfähig, hoffentlich gelingt es noch, dieser Salzwunde ihre Giftzähne auszubrechen. (Heiterkeit.)

An erster, nicht an letzter Stelle in diesem Steuerbulet hätte die Erbschaftsteuer genannt werden müssen. Freilich erregt sie insofern Bedenken, als alle direkten Steuern verfassungsmäßig für die Einzelstaaten reserviert werden sollten. Man hat dies dadurch zu umgehen versucht, daß man den Ertrag dieser Erbschaftsteuer in erster Linie den Einzelstaaten, und nur subsidiär dem Reiche zukommen lassen will. Die föderale Verfassung des Reiches, eine solche Steuer zu erheben, läßt sich nicht abstreiten. Zu befechten ist nur, daß das mobile Kapital sich der Steuer leichter entziehen kann als das immobile. Als Kapital dagegen sieht man die Ueberschüsse der Erben vor. Aber je häufiger man die Verpflichtung zum Erbe einführt, um so mehr wächst die Möglichkeit des Vermeidens. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls aber ist die Erbschaftsteuer, auch die für die Deszendenten, besser als alle Steuern auf Massenbedarfsartikel. (Sehr richtig! links.) Die Herren von der Rechten, die sonst immer alle Steuern mit Freuden begrüßen, streuben sich gegen die Erbschaftsteuer, insbesondere gegen den Gedanken der Deszendentenbesteuerung. Sie werden nur der Sozialdemokratie Wasser auf ihre Mühle leisten, wenn Sie den Löwenanteil der Erbschaftsteuer auf die Schultern der kleinen Erben wälzen wollen. Auch der preussische Finanzminister ist dagegen aufgetreten, daß die Deszendenten besteuert werden sollen; das sei Vermögensminderung. Aber schmälet er nicht gleichfalls das Vermögen, wenn er auch von den kleinen Vermögenden die Zusatzsteuer erhebt? Ich will die Deszendentensteuer nicht in den Vordergrund schieben, ich habe auch gegen sie große Bedenken; aber doch müssen wir auch auf sie zurückgreifen, wenn es uns und dadurch gelingen kann, die indirekten Steuern zu vermindern.

Das eine Drittel der Erbschaftsteuer, das den Einzelstaaten überwiesen werden soll, bietet uns keinen Ersatz für die Abschaffung der Matrikularbeiträge. Die Einzelstaaten müssen, ganz abgesehen von der Erbschaftsteuer, an der Finanzgebarung des Reiches interessiert bleiben. Denn auf die Dauer wird keine Finanzreform dem Reiche ausbleiben, wenn nicht eine sparsame Wirtschaft im Reiche Platz greift. Uebrigens verlangt das Reich von den Einzelstaaten jetzt

nur einen Teil dessen zurück, was es ihnen früher in reichlicherem Maße hat zuteil werden lassen. Vor allem aber scheint mir, als ob die Regierung die steuerpolitische Situation verkennt. Sie legt dem Reichstage ein Konglomerat gänzlich unzusammenhängender Steuern vor und setzt ihm dann die Pistole auf die Brust: Friß, Vogel, oder stirb! Aber wenn der Reichstag diese Steuerentwürfe nun nicht, wie die Regierung wünscht, als einheitliches Werk betrachtet und annimmt? Eine Auflösung dieses Parlaments des allgemeinen Wahlrechts unter der Parole „Neue Steuern!“ würde ja nur der äußersten Linken Vorschub leisten. Jedenfalls soll kein „Ultimatum“ ausbleiben, die Steuerentwürfe gründlich zu prüfen. Seinen Appell an die Opferwilligkeit hätte der preussische Finanzminister lieber als an den Reichstag an sich und seine Kollegen oder an das preussische Herrenhaus bei seiner Stellungnahme gegen die Reichserbschaftsteuer richten sollen. Wir haben jedenfalls keine Veranlassung, um der schönen Augen der Regierung willen ihr irgend etwas zu bewilligen. Hat sie doch wichtige Reichstagsbeschlüsse, z. B. den Toleranzantrag, gänzlich unbeachtet und unbeantwortet gelassen. (Murmur bei den Nationalliberalen.) Wenn wir also der Regierung die Hand zur Verständigung bieten, so geschieht es nur, weil das Reich tatsächlich neuer Steuern bedarf, und weil wir vom Bundesrat ein weiteres Entgegenkommen erwarten, als er bisher gezeigt hat. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Singer (Soz.):

Ich will nicht über die Reichsfinanzreform im allgemeinen, sondern im wesentlichen nur über die Reichserbschaftsteuer sprechen. Die anderen Steuern werden von anderen meiner Fraktionsgenossen behandelt werden. Zunächst nur einige Ausführungen im Anschluß an das, was wir eben von dem Herrn Vorredner gehört haben. Wir sind mit ihm der Meinung, daß der Reichstag in der Lage sein muß, von Jahr zu Jahr zur Deckung der notwendigen Ausgaben Matrikularbeiträge zu erheben. Diese Matrikularbeiträge sind die einzige Sicherheit, die der Reichstag dafür hat, daß die Einzelstaaten im Bundesrat die Forderungen, die von bestimmter Seite, namentlich in bezug auf Militär- und Marineausgaben, erhoben werden, die notwendige Festigkeit entgegensetzen. — Weiter kann ich nur wünschen, daß die Auffassung, die der Vorredner zum Schluß vorgetragen hat, auch bei seinen Freunden bis zur Verabschiedung der Vorlage vorhalten möchte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das gewöhnliche Bild ist ja das, daß nach solchen Versprechungen des Zentrums die Vorlagen mit gewohnter Gleichgültigkeit in der Kommission geprüft werden, daß aber dann trotz des Entschlusses, nur das unbedingt Notwendige zu bewilligen, schließlich die Vorlagen in der Regierungskammer mit Zustimmung des Zentrums angenommen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In bezug auf die Erbschaftsteuer weicht unsere Auffassung weit von der des Herrn Vorredners ab. Wenn das Zentrum in der Tat glaubt, die Steuern, die durch den Mund des Herrn Vorredners verkörpert worden sind, erheben zu wollen durch eine Erbschaftsteuer, dann muß es an diese Erbschaftsteuer ganz andere Grundzüge anlegen, als sie der Herr Vorredner vorgetragen hat. Mit einer Erbschaftsteuer, wie er sie haben will, lassen sich die Forderungen, für die das Zentrum durch seine Kolonial-, Marine- und Militärpolitik selbst den Boden geschaffen hat, nicht decken. Für uns ist die Erbschaftsteuer die einzig annehmbare von all den vorgeschlagenen, und wir hätten gewünscht, daß die Regierung sie an die Spitze gestellt und ihren Beitrag auf die Summe, die überhaupt verlangt wird, erhöht hätte. Wir sind, wie wir das wiederholt ausgesprochen haben, der Meinung, daß auf dem Wege der Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuer die notwendigen Ausgaben im Reiche aufgebracht werden können. Wir wünschen, daß die Reichserbschaftsteuer so hoch erhoben wird, daß sie zugleich die indirekten Steuern nach Möglichkeit überflüssig macht. (Lachen links, Auf: Auch noch!) Hier tut die Regierung aber nicht anders, als daß sie neben einer großen Anzahl unerträglicher Steuern, die notwendige Lebensmittel des Volkes verteuern und den Verkehr behindern, zum Spah eine Scheinsteuer unter dem Namen einer direkten Steuer hinlegt, welche dem Deutschen Reiche die lächerliche Summe von 48 Millionen einbringen soll. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokr.) Wir behalten uns vor, in der zweiten Lesung oder eventuell in der Kommission Anträge in der von mir bezeichneten Richtung einzubringen, aus denen hervorgehen wird, wie wir uns den Vorgang denken, daß man gleichzeitig mit der Bewilligung der Reichserbschaftsteuer die von mir bezeichneten indirekten Steuern beseitigen kann. Ich will auch noch darauf hinweisen, daß namhafte bürgerliche Nationalökonomien sich für eine hohe Erbschaftsteuer ausgesprochen haben, weil es vielfach so hingestellt wird, als sei die Erbschaftsteuer, oder wenigstens die hohe Erbschaftsteuer, ein Ausfluß des Sozialismus. Das ist aber ganz und gar unrichtig. Professor Conrad in Halle sagt z. B. in seiner „Finanzwissenschaft“ 1890, daß „so lange noch keine genügende Progression in den Vermögens- und Einkommenssteuern besteht, eine hohe Erbschaftsteuer das beste Hilfsmittel“ sei. Auch andere bürgerliche Nationalökonomien haben sich in dem Sinne ausgesprochen, daß — weil gerade infolge der Erbschaften die Einkommensverhältnisse des Volkes so ungleich seien — die schwächsten der Volksgenossen durch eine Besteuerung der großen Erbschaften entlastet werden sollen.

Sieht man sich einmal das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern an, so kommt man zu ganz anderen Resultaten, als wie sie der preussische Finanzminister hier vorgetragen hat, so daß man eigentlich nicht begreifen kann, wie er im stonde war, hier öffentlich im Hause solche Zahlen anzugeben. Das Verhältnis der direkten Steuern zu den indirekten beträgt nämlich in Preußen 17,8 : 82,2, in England 85,03 : 54,94, in Frankreich 27,11 : 72,89. In Frankreich ist das Verhältnis schon sehr ungünstig, aber noch immer nicht so ungünstig wie in Preußen. In Oesterreich stehen den 29,4 Proz. direkten 70,6 Proz. indirekte Steuern gegenüber, in Rußland 12,1 Proz. direkten 87,9 Proz. indirekte. Preußen-Deutschland hat also auch auf steuerlichem Gebiete den Vorzug, Rußlands intimster Bundesgenosse zu sein — ein Vorzug, um den die Kulturwelt es allerdings nicht beneidet. (Wieschach! Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbst wenn man andere, für Preußen günstigere Verrechnungsarten zugrunde legt, z. B. die günstigste, die von Adolf Wagner, so beträgt der Steuerbetrag pro Kopf der Bevölkerung 17,7 M., wozu man aber mindestens noch 10 M. indirekter Steuern pro Kopf aus den Ueberschüssen der Eisenbahnen zurechnen müßte. Von jenem Steuerbetrage entfielen auf direkte Steuern 25,21 Proz., auf indirekte 74,79 Proz. In den anderen Teilen Deutschlands steht es etwas, aber nicht viel besser. Dieses Verhältnis ruft dringend nach einer Steuerreform, die die direkten Steuern ins Gleichgewicht mit den indirekten bringt, d. h. die direkten Steuern so erhöht, daß die indirekten, wenn nicht ganz beseitigt, so doch erheblich herabgesetzt werden können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun einige Bemerkungen über die Erbschaftsteuer selbst. Auch hier haben bürgerliche Nationalökonomien schon immer die Ansichten vertreten, denen auch wir anhängen, nämlich, daß die Erbschaftsteuer ganz anders hohe Sätze enthalten müßte, als die Regierung und das Zentrum jetzt fordern. So verlangt zum Beispiel Adolf Wagner, daß die Erbschaftsteuer progressiv und zwar nach oben ganz erheblich steigend, erhoben werden soll, gleichviel ob das Vermögen auf Grund der gesetzlichen Erbfolge oder infolge testamentarischer Bestimmung übergeht, und daß diese Erbschaftsteuer sich abfluen soll einmal nach dem Verwandtschaftsgrade, dann nach der Höhe des Erbschaftsteils oder Regats, daß sie endlich die nächsten Verwandten, Nizendenden und Deszendenten ebenfalls, wenn auch niedriger, treffen soll. Die Regierung macht nun zur Bedingung der Aufrechterhaltung ihrer Vorlage, die wie gesagt die lächerliche geringe Summe von 48 Millionen aus der Erbschaftsteuer ziehen will; daß wir die anderen 200 Millionen indirekten Steuern mitnehmen! Dieser sogenannten „Matrikularbeit“ der Steuerentwürfe sehen wir ent-

schieden feindlich gegenüber, genau so wie der Vorredner. Wenn aber der Vorredner wegen dieses Verlangens mit besonderer Schärfe gegen die großindustrielle und konservative Presse polemisiert hat, so hat er doch unter denen, die mir gezwungen und widerwillig an die Erbschaftsteuer herangehen, seinen eigenen Parteigenossen, den Abg. Herold, vergessen, der am 13. März 1905 im preussischen Abgeordnetenhause erklärte: „Meine politischen Freunde haben zu dieser Frage zwar noch keine Stellung genommen, aber unzweifelhaft bestehen gerade gegen die Erbschaftsteuer außerordentlich große Bedenken.“ (Sehr richtig! rechts und im Zentrum. Wieschach! Hört! hört! links.) Sehr interessant war die Stellungnahme des preussischen Landtages, in dem neben den Konservativen auch die Zentrumspartei so stark vertreten ist. Man nahm dort eine Resolution an, in der der Minister von Rheinbaben gebeten wurde, unter allen Umständen gegen die Bestimmung der Ehegatten und Deszendenten einzutreten. Diesem Wünsche hat ja der Bundesrat auch Folge geleistet, insofern, als Eheleute und Deszendenten wirklich steuerfrei sollen ausgehen. Die wirkliche Absicht der Resolution aber war wohl die, daß man durch Entziehung der Erbschaften von Ehegatten und Deszendenten den Ertrag der Steuer auf ein so geringes Maß hinabzuschrauben hoffte, daß sie dann überhaupt als nicht lohnend verworfen würde. — Unsere Stellungnahme und die des Zentrums zu den Steuerentwürfen ist eine grundsätzlich verschiedene. Wir wollen grundsätzlich für das Reich nur die direkten Steuern, das Zentrum aber will die indirekten Reichseinkommen beibehalten, und nur als Anshilfe nimmt es die Erbschaftsteuer. Dem wenn man, wie das Zentrum, zusammen mit der Regierung und den Konservativen es tut, Ehegatten und Deszendenten, also 75 Proz. der Erben, ausnimmt, dann kann man mit dem Rest, den 25 Proz., natürlich nicht den Mehrbedarf des Reiches decken. Noch ärger als das Zentrum leinmmt sich die konservative Presse und, soweit ich sehe, die konservative Partei. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, dieses Organ der Großindustriellen, nannte den Gedanken einer Deszendentenbesteuerung eine „politische Unfittlichkeit“ und fragte, „ob denn das öffentliche Gewissen schon so verwardelt sei, daß nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch bürgerliche Parteien für diesen „entschlossenen Eingriff in die Taschen der Reichen“ zu haben seien! Diesen Vorwurf aber richtete das Blatt tatsächlich auch gegen mehrere Einzelstaaten. Denn es besteht in mehreren derselben bereits eine Deszendentenbesteuerung. Das mußte ein Blatt, dem man sogar Fühlung mit der Regierung nachsagt, doch wissen! In einem ähnlichen Tone äußerte sich auch die Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Diese Korrespondenz drohte sogar damit, daß mit der Erbschaftsteuer der Steuerhinterziehung Tor und Tür geöffnet werde, indem die Vermögen bei Lebzeiten an die Kinder gegeben werden würden.

Auch der Redner der konservativen Reichstagsfraktion hat ähnliche Ausführungen gemacht. Herr v. Nidderhagen erklärte am 7. Dezember vorigen Jahres, die Erbschaftsteuer sei seiner ganzen Partei äußerst unsympathisch. Von einer Besteuerung der Ehegatten und Kinder könne überhaupt nicht die Rede sein. Das wäre „der erste Schritt zum Kommunismus“. Da zeigt sich aber, daß jede Maßregel, die geeignet wäre, auch die besitzenden Klassen steuerlich etwas härter heranzuziehen, von konservativer Seite aus sofort als „Schritt zum Kommunismus“ bezeichnet wird. Während in England pro Kopf der Bevölkerung an Erbschaftsteuer 9,70 M., in Frankreich 8,01 M. gezahlt werden, beträgt die Erbschaftsteuer in Preußen pro Kopf der Bevölkerung nur 0,32 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun wird es Sie interessieren, zu hören, wie wir uns eigentlich die Erbschaftsteuer denken. Wir wollen, wie gesagt, daß die Steuer ganz andere Erträge bringt als die von der Regierung vorgeschlagenen und daß sie dabei doch den Grundlag, den das Zentrum aufstellt, daß die Schultern der Schwachen gelastet werden müssen, in vollem Maße erfüllt. Wir wollen die Erbschaftsteuer progressiv gestalten. Erbschaften bis zu einem bestimmten Werte sollen frei bleiben, es soll dann angefangen werden mit einem Steuerfusse von 1 Prozent, der sich allmählich steigert und bei den ganz großen Erbschaften von einer Million auf 20 Prozent steigt. Ebenso sollen Erbschaften je nach dem Grade der Verwandtschaft mit verschiedenen Prozentfüssen besteuert werden. Schließlich wünschen wir eine obligatorische Besteuerung aller Hinterlassenschaften. In der Kommission werden wir nähere Anträge stellen, um zu beweisen, welche Partei dem eigentlich mit der direkten Besteuerung Ernst zu machen gedenkt.

Was die einzelnen Bestimmungen der Vorlage anlangt, so kann ich mich ganz kurz fassen. Der Vorschlag, daß Erbschaften bis 900 M. steuerfrei bleiben sollen, scheint uns nicht annehmbar. Wir glauben, daß das Richtige getroffen wird, wenn — wie in England — Erbschaften bis 2000 M. frei bleiben. Fürliche Familien von der Erbschaftsteuer zu befreien, dafür liegt nach unserer Meinung absolut kein Anlaß vor. Ich sehe nicht ein, warum ein Fürst, der seine Apanage vom Lande bekommt, nicht wie jeder andere Beamte, auch Erbschaftsteuer bezahlen soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und ebenso wenig sind wir dafür zu haben, daß in der Vorlage für die Stiftungen zu kirchlichen Zwecken ein besonderes Vorrecht geschaffen wird. Merkwürdig ist, daß jetzt kein Gesetz gemacht werden kann, bei dem nicht unsere Agrarier ihre Liebesgabe verlangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und hier haben sie sie nicht einmal verlangt, sondern die Regierung bringt sie ihnen durch die Begünstigung des immobilien Kapitals auf dem Präzidenteller entgegen! Diese erneute Begünstigung des Großgrundbesitzes machen wir natürlich nicht mit. Einverstanden sind wir mit dem Punkte in der Vorlage, wonach auch Vermächtnisse unter Lebenden besteuert werden sollen. In dieser Beziehung möchte ich einen kleinen Beitrag zu den Steuerprojekten der Regierung liefern, der beweisen soll, daß auch wir nicht ganz unfruchtbar in der Erziehung sind. Wir schlagen vor, auch Wittgen, die bei der Verheiratung gegeben werden, unter den Begriff „Schenkungen unter Lebenden“ aufzunehmen. Daß die Wittgen eine Schenkung ist, werden die Herren nicht leugnen können, sie müßten sonst die Ehe für ein Geschäft halten, bei dem die Wittgen keine Schenkung, sondern eine Verzählung bedeutet. Auf diese Weise werden auch die Kreise der Aristokratie zur Steuer herangezogen, die mit der Finanzwelt sonst zwar nicht gerne zu tun haben, aber wenn es sich um eine große Wittgen handelt, doch mit ihr in nähere Verbindung treten. Wir empfehlen diese Anregung der Kommission.

Nach diesen Grundzügen werden wir uns bemühen, in der Kommission die Erbschaftsteuer auszugestalten. Gelingt das, so würde das eine Finanzreform sein, die nicht auf der Auspöwerung der breiten Massen durch indirekte Steuern beruht, sondern auch die besitzenden Klassen in entsprechendem Maße heranzieht. Das wäre dann ein kleiner Schritt zur Besserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wäring (natl.):

Selbstverständlich kann ich die Stellung meiner politischen Freunde zu den Steuerentwürfen in dieser ersten Lesung nur ganz im allgemeinen darlegen und muß ihnen die definitive Entscheidung in allen Einzelheiten für später vorbehalten. Die bisherige Defizit- und Rumpfwirtschaft muß aufhören! Und zwar muß ganze Arbeit gemacht werden! Wir dürfen nicht in wenigen Jahren vor derselben Kalamität stehen! Eine planmäßige Tilgung der Reichsschuld ist eine alte Forderung unserer Fraktion. Nicht in der Höhe, sondern in dem raschen, unabsehbar starken Anwachsen der Reichsschulden liegt die Gefahr, der wir entgegenzutreten müssen. Zur Deckung des Defizits schlägt nun die Regierung acht neue Steuern vor. Zu diesen Steuerentwürfen soll der Reichstag zwar Verbesserungsvorschläge machen, aber nicht die eine annehmen, die andere ablehnen dürfen bei Strafe des Scheiterns

der ganzen Vorlage! Ein solches Anstimmn ist mir — und ich bin ein alter Parlamentarier — noch nicht vorgekommen; es widerspricht dem Wesen des konstitutionellen Systems. Auch im Reichstage können neue Steuern nur durch Kompromisse verschiedener Parteien angenommen werden, ähnlich wie im Bundesrat durch Kompromisse zwischen den verschiedenen Regierungen. Ich glaube aber nicht, daß der Bundesrat die Verantwortung dafür übernehmen würde, einen Steuerplan des Reichstags, auch wenn er von der Regierungsvorlage sehr abweichen sollte, abzulehnen. Wenn die Regierung den Gedanken der Beschränkung der Matricularbeiträge auf höchstens 40 Pf. pro Kopf der Bevölkerung nicht fallen läßt, wird es mit der Annahme der Finanzvorlage durch den Reichstag sehr übel bestellt sein. (Hört! hört! links.) Eine ganz andere Frage ist es, ob man nicht mit dem System der Erhebung der Matricularbeiträge nach dem Kopf der Bevölkerung zugunsten der ärmeren Staaten brechen sollte. (Weißt links.) Den § 6 des Flottengesetzes erkenne ich nicht als Hindernis für neue indirekte Steuern an; denn er bezieht sich nur auf die ordentlichen Ausgaben des Marine-Etats. — Der Brausteuerveränderung stehe ich persönlich — ich betone das — freundlich gegenüber. Die Biersteuer ist in Süddeutschland etwa dreimal so hoch wie im norddeutschen Brausteuergebiet. Trotzdem ist dort das Bier billiger und zum Teil besser als bei uns. Die Gründe des hohen Bierpreises bei uns liegen in der Methode, die Preise immer abzurufen, und ferner in den vielen Einzelwirtschaften. Man denke aber auch die enorme Selbstbesteuerung durch die Trintgelber! Davon spricht kein Mensch. Einverstanden sind meine politischen Freunde mit dem Surrogatverbote und der Staffelung der Brausteuern.

Der Tabak ist an sich ein gutes Steuerobjekt. Aber die gegenwärtigen Steuerhöhen für den Rohstoff des Inlandes können nicht geändert werden, ohne daß die beteiligten Industrien mit ihren zahlreichen Arbeitern darunter leiden. Meine politischen Freunde werden deshalb dagegen stimmen, aber für die Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak und auf Zigaretten.

Unannehmbar erscheint uns die Steuer auf Frachtbriefe, annehmbar dagegen die Steuer auf die Billets des Personenverkehrs. Die Fahrpreise sind bei uns meist niedriger als im Auslande. Nur die Form der Billettssteuer, wie sie die Regierung vorschlägt, erscheint uns unannehmbar. Mit der Besteuerung der Kraftfahrzeuge sind wir einverstanden, eventuell könnten Ermäßigungen nach gewissen Richtungen eintreten. Dagegen sind wir gegen die Quittungssteuer, zumal diese eine große Rechtsunsicherheit zur Folge hätte, da vielfach keine Quittungen gegeben werden würden. — Die Erbschaftsteuer akzeptieren wir in der progressiven Form. Wir halten es für eine Pflicht der besitzenden Klassen, jetzt ihre Opferwilligkeit bei Schaffung der Mittel für Militär- und Marinezwecke zu beweisen. Die indirekten Steuern kommen hier nicht in Betracht, denn es handelt sich um die Schichten der Bevölkerung, denen es gelungen ist, trotz der indirekten Steuern, die sie zahlen mußten, ein Vermögen zu erwerben, sodaß sie eine größere Erbschaft hinterlassen. Die große Mehrzahl meiner Freunde wünscht auch die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Deszendenten und Ehegatten. Inwiefern darin ein Schritt zum Kommunismus liegen soll, verstehe ich nicht. Auch von einer Einschränkung des Sparsummes der Bevölkerung durch diese Ausdehnung der Erbschaftsteuer kann keine Rede sein; ich habe noch nichts davon gehört, daß in England oder Frankreich weniger gespart würde als bei uns. Bei der Deszendenten- und Ehegattenerbschafts-Steuerung würden wir die Erbschaften bis 30 000 M. freilassen. In den Einzelheiten behalten wir uns unsere Stellungnahme vor. Wir sind bereit, mit dem ganzen Verstand unserer Verantwortlichkeit mitzuarbeiten, damit das unbedingt notwendige Ziel, die Befriedigung unserer Finanzen, erreicht wird. (Lebhafte Weisfall bei den Nationalliberalen.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung, Dienstag, den 9. Januar 1906, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministerisch: Hr. v. Rheinbaben, Dr. Deibrück, Weseler.

Auf der Tagesordnung steht die Engegennahme von Regierungsvorlagen.

Finanzminister Hr. v. Rheinbaben: Für das abgelaufene Jahr hatte ich einen Ueberschuß von 30 Millionen Mark bei der Begründung des letzten Etats vorausgesetzt. Dies ist mit 30,8 Millionen Mark fast genau eingetroffen. Die Einnahmen sind zum Teil größer gewesen, als ich berechnet hatte, nur die Domänenverwaltung ist um 1 1/2 Millionen Mark hinter dem Anschlag zurückgeblieben. Die Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung hatte ich auf 50 Millionen Mark geschätzt. Dieser Ueberschuß wäre auch vorhanden gewesen, wenn nicht der Streik im Kohlenrevier und einen Ausfall von 12 Millionen Mark gebracht hätte. Trotzdem haben wir einen Ueberschuß von 45,3 Millionen Mark erzielt. An Mehrausgaben sind insbesondere zu verzeichnen 900 000 M. Kosten, die durch die längere Tagung des Landtags entstanden sind. (Hört! hört!) — Das laufende Rechnungsjahr wird voraussichtlich ein günstiges sein. Die Ernte ist zwar nicht so günstig ausgefallen, wie zu erwarten war, da Jupiter Pluvius uns 1905 mit Infesdzins zurückgab, was er uns im Jahre 1904 vorenthalten hat. Die Eisenbahnverwaltung zeigt mit Extraordinarium, daß es falsch ist zu sagen: „Wir schwimmen im Golde.“ Das Gold ist uns unter den Händen geronnen. Eine weit aussehendere Wirtschaftspolitik ist uns unmöglich, wenn nicht endlich ein festes Verhältnis zwischen Reich und Bundesstaat geschaffen wird. Wir müssen doch auch damit rechnen, daß dem Wellenberg ein Wellental folgt und müssen deshalb für ungünstige Jahre Vorbehalte treffen. Besonders das Zentrum sollte daran denken, den föderativen Charakter des Reiches bei der Reichsfinanzreform energisch zu wahren, damit die Einzelstaaten ihre Kulturaufgaben erfüllen können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Ueberschuß des Jahres 1905 dürfte 4 Millionen betragen.

Aus der Thronrede haben Sie ersehen, daß der politische Himmel nicht ohne Wolken ist. Dasselbe gilt von dem wirtschaftlichen Himmel. Bei einer weiteren Steigerung der Staatsausgaben und Staatsverwaltung werden wir zu einer Erhöhung der Einkommensteuer kommen müssen.

Das Jahr 1906 wird in Einnahme und Ausgabe mit fast 3 Milliarden abschließen. Die bessere Neubearbeitung der Domänen zeigt, daß der Stand, dessen Arbeit auf landwirtschaftlichem Gebiete vorbildlich ist, unter dem Schutze der Handelsverträge wieder Vertrauen zur Landwirtschaft und zur Regierung bekommen hat. (Weißt rechts.) Im Etat der Forstverwaltung sind 329 000 M. für 122 neue elatsmäßige Oberförsterstellen vorgesehen. Einen Lotterievertrag mit Oldenburg hoffen wir in nächster Zeit vorlegen zu können.

Bei den Bahnhofsneubauten erwähne ich die Position 900 000 M. für den Umbau des Bahnhofs Friedrichstraße in Berlin. Am stärksten ist die Stellenvermehrung bei der Eisenbahnverwaltung. In 11 Jahren haben wir hier jetzt 60 000 neue elatsmäßige Stellen geschaffen. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß sich auf einzelnen eingleisigen Strecken der Verkehr so stark entwickelt hat, daß ein Ausbau erforderlich ist. Es werden deshalb 50 Millionen Mark für den Ausbau von eingleisigen Strecken in der nächsten Nebenbahnvorlage gefordert. Die Ueberweisungen und die Matricularbeiträge halten sich die Wage.

Es sollen 30 neue Regierungskassenstellen geschaffen werden, um die Finanzverwaltungen der Kommunen besser kontrollieren zu können. (1) 84 Millionen Mark sind zur Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der Unterbeamten eingestellt. In der Justizverwaltung sind 250 neue Richter- und Staatsanwaltschaften, 310 Bureaubeamtenstellen und 93 Kanzlistenstellen eingestellt. Für die Verbesserung der Schreiblohnsätze der ständigen Kanzleigehülften sind 400 000 M. ausgemorfen. Die Errichtung der Landgerichte in Srefeld und München-Gladbach wird in einem besonderen Geset-

gefordert. Höhere Stellenzulagen sind den Berliner Schauspielern gewährt. Für Binnenschiferei soll im Anschluß an die landwirtschaftliche Hochschule zu Berlin ein staatliches Institut errichtet werden.

Ich komme zu dem letzten und wichtigsten Etat, dem des Kultusministeriums. Hier sollen einige Unterstufungen und Gehaltsaufbesserungen für die Vikarier, besonders im Osten, gewährt werden. 7 neue Seminare und 6 neue Präparandenanstalten werden gefordert. Die Gehälter der Lehrer und Lehrerinnen sollen, besonders im Osten, wesentlich aufgebeßert werden. (Weißt.)

Das Haus verlegt die Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Stat.) Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Dem Abgeordnetenhaus ist bei seinem Wiederzusammentritt außer dem Gesetzentwurf betreffend die Knappschaffsvereine ein Entwurf zur Abänderung des Gesetzes betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten zugegangen. Der Entwurf sieht eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten um 50 Proz. vor. In der Begründung wird auf die beträchtliche Steigerung der Mietpreise für kleine Wohnungen, namentlich in den großen Städten hingewiesen. Wir haben gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn der preussische Staat mehr als bisher für seine Beamten tut. Sonderbar ist nur, daß dieselbe Regierung, die bei jeder Gelegenheit mit vollem Recht auf die Mietsteigerungen hinweist, bisher über phrasenreiche Erlasse nicht hinausgekommen ist, daß sie insbesondere nichts tut, um die Geschehung so zu ändern, daß die Kommunen mit Aussicht auf Erfolg an die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses herantreten können. Wäre es der preussischen Regierung mit ihrer Wohnungsfürsorge ernst, so müßte sie in erster Linie das Privileg der Hausbesitzer beseitigen, aber hier vor schreit sie aus Furcht vor der Sozialdemokratie zurück.

Ferner ist der Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der Vereinigten preussischen und hessischen Staats-eisenbahnen für das Jahr 1904 veröffentlicht. Wir kommen hierauf noch näher zurück und bemerken für heute nur, daß die Gesamteinnahme 1600 Millionen Mark betragen, gegen das Jahr 1903 eine Steigerung um 80 Millionen und gegenüber dem Etatsanfang für 1904 ein Mehr von 70 1/2 Millionen. Die Gesamtausgabe belief sich auf 967 Millionen Mark, der Betriebsüberschuß auf 633 Millionen gegen 612 Millionen im Jahre vorher. Die Gesamtzahl der Beamten, technischen Gehülften, nichttechnischen Gehülften und Hilfskräfte im unteren Dienste und Arbeiter belief sich im Durchschnitt auf 302 841 Personen, davon 6318 Frauen.

Von Initiativanträgen sind im Abgeordnetenhaus eingebracht ein Antrag Kreittling (fr. V.) betreffend Einführung der fakultativen Feuerbestattung, ein Antrag Gylling (fr. V.) betreffend Erlass eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, und ein weiterer Antrag Gylling, wonach die Regierung ersucht wird um Vorlage eines Gesetzentwurfes, nach welchem die anderweitige Abgrenzung oder Neubildung von Regierungsbezirken nur im Wege der Geschehung geschehen darf.

Aus der Partei.

Der sozialdemokratische Wahlverein in Jena hatte nach dem am 7. Januar erstatteten Jahresbericht im Jahre 1905 eine Mitgliederzunahme von 178 zu verzeichnen. Am Schlusse des Jahres bezifferte sich der Mitgliederstand auf 688. In Jena besitzen das Bürgerrecht 236 Mitglieder, in Benigsen 57; im Laufe des Jahres erwarben 86 Genossen das Bürgerrecht (die Bürgerrechtsgebühren betragen 10 M.). Die 17 Vereinsversammlungen waren von 1780 Personen (durchschnittlich 105 Personen), 4 Volksversammlungen von 3300 Personen besucht. Die Erfurter „Tribüne“ wird in 360 Exemplaren gelesen. Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 4707 M. und eine Ausgabe von 4354 M. — Am 22. Januar soll eine große Volksversammlung abgehalten werden. Auch erhielt der Vorstand von der Generalversammlung den Auftrag, einen Umzug anzumelden.

Deutsch-amerikanischer Sozialistenbund.

Unter dem Namen „Deutsch-amerikanischer Sozialistenbund“ ist am 10. Dezember im New Yorker Labor Speum, 64 Ost. 4. St., eine Organisation gegründet worden, die sich die Aufgabe gestellt hat, in der deutschen Sprache unter der deutschsprechenden Bevölkerung in den Vereinigten Staaten für den Sozialismus und die Gesamtpartei (Socialist Party) zu agitieren.

Seit einigen Jahren ist die deutsche Propaganda völlig vernachlässigt worden. Die Folge davon ist, daß viele Eingewanderte, die in der alten Heimat Parteigenossen waren oder wenigstens bei den Wahlen für unsere Kandidaten stimmten, sich hier nicht mehr um die sozialistische Bewegung kümmern. Wir werden deshalb besonders die Einwanderung beachten und auch, soweit es uns möglich ist, den Neugekommenen Rat und Auskunft geben.

Vorläufig können aber nur Sozialdemokraten oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter berückichtigt werden. Wer sich bei der Ankunft an uns wendet, kann von uns zur Wohnung ein anständiges deutsches Gast- oder Privathaus angewiesen erhalten. Besonderen über die Agenten der Dampfergesellschaften oder die Verpflegung und Behandlung im Zwischendeck nehmen wir zur Untersuchung entgegen.

Bis zum 1. Mai 1906 gelten die folgenden Adressen:

Für New York: Redaktion der „New Yorker Volkszeitung“, 184 William St., wo der Genosse Otto Sattler Auskunft erteilen wird. Sprechzeit täglich, mit Ausnahme von Sonnabend und Sonntag, von 4—5 Uhr nachmittags, am Sonnabend eine Stunde früher und am Sonntag von 5—6 Uhr nachmittags.

Für Chicago, Ill.: Genosse Robert Sattler, Redaktion von „Neues Leben“, Zimmer 12 in 105 Ost-Randolph St. Sprechzeit zwischen 3 und 6 Uhr nachmittags.

Mit sozialistischem Gruße
Deutsch-amerikanischer Sozialistenbund.
J. A. Otto Sattler, Sekretär.

Soziales.

Ein Beitrag zu Mißständen im Krankenkassenwesen. Den Angriffen der Unternehmerklasse, einiger Behörden und Aerzte auf das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen und die gesetzlich fixierten Rechte der Kassenmitglieder steht leider vielfach die Laubeit der Kassenmitglieder selbst helfend zur Seite. Würden die Mitglieder sich nicht nur dann, wenn sie krank sind, um die Kassenangelegenheiten kümmern, so würden vielfach nicht die bestehenden Mißstände eingerissen sein. Erreulich ist es, daß in den letzten Jahren die Erkenntnis sich lebhafter betätigt, daß der Arbeiter die Selbstverwaltung selbst schädigt, der von seinem Rechte an der Verwaltung bei den Wahlen und auf den Generalversammlungen keinen Gebrauch macht. Wie dem Bestreben der Arbeiter, geordnete, den Kassenmitgliedern dienliche Zustände herbeizuführen, den Arbeitern auch von unteren Behörden Hindernisse in den Weg gelegt werden, haben wir schon wiederholt berichtet.

Heute mag ein Beispiel aus der nächsten Nähe Berlins zur Illustrierung ordnungsparteilicher Kassenleitung Anführung finden.

Bis zu Beginn dieses Jahres war die etwa 1200 Mitglieder umfassende Ortskrankenkasse für Friedrichsfelde bei Berlin fast unumschränkt in den Händen der Arbeitgeber und wurde in einer für die Kassenmitglieder wenig ersprießlichen Weise verwaltet. Vorsitzender war der Malermeister Rhein, ein gewaltiger Patriot, Rentant der Kasse der Postamtsvorsteher (natürlich im Nebenamt); als Kassenlokal diente der Postschalter-

raum. Bei diesem Krankenkassenidyll mag leider mancher Kranker den Verzicht auf Krankengeld dem Warten an dem dem Publikum allgemein zugänglichen Postschalter vorgezogen haben. Im Frühjahr des vergangenen Jahres gelang es, eine rege Beteiligung der Arbeiter bei den Wahlen zu erzielen. In der Generalversammlung im April 1905 wurde dann angeregt, das Kassenlokal außerhalb des Postraumes zu legen und die Kassengehülften zu reorganisieren. Aber gutes Ding will Weile haben. Erst in der Generalversammlung vom 21. November wurde eine neun-gliedrige Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine außerordentliche Generalversammlung gewählt. In derselben Generalversammlung erklärte Herr Rhein, er scheidet mit Ablauf des Jahres aus dem Vorstand aus, für ihn müsse ein anderer Arbeitgeber gewählt werden. Darauf wurde für die Zeit vom 1. Januar 1906 ab der Gärtnermeister Robin als Vorstandsmitglied gewählt. Herr Robin ist durch seine Kriegervereinstätigkeit bekannt; er hatte seiner Zeit den Ausschluß von 11 Mitgliedern aus dem Kriegerverein beantragt und erwirkt, weil diese bei der Gemeindevahl sozialdemokratisch gestimmt hatten. Der Kriegerverein besteht die von den Elfen früher an den Verein gezahlten Beiträge für sich. Weiter ist über eine Kassenstätigkeit des Herrn Robin nichts zu vermelden.

In der Vorstandssitzung vom 8. Dezember 1905 erklärte Herr Rhein, er lege sein Amt nieder. Die Mehrheit wählte unter lebhaftem Protest der Minderheit Herrn Robin, der erst vom 1. Januar 1906 an dem Vorstand angehört, zum Vorsitzenden des Vorstandes. In dieser Mehrheit gehörten zwei Arbeitnehmer, deren Wahlzeit aber bereits mit dem Jahre 1904 abgelaufen war (ein Zimmer-poller und ein Tischler). Da man mit Recht annahm, daß diese beiden Arbeitervertreter, die mit den Arbeitgebern ein Herz und eine Seele sind, nicht wiedergewählt würden, so beizte man sich, noch am 8. Dezember unter Vorhitz des nicht zum Vorstände gehörigen Herrn Robin an Stelle des ausscheidenden Rentanten einen anderen zu wählen. Sehr tüchtige Kassenverwaltungs-beamte hatten sich zu dem Posten gemeldet. Es wurde aber keiner dieser mit dem Kassenwesen vertrauten Bewerber gewählt, sondern — der Besitzer eines Tanzlokals, Herr Katbon. Katbon besitzt seit fünfviertel Jahren ein Tanzlokal, in dem Kassenbewußte Arbeiter nicht verkehren, ist derartig von Rheuma und anderen Leiden geplagt, daß er sein Lokal wegen Krankheit verkaufen will. Seine weitere Vorbildung im Kassenwesen besteht in einer nach außen hin erkennbar gemachten konfessionellen Befähigung. Der so festfam zusammengelegte Vorstand sah sich dann am 30. Dezember 1905, eine halbe Stunde vor Beginn der Generalversammlung, mit den anderen Beamten neue Verträge ab.

Die Leitung der Generalversammlung und die Leistungen des Herrn Robin in dieser Generalversammlung vom 30. Dezember war ebenso unglücklich, wie die bis dahin von ihm als vereinterlichem Vorstandsmitglied und Vorsitzenden vorgenommenen Akte. Herr Robin leitete die Versammlung. Da er aber wohl scharflich mehr Kenntnisse vom Kassenwesen hat als der neugewählte Rentant, so hatte dieser zum Güter der Selbstverwaltung bestellte Vorsitzende — sich den Sekretär Kühne aus dem Landratsamt als seinen Beistand mitgebracht! Er stellte den Herrn Sekretarius als — Abgesandten der Aufsichtsbehörde vor. Die Mehrheit der Generalversammlung bestritt energisch ein solches Recht der Aufsichtsbehörde und beantragte die Hinausweisung des Sekretarius. Der frühere Vorsitzende Rhein gab in der einstündigen Debatte zu, daß die Aufsichtsbehörde nach § 45 R.-S.-G. kein Recht habe, in die Generalversammlung sich delegieren zu lassen, der Sekretarius sei auch gar nicht von der Aufsichtsbehörde delegiert, sondern auf Wunsch des Herrn Robin, der infolge seiner Unkenntnis in Kassenangelegenheiten und Geschäftsunfähigkeit Lampenfieber habe, als dessen Stütze erschienen. Der also von seinem Freund und Gönner gekennzeichnete Vorsitzende bewies seine Geschäftsunkenntnis sofort dadurch, daß er es ablehnte, über den Antrag auf Entfernung des Sekretarius abstimmen zu lassen. Die Mehrheit hatte Humor genug, der Versammlung unter Vorhitz des unzulässigen Vorsitzenden und seiner Stütze weiter beizuwohnen. Das war auch gut so. Denn nun kam es zur Abstimmung über das Gehalt des rheumatischen Tanzlokalbesizers. Der Hebervorstand hatte 1800 Mark, steigend bis 2400 Mark, vorgeschlagen. (Der postalische Rentant erhielt 5 Proz. der Einnahmen, also etwa 800 bis 1200 M.) Der Antrag wurde abgelehnt. Auch der Sekretarius vom Landratsamt konnte nicht helfend einspringen. Selbstverständlich wurden die beiden „Arbeitervertreter“, deren Vorstandsmandat schon 1904 abgelaufen war, nicht wiedergewählt. An ihre Stelle gelangten Arbeiter, die die Interessen der Arbeiter und der Kasse wahrzunehmen geeignet sind.

In der Generalversammlungsdebatte erklärte das zweite Arbeitgeber-Vorstandsmitglied (dem Vorstand gehören 2 Arbeitgeber und 4 Arbeitnehmer an), der Wäckermeister Seidel, ganz offenhertzig: gewiß haben wir so gehandelt, weil wir für dieses Jahr noch die Majorität haben.

Gegen die wunderliche Verwaltung ist bei der Aufsichtsbehörde Beschwerde eingelegt. Die erste der Beschwerden wendet sich dagegen, daß Herr Robin sein Amt im Vorlande vor dem 1. Januar angetreten und daß Herr Rhein es niedergelegt hatte. Es ist vom Oberverwaltungsgericht ständig anerkannt, daß ein Vorstandsmitglied sein Recht habe, ohne Zustimmung der Generalversammlung sein Amt niederzulegen. Der Landrat, vertreten durch einen Regierungs-assessor — so weit leselich Neupert mit Namen — hat eine andere, freilich durch das Gesetz nicht begründete Auffassung. In seinem die berechtigte Beschwerde ablehnenden Bescheid erklärt er: Herr Rhein sei berechtigt gewesen, sein Amt niederzulegen, wenn er erklärt hätte, er wolle nicht mit dem Januar anscheiden, so sei diese Zeitbestimmung unverbindlich! Gegen diesen ablehnenden Bescheid, der gerade so aussieht, als ob er von dem Herrn Sekretär des Landratsamtes entworfen sei, ist weitere Beschwerde eingelegt.

Wie geschäftsfundig der neue Vorsitzende Robin ist, geht auch daraus hervor, daß er auch für die Vorstandssitzungen im Januar sich die landratsamtliche Stütze mitbrachte. Nebenbei erklärte diese, auch ihr sei es nicht möglich gewesen, die bisherige Verwaltung zu kontrollieren.

Wir hoffen, daß die Friedrichsfelder Arbeiter die zeitraubenden Bemühungen sich nicht verdrücken lassen und im Wege der Beschwerde und des Verwaltungsstreitverfahrens dem Gesetz, der Selbstverwaltung und der Arbeiterklasse auf diesem Gebiete ihr Recht erstreiten werden.

Ueber den weiteren Verlauf werden wir berichten.

Anfang des Schutzes für jugendliche Arbeiter. In der photomechanischen Druckerei von Reimann in Berlin waren die im Alter zwischen 14 und 16 Jahren stehenden beiden Lehrlinge des Morgens von 7 1/2 bis 8 Uhr mit Heizen und des Abends von 1/8 bis 6 Uhr mit dem Reinigen der Räume beschäftigt worden. Reimann muß dies der Arbeitszeit zu, so betrug diese täglich 9 Stunden, ausschließlich der Pausen. Vormittags und nachmittags durften die jungen Leute je eine Viertelstunde Pause und mittags eine Pause von einer Stunde machen. Herr Reimann wurde wegen Uebertretung des § 136 der Gewerbeordnung angeklagt, wo unter anderem mit Bezug auf jugendliche Fabrikarbeiter im Alter zwischen 14 und 16 Jahren bestimmt ist: Für jugendliche Arbeiter, die nur sechs Stunden täglich beschäftigt sind, muß die Pause mindestens eine halbe Stunde betragen. Den übrigen jugendlichen Arbeitern muß mindestens mittags eine Stunde sowie vormittags und nachmittags je eine halbe Stunde Pause gewährt werden. Sofern die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit an Vor- und Nachmittags je vier Stunden nicht übersteigt, braucht eine Vor- und Nachmittagspause nicht gewährt werden. — Das Landgericht als Verurteilungsurteil verurteilte den Reimann zu einer Geldstrafe, weil die beiden 14- bis 16-jährigen Lehrlinge nicht eine Vormittags- und Nachmittagspause von je einer halben Stunde machen durften, obwohl sie länger als acht Stunden, nämlich neun Stunden täglich beschäftigt worden

felen. Das Landgericht ging davon aus, daß das Heizen am Morgen (1/2 Stunde) und das Reinigen am Abend (wieder 1/2 Stunde) der Beschäftigung im Druckereibetriebe zuzurechnen sei. Bei dieser nehmlichen Beschäftigungszeit hätten die Kaufen am Vormittag und Nachmittage für die Lehrlinge je eine halbe Stunde betragen müssen und nicht bloß je eine Viertelstunde. — Angellagter habe nun noch geltend gemacht, nicht er, sondern sein Werkmeister habe die Lehrlinge für die fragliche Zeit zum Heizen und Reinigen beordert. Das entbinde hier aber den Angellagten nicht von der strafrechtlichen Verantwortung. Allerdings bestimme § 151 der Gewerbeordnung: „Sind bei der Ausübung des Gewerbes polizeiliche Vorschriften von Personen übertreten worden, welche der Gewerbetreibende zur Leitung des Betriebes oder eines Teiles desselben oder zur Beaufsichtigung bestellt hat, so trifft diese Strafe diesen letzteren.“

Neben diesem erkläre dann aber derselbe Paragraph den Gewerbetreibenden für strafbar, wenn die Übertretung mit seinem Vorwissen begangen ist, oder wenn er bei der nach den Verhältnissen möglichen eigenen Beaufsichtigung des Betriebes usw. es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen. — An dieser Sorgfalt habe es nun Angellagter fehlen lassen. Er habe in Berlin seinen Wohnsitz und komme täglich in die Druckerei, in denen damals etwa 15 Personen beschäftigt worden seien. Unter den obwaltenden Umständen habe er selbst die Möglichkeit und die Pflicht gehabt, den Betrieb zu beaufsichtigen, und es treffe ihn der Vorwurf, daß er es dabei an der erforderlichen Sorgfalt habe fehlen lassen. — Das Kammergericht hob zwar am Montag das Urteil auf und verwies die Sache noch einmal an die Vorinstanz zurück, aber nur deshalb, weil das Landgericht nicht genügend dargelegt habe, weshalb die Druckerei des Angellagten eine Fabrik sei. Die entsprechenden Feststellungen müßten nachgeholt werden. — Im übrigen billigte aber das Kammergericht durchweg die Auffassung des Landgerichts.

Aus Industrie und Handel.

Kein Kompott, aber — Pferdefleisch!

Nach einem hochweisen Urteil ist der starke Fleischkonsum in Arbeiterkreisen die Ursache des Viehmangels. Wir sind auf dem besten Wege, durch Nachlassen des „Meibels“ die Fleischnot zu überwinden. In welcher Weise innerhalb eines Monats der Auftrieb zurückgegangen ist, lehrt die Betriebsstatistik des Dortmunder Viehhofes. Es wurden dort

	aufgetrieben		geschlachtet	
	Dezbr.	Novbr.	Dezbr.	Novbr.
Großvieh	3483	3155	1283	1178
Kälber	1264	1579	933	1062
Schafe	492	265	557	298
Schweine	5234	7762	3206	4241
Pferde	—	—	95	88

2226 Vorkühe wurden weniger aufgetrieben, 1085 weniger geschlachtet! Das Volk hat demnach die tiefe volkswirtschaftliche Erläuterung des „weisen Mannes“ wohl erfasst und sucht die böse Leidenschaft zu bekämpfen! Oder sollte der Rückgang des Fleischkonsums weniger der Belehrung vom sündigen Tun, als vielmehr einer plötzlich erwachten Vorliebe für Trapp-Trapp-Lederbissen zuzuschreiben sein? Da die Regierung belanlich dem edlen Pferdesport großes Interesse entgegenbringt, die Pferdeliebhaberei überhaupt zu den feudalen Vergnügen gehört, ist es ja auch möglich, daß das wegen seiner Fleischhöckeri gerüffelte Volk sein Wohlverhalten durch besondere Pferdesport bekunden will. Das Problem ist so schwierig, daß es schwer halten wird, eine allseitig anerkannte Erklärung dafür zu finden. Daß etwa das Volk so höfartig sei, wegen der lumpigen Preissteigerungen von 20 bis 50 Prozent weniger Fleisch zu essen, das wird kein Fod-man zugeben. Und zum Teil mit Recht! Der Arbeiter würde das teurere Fleisch schon kaufen — wenn er's nur könnte. So erfreuen sich die Vorkühe ihres Lebens und Unterernährung reduziert den Gesundheitsstatus des Volkes.

Getreidestatistik. Der auswärtige Handel des deutschen Zollgebiets mit Getreide und Mehl zeigt nach den Zusammenstellungen des statistischen Amtes folgende Ziffern, alles in Doppelzentnern:

	Gesamt-Einfuhr		
	1. August bis 31. Dezember	1904	1903
Weizen	13 026 189	9 931 089	10 087 741
Roggen	3 786 368	1 866 051	2 926 368
Hafer	5 944 780	2 768 941	2 148 215
Gerste	9 771 578	7 598 825	9 365 977
Weizenmehl	3 980 617	3 368 323	5 010 681
Roggenmehl	124 370	102 887	137 863
Hafermehl	8 576	6 862	8 875

	Gesamt-Ausfuhr		
	1. August bis 31. Dezember	1904	1903
Weizen	1 430 314	1 916 960	1 675 337
Roggen	788 898	2 067 579	1 125 464
Hafer	823 167	1 124 468	685 394
Gerste	169 746	271 228	380 101
Weizenmehl	180 874	221 720	160 425
Roggenmehl	343 637	350 978	159 504
Hafermehl	440 871	579 768	408 420

Anwendung der Wasserkraft. In dem Zwecke, die Wasserfälle in Norwegen zur Erzeugung elektrischer Energie auszunutzen, hat sich in Kristiania eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 5 Millionen Kronen gebildet.

Protest gegen die Steuerherrschaft.

Am Montagabend fand im Generalversammlungssaal der Börse eine Zusammenkunft des Verbandes der Gesellschaften mit beschränkter Haftung statt, zwecks Stellungnahme gegen die geplante Doppelbesteuerung. Der Referent Dr. Hugo Gerschlö ging auf die Gründe, die der Finanzminister für die Doppelbesteuerung anführt, näher ein. Da sich diese Gründe speziell darauf stützen, daß die Aktiengesellschaften auch zur Doppelbesteuerung herangezogen werden, beleuchtete der Redner die Unterschiede zwischen Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. Gesellschaften m. b. H. bilden eine Anlehnung an die offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaften m. b. H. erbrachten dem Staate jährlich 9000000 M. Steuern; da das Gesamtsteuereinkommen 562 Millionen beträgt, so würde die Mehrbesteuerung ungefähr 1/3 Proz. der Gesamtsteuer darstellen und lohne es sich deshalb gar nicht, den Gesellschaften m. b. H. gewisse Vorteile den Anknüpfen zwischen die Beine zu werfen. —

Der Korreferent, kais. russ. Rat v. Falken (stellvertretender Vorsitzender des Verbandes) beschäftigte sich mit dem Artikel des Prof. Wagner über die sich heute in allen Gesellschaftsklassen bemerkbar machende Unzufriedenheit, wenn es heißt neue oder mehr Steuern zu zahlen. Er bemerkte sodann, eine Steuer dürfe nicht die Allgemeinheit schädigen, und da die Gesellschaften m. b. H. nicht einen einzelnen Stand, sondern ein Gebilde repräsentieren, welches sich aus den verschiedensten Klassen zusammensetzt, so sei es Pflicht, gegen eine Steuer, welche das Fortwachsen einer so beliebt gewordenen Einrichtung unseres Wirtschaftslebens hindert, Protest zu erheben. Zur Diskussion meldete sich niemand.

Einmütig gelangte die Resolution zur Annahme: Die in der Novelle zum preussischen Einkommensteuergesetz vorgesehene Besteuerung der Gesellschaften m. b. H. widerspricht den gerechten, eine Doppelbesteuerung ausschließenden Grundsätzen der geltenden Gesetzgebung. — Eine Gleichstellung der Gesell-

schaften m. b. H. mit den Aktiengesellschaften ist wegen ihrer meist ganz verschiedenen wirtschaftlichen Grundlagen nicht zulässig, würde die von der Gesetzgebung bisher geförderte leichtere Gesellschaftsbildung in Zukunft fast unmöglich machen und die bestehenden Gesellschaften m. b. H. in unbilliger Weise belasten. — Durch die geplante gesetzliche Maßregel würden sowohl Handel und Industrie, denen sich die Form der Gesellschaft m. b. H. als außerordentlich förderlich erwiesen hat, in unübersehbarer Weise benachteiligt werden, als auch viele, namentlich kleinere Kapitalisten der bisher gern benutzten Möglichkeit zur produktiven Anlage ihres Vermögens beraubt und der Volkswirtschaft gesunde Mittel entzogen werden. Da die gedachte Steuermaßregel demnach als ungerecht und schädigend für Einzelpersonen und Gesellschaften, sowie für das gesamte wirtschaftliche Leben der Nation empfunden wird, so werden die beiden hohen Häuser des Landtages der preussischen Monarchie gebeten, den die Besteuerung der Gesellschaften m. b. H. betreffenden Teil der Steuernovelle ihre Zustimmung zu versagen.

Billige Gesellschaft. Für den Hausbrand, Briketts, steht, wie gemeldet wird, eine allgemeine Preissteigerung um 4—6 M. pro Wagen in Aussicht. Die Sache macht sich leicht, indem die größte Firma, die Hse-Vergand-Aktiengesellschaft den neuen Preis bestimmt und die übrigen Firmen willig nachfolgen. Die führende Gesellschaft sollte sich mit der Richtungsbestimmung auch mal auf dem wenig betretenen Gebiete der Lohnheraussetzung versuchen. Wir würden uns freuen, wenn sie dann auch treuer Gesellschafter sich rühmen könnte. Oder geht die Firma nicht nach solchem Ruhme?

Nur 28 Proz. Dividende bringt diesmal die Maschinenfabrik Dürkopp u. Co. in Virelsdorf zur Verteilung. Die Dividende der Vorjahre betrug 16, 12, 17, 25 und 28 Proz. Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf.

Versuche mit unangenehmen Mitteln. Der „Norddeutschen Allgem. Itg.“ hatten wir nachgewiesen, daß sie uns frivoler Weise der freien Erfindung einer Nachricht bezichtigt hatte. Diesen Vorwurf zurückzunehmen, hält sie natürlich unter ihrer Würde. Sie glaubt den Mangel an journalistischer Anstandspflicht auszugleichen durch die wahrheitswidrige Behauptung, der „Vorwärts“ wäre in der Angelegenheit verblümt. Sie bringt das Kunststück fertig, indem sie unsere Antwort unterschlägt. Sie begnügt sich damit, auf die „N. D. Itg.“ zu verweisen, welche bestätigt, daß das Kohlenyndikat die Nachlieferung von 89 000 Tonnen Kohlen für die Eisenbahnverwaltung nicht abgelehnt habe. Nun, die Dementis der „N. D. Itg.“ haben, wenn es sich um Interessen der Großindustrie handelt, genau denselben Wert als die der „Norddeutschen“, wenn diese die Regierung „rettet“. Wie die „N. D. Itg.“ übrigens die Dementis der „Norddeutschen“ einschätzt, beweist ja das Kitat in unserer gestrigen Nummer (zweite Seite, 3. Spalte). Obwohl wir das Dementi der „Norddeutschen“ wirklich zum Abdruck brachten, glaubt das Blatt sich noch darüber besauern zu können, daß wir unseren Lesern den Tatbestand nicht genügend mitgeteilt hätten. Damit glaubt sich das Dementierungsblatt der Pflicht überhoben, ihren Lesern von der Anlehnung des „T. V.“ Kenntnis zu geben. Und auf unsere Frage, warum das Kohlenyndikat selbst sich in der Angelegenheit nicht äußere, schweigt sie sich natürlich auch gänzlich aus. Und noch einen Schmerz hat die „Norddeutsche“. Unsere Notiz, daß die in auswärtigen Wätern veröffentlichte Version über die Reichsrede des Kaisers verunstaltet auf die Börse gewirkt habe, veranlaßte sie, die Richtigkeit der behaupteten Neuierungen zu bestritten.

Diese Bemerkung richtet sich natürlich gegen die betreffenden Wätern. Trotzdem moniert die „Norddeutsche“, daß wir ihr Dementi nicht veröffentlichten. Die Tatsache, die wir berichtet haben, wird durch das Dementi gar nicht berührt. Wenn die „Norddeutsche“ anderen Anschein erweckt, dann bleibt sie auch damit ihrer Geselligkeit der Ironie treu. Etwas anderes erwartet man von dem Blatte ja auch kaum.

Gerichts-Zeitung.

Ein Prozeß beschäftigte gestern das hiesige Schöffengericht. Privatkläger war der Schriftsteller Dr. Leo Leipziger. Angeklagte waren der verantwortliche Redakteur des seit kurzem hier erscheinenden Sensationsblattes „Die Wahrheit“, Alfred Leupold, und der Redakteur desselben Zeitschrift Richard Dietrich. Als Zeugen waren der Herausgeber der „Wahrheit“, Reichstags-Abg. Wilhelm Bruhn, und der Generaldirektor der Versicherungsgesellschaft „Victoria“, Otto Gerstenberg, geladen. Unter Anklage stand ein in Nummer 1 der „Wahrheit“ veröffentlichter Artikel. Der Prozeß verlief derart, daß die Angeklagten eingetragene Beweisaufnahme. Aus der Verhandlung hervorzugehen ist, daß der Kläger auch den vermeintlichen Verfasser, Herrn Dietrich, mitverklagt hatte! Dieser bestritt die Verfälschung. Der hierzu als Zeuge vernommene Herausgeber Wilh. Bruhn sprach seine Verwunderung darüber aus, daß der im journalistischen Leben stehende Privatkläger nicht nur den verantwortlichen Redakteur und den vermeintlichen Verfasser als Angeklagte, sondern auch noch den Herausgeber vor Gericht bringe und er beantragte Gerichtsbeschluss darüber, ob er überhaupt verpflichtet sei, Zeugnis abzulegen. Der klägerische Anwalt nahm hierauf namens des Klägers den Strafantrag gegen Dietrich zurück und der Gerichtshof beschloß die Einstellung des Verfahrens gegen diesen Angeklagten.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hielt am Sonntag eine Versammlung ab, in welcher Dr. Bueck referierte über das Thema: „Die direkte Aktion“. Der Polizeibehörde war das Thema so interessant, daß sie sich ausnahmsweise bemüht gefühlt hatte, die Versammlung durch zwei Beamte überwachen zu lassen. Der Referent behandelte in einstudierten Vorträgen ausführlich die ganze politische und gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland und betrat zum Schluss die Ansicht, daß die Arbeiter vom Parlamentarismus keine Besserung ihrer Lage zu erwarten haben. Auch die Gewerkschaften sorgen nicht dafür, daß die Arbeiter zu Klassenbewußten Männern erzogen werden; fast bei jeder Lohnbewegung, welche die Arbeiterschaft in letzter Zeit zur Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt hat, hätten die Führer nur gebremst. Das liege ja nicht an den Personen, sondern am System. Die Arbeiterschaft könne ihre Lage nur verbessern, wenn sie ihr Geschick selbst in die Hand nimmt. Die Versammlung folgte diesen Ausführungen mit größter Aufmerksamkeit.

Nach dem Vortrag kamen die zugehenden Lokalfisten vom Verband der Gastwirtsgehülfen zur Verteilung. Hierbei brachte Dorn das eigenartige Verhalten des „Vorwärts“ in Sachen des Wirtes der „Brotkrumen des Ostens“, Herrn Cranz, zur Sprache. In derselben Nummer, in welcher über die Verhandlung des Ausschusses der Gewerkschaftskommission und des Verbandes der Gastwirtsgehülfen mit Herrn Cranz als geschlichtet berichtet wurde, stand noch eine Annonce des Herrn Cranz, worin er den Arbeitern seine Sätze anpreist, obgleich dieselben gesperrt sind. Die Versammlung verurteilt das Verhalten der Redaktion des „Vorwärts“ und wird sich im Wiederholungsfall beklagend an die Prozeßkommission wenden. (Die Debatte beruht auf irrtümlichen Voraussetzungen. Die „Brotkrumen des Ostens“ sind nur für die organisierten Kellner gesperrt. Ihre Sperre für die gesamte Arbeiterschaft hat die Organisation der Gastwirtsgehülfen bisher nicht gefordert. Red. d. „V.“)

Buchbinderverband. Am Sonntag hielt die Zahlstelle Berlin eine außerordentliche Generalversammlung ab. Dieselbe diskutierte zunächst über die Anstellung eines dritten Beamten im Bureau der örtlichen Verwaltung. Beschlossen wurde, einen dritten Beamten anzustellen, aus der Reihe der drei Beamten einen Bevollmächtigten

zu wählen und bei der Wahl des zweiten Bevollmächtigten darauf zu sehen, daß sich derselbe in möglichst unabhängiger Stellung befindet. Die Verwendung am Posten des dritten Beamten soll ausgeführt werden. Hierauf berichtete Wilhelm über die Stellung des Verbandes Ausschusses zur Wahl der Beisitzer in den Verbandsorganen. In Verbindung hiermit wurde über einen im Verbandsorgan veröffentlichten Versammlungsbericht aus Dresden diskutiert. Wie aus den Ausführungen der Redner hervorging, handelt es sich um eine Einzelgespräche aus dem schon öfter diskutierten Konflikt im Verbandsorgan. Infolge dieses Konflikts hat die Berliner Mitgliedschaft, welche die Beisitzer in den Verbandsorganen zu wählen hat, drei derselben ihres Amtes entbunden, der Ausschuss hat entschieden, daß dieses Vorgehen der Zahlstelle Berlin nach dem Statut unzulässig ist. — Im Laufe der Debatte beantragte Conrad eine Resolution. Dieselbe besagte dem Sinne nach: Mit Rücksicht auf die bevorstehende Lohnbewegung möge die weitere Erörterung dieser Angelegenheit unterbleiben, es werde vorbehalten, zum nächsten Verbandstag hierauf bezügliche Anträge zu stellen und die Aufnahme des Dresdener Versammlungsberichts in das Verbandsorgan sei zu beurteilen. — Als nach Schluss der Debatte diese Resolution zur Abstimmung kam, herrschte lebhaftest Unruhe. Nur ein Teil der Anwesenden beteiligte sich an der Abstimmung. Vom Bureau wurde die Annahme der Resolution konstatiert, einige Versammlungsteilnehmer protestierten dagegen, es entstand eine allgemeine Unruhe, der Vorsitzende schloß die Versammlung und vertagte den noch nicht erledigten Rest der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung.

Zentralverband der Friseurgehülfen Deutschlands, Zweigverein Charlottenburg. Heute Abend im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Erscheinen notwendig.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlin und Umgegend. Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Wils. Schulstraße. Ede Chellmanische Vortrag des Kollegen Schulz: „Staatslehre der Lehrlinge“. Gähle willkommen.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Kalau-Landau. Ortsverein Berlin. Unsere Monatsversammlung findet diesmal ausnahmsweise am Donnerstag, den 11. Januar 1906, abends 8 Uhr, beim Genossen Beckmann, Grünstr. 21, statt. Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über die am 11. Januar stattfindende Agitationsstour im Kreise und Festlegung der Touren. 2. Ausgabe des Agitationsmaterials. Erscheinen eines jeden Genossen ist unbedingt notwendig.

Brüchsten der Redaktion.

S. S. 51. Hierüber erhalten Sie am besten Auskunft durch den Zentralverband der Lederarbeiter, Berlin, Engel-Ufer 15. — S. C. Der Wert der Vorkasse ist verschieden. Der von Ihnen eingemachte wird zu 1,75 M. im Kurse stehen, aber ohne nähere Angabe läßt sich darüber kein Urteil fällen. Versuchen Sie, da der Beamte ja selbst im Zweifel sich befindet, den Schein zurückzubekommen, oder fragen Sie nochmals bei der Bank an, ob der Beamte sich die Vorkasse geliebt hat.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gebühren: 7 Mkr.

Abkommen. Reichstags-Entwurf auf Anwaltsrenten hat nur, wer mindestens 200 Markten geklebt hat, überdies aber die Voraussetzungen für Anwaltsrentenanprüche erfüllt hat, also entweder im Sinne des Anwaltsrentenverordnungsgelezes inwieweit ist oder mindestens 26 Wochen lang arbeitsunfähig (s. B. durch Krankheit) war. Das Rühre finden Sie S. 487 bis 504 des in den öffentlichen Blättern ausliegenden „Arbeiterrechts“.

Stn. S. C. beantragen Sie unter Darlegung Ihres Interesses die Einfihr in die Liste Ihnen zu gestatten. — S. R. 37. Nein. Es dürfen nur 7/8 abgezogen werden. Am übrigen ist das Krankenfeld zu zahlen. — S. M. 53. Rig. Vor. Ihre Klage hätte Erfolg. — S. M. 53. Rig. Vor. 1. Nein. 2. Ja. 3. In Ansuchen ist innerhalb einer Woche nach Verkündung des Urteils Berufung einzulegen. — S. 9. 1. Das ist möglich, aber unwahrscheinlich. 2. Nebenpflicht tritt dann wieder ein. 3. Das Schiedsgericht. — Kerber Moabit. Der Richter ist nicht befugt, die Besondere Bestimmungen vorlesen, sein Grund vorzeitigen Aufhebung des Vertrages. — S. B. 100. 1. Falls Sie bei Abschluss des Vertrages vollständig (21 Jahre alt) waren, würde die Klage wohl zu Ihren Ungunsten entschieden werden. Die angeführten Einwände, auch den des zu hohen Preises, können Sie vorbringen. 2. und 3. Was Sie haben, nicht haben können, können Sie vorbringen. 2. und 3. Was Sie haben, nicht haben können, können Sie vorbringen. 2. und 3. Was Sie haben, nicht haben können, können Sie vorbringen. 2. und 3. Was Sie haben, nicht haben können, können Sie vorbringen.

Ein Ungläubiger. 1. Der frühere des Vaters. 2. Drei Mark. — A. J. 5. 1. Ist das von Ihnen angeführte Testament eigenhändig geschrieben, so ist es gültig. 2. Ja. 3. Das Testament bewahren Sie auf oder übergeben es dem Gericht oder einem Notar. — Ernst A. Berlin. Werben Sie sich an das Bureau Neue Friedrichstraße 9/10. — T. 06. 1. bis 3. Ja. — C. Z. Ober-Zahnweide. Fragen Sie bei Ihrer Versicherungsgesellschaft an oder sehen Sie in Ihrer Police nach. Wir kennen die Bedingungen Ihres Vertrages nicht. — 100. M. S. Ja. — S. 60. Da, wo Sprengungen bestehen: Ja. — S. Br. Wenn Sie gegen den Ausweisungsbefehl nicht Beschwerde erhoben haben, ist jetzt leider nicht mehr zu erreichen. — M. S. 2. 1. Ja. 2. Nach § 133b der Gewerbeordnung ist das Gehalt abhängig des Krankenfeldes zu zahlen. — M. W. 31. 1. und 2. Wenden Sie sich an Müller, Altdorf, Altdorfstr. 46. 3. Nein. — S. Z. Der hiesige Witwe, dessen Ehe nach dem Jahre 1899 geschlossen war, erbt, falls sein Testament vorliegt, die Hälfte des Nachlasses und erhält 1/3 des als Voraus. alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Hauszinsgehälter. — W. B. Urechterstraße. Der von unbekannter Hand bei von Ihnen unterzeichneten Vertrages gilt rüchlich der Ständigungsfrist. — S. B. 50. Treiben Sie mit der Gesellschaft eine Klage. — S. R. 31. Nein, es sei denn, daß Sie ausdrücklich anerkannt haben. — Heier. Sie müssen außer Ihren Gehaltsunterlagen die Bescheinigung der Steuerbehörden haben, daß nach dortigen Gelezen der Gehalt nicht im Wege steht. — A. G. 68. 1. Schwereiten können entstehen. 2. Das ist möglich. — S. G. 100. Das Gehalt ist möglichst vor dem 15. an die Erbschaftskommission, Heidestr. 1, zu zahlen. — Hermannplatz 230. 1. 10 Jahre. 2. 5 Jahre. 3. Doppelte im Verdacht. — Mahlsdorf. 1. und 2. Nein. — S. A. 28. Soweit Ihre Darstellung erkennen läßt, gilt der erste Vertrag nur rüchlich der später überlassenen Wohnung. — T. 06. Ja.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, Ha 56—64, IIIa 50—55, IVa 40—48. Kalbfleisch Ia 63—65, IIa 74—85, IIIa 60—72, Kanarienfisch Ia 64—74, IIa 59—62, Schweinefleisch 74—78. Rindfleisch Vund 40—50 Pf. Kalb 3,00—3,50, mittel 1,85—2,80. Kanarienfisch Stück 0,80—0,90. Hühner pro Stück, alte 1,10—1,85, junge Ia 0,80—1,35, do. IIa 0,00—0,50. Enten, junge 0,50—0,67, alte 0,40—0,50. Gänse, junge 1,50—2,50, Gänse pro Stück Ia 0,00—0,00, IIa 0,00—0,00, pro Pf. Ia 0,58—0,62, IIa 0,00—0,00. Schellfische 18—25 Pf. Rinder 0,00 Pf. pro 100 Pf. Heide 00—00 Pf. Schlei, mittel 00—00 Pf. Heide, groß 0,00, mittel 0,00—0,00, klein 0,00, Rindfleisch 00—00 Pf. Karpfen, alt 00 Pf., Laoh 00,00. Schottische Vollröhre (grünlich) 36—39 Pf. Her, Schot 3,00. Butter pro 100 Pfund Ia 117—120, IIa 114—117, IIIa 110—114, abfallende 00—000. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00—2,20, Rosen 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkopf pr. Schot 7,00—12,00, Weißkohl 7,00—10,00, Rotkohl 6,00—10,00, Kohl 14—17 Pf. Saure Gurken, Schot 2,00 Pf., Pfeffergurken 2,00 Pf.

Witterungsbericht vom 9. Januar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer, hundert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer, hundert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	
Zwinnende	751	Stil	0	Punkt	Dahranba	757	SW	2	Rebel	
Hamburg	754	SW	2	Rebel	0	Riga	754	D	2	Rebel
Berlin	752	SW	2	Schnee	1	Schwet	751	SW	3	Wolffig
Amal a. M.	755	SW	2	Schnee	4	Belbern	753	S	3	Rebel
Branfen	758	SW	0	Rebel	1	Paris	759	SW	2	Wolffig
Gen	752	SW	4	Wolffig	5					

Weiterprognose für Mittwoch, den 10. Januar 1906. Etwas wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und sehr lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau. Wasserstand am 7. Januar. Elbe bei Muffh — 0,29 Meter, bei Dresden — 1,38 Meter, bei Magdeburg + 1,10 Meter. — Havel bei Strausfurt + 1,80 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,20 Meter, bei Besten Oberpegel + 5,04 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,21 Meter, bei Frankfurt + 1,34 Meter. — Weichsel bei Wladimirov + 3,18 Meter. — Warthe bei Polen + 0,74 Meter. — Nepe bei Wl. —

Zur ungarischen Wahlreform.

Die von der ungarischen Regierung in ihren Wahlrechtsentwurf aufgenommene Bedingung des Lesen- und Schreibens...

9 596 883 Individuen als des Lesens und Schreibens kundig ermittelt worden; das sind bloß 49,8 Prozent der Gesamtbevölkerung!

Table with 8 columns: In, Es konnten lesen und schreiben (Zivilpersonen, Zivil u. Militär), Von der gesamten Zivilbevölkerung, Von der mehr als 6 Jahre alten Bevölkerung, Von der gesamten Bevölkerung, Von der mehr als 6 Jahre alten Bevölkerung. Rows include Ungarn, Kroatien-Slawonien, and Zusammen.

In Ungarn selbst stand die Volksebildung schon 1890 auf einer höheren Stufe, und von der mehr als sechs Jahre alten Bevölkerung konnten bereits damals 53,2 Prozent lesen und schreiben.

Aus den mitgeteilten Zahlen erkennt man also, daß die Bedingung des Lesen- und Schreibens...

Der westliche Teil Ungarns, der Landesteil jenseits der Donau, zeigt in Bezug auf die Volksebildung den größten Fortschritt; am linken Tisza-Ufer und im Tisza-Maros-Beden steht die Volksebildung auf der niedrigsten Stufe.

Die zehnjährige Entwicklung der Zahl derjenigen, die des Lesens und Schreibens kundig sind, weist übrigens in den meisten Komitaten eine erfreuliche Besserung auf; nur in einigen Komitaten des linken Tiszaufers zeigt sich ein langsamer Fortschritt.

Analphabeten das Wahlrecht vorzuenthalten, mag ja ein Nöthenes Verzichtung in sich haben, die Erwerbung des Wahlrechts mit der Schriftkunde mag ein Ansporn sein für die Bevölkerung, lesen und schreiben zu lernen.

J. Wollmann.

Lohnneinkommen der Arbeiterschaft durch die Lohnerhöhungen um Millionen Frank erhöht, ferner Minimallohne eingeführt, Tarifverträge abgeschlossen usw.

Die Gewerkschaftsbewegung ist in diesem Jahre stark vorwärts geschritten. Der Metallarbeiterverband allein erhöhte seine Mitgliederzahl von 7000 auf 12 000, der Holzarbeiterverband von 3000 auf 5000, und ähnliche Fortschritte dürften die meisten anderen Verbände gemacht haben.

Es geht nun in der Schweiz vorwärts mit der Arbeiterbewegung, mit der politischen wie mit der gewerkschaftlichen; es erstarbt die sozialdemokratische Partei wie die Gewerkschaftsbewegung. Das politische sowie das wirtschaftliche Scharfmachertum, die Reaktion auf allen Gebieten, wird sich auch fernerhin erweisen als jene Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Protest gegen die Erhöhung der Tabaksteuer.

Zu einer imposanten Volkskundgebung nicht nur gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer, sondern gegen die Steuerpolitik der Regierung und der herrschenden Klassen überhaupt gestaltete sich die Versammlung, welche die Zentralkommission der Tabakarbeiter am Montag nach der Brauerei Friedrichshain einberufen hatte.

Punkt 8 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und Genosse Bebel, der das Referat übernommen hatte, erhielt das Wort. Er führte aus: Das Steuerbillet, welches die Regierung jetzt dem Reichstage überreichte, hat nicht nur in den durch die Steuererhöhungen betroffenen Industrien, sondern in den weitesten Kreisen des Volkes große Erregung hervorgerufen.

Steuervorlagen. Es handelt sich um eine Forderung von 250 Millionen Mark, die durch die neuen Steuern aufgebracht werden sollen. 28 Millionen soll die Erhöhung der Tabaksteuer bringen, 15 Millionen die neue Zigarettensteuer, 67 Millionen die Erhöhung der Biersteuer, 41 Millionen der Frachttarifensteuern, 16 Millionen der Luftverkehrssteuer, 12 Millionen der Fahrkartensteuer, 3 1/2 Millionen die Automobilsteuer und 70 Millionen die Erbschaftsteuer.

Schuldenlast des Reiches von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Sie betrug im Jahre 1888 750 Millionen Mark und ist jetzt auf 3000 Millionen gestiegen.

Steuerspolitik des Reiches. Im letzten Etatsjahr brachte der Tabak 70 Millionen, der Kaffee ebensoviel, desgleichen Petroleum, 165 Millionen brachten die Getreibeiseln, 130 Millionen die Branntweinsteuer und ebensoviel die Biersteuer im norddeutschen Gebiet.

Steuerspolitik des Reiches. Im letzten Etatsjahr brachte der Tabak 70 Millionen, der Kaffee ebensoviel, desgleichen Petroleum, 165 Millionen brachten die Getreibeiseln, 130 Millionen die Branntweinsteuer und ebensoviel die Biersteuer im norddeutschen Gebiet.

Indirekte Steuern haben den Nachteil, daß sie die ärmeren Leute viel höher belasten als die Reichen, und am schwersten ruft die Last der indirekten Steuern auf den Familien, die einen großen Kindererben, aber nur ein geringes Einkommen haben.

Die Schweiz im Jahre 1905.

Dem verflossenen Jahre kommt für die Weiterentwicklung der schweizerischen Arbeiterbewegung die größte Bedeutung zu. Es war ein ereignisreiches Kampfesjahr wie keines seiner Vorgänger, und zwar in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung.

Schon die ersten Wochen des neuen Jahres brachten unserer Partei in Basel einen Sieg mit der Annahme des Initiativbegehrens betreffend die Proporzwahl des Großen Rates in der Volksabstimmung, und als im Mai zum erstenmal die Proportionalwahl zur Anwendung gelangte, errang unsere Partei einen überraschenden Erfolg.

Zu derselben September-Session des Nationalrates hielten die drei Eidgenossen auf dem Rütli des Kapitalismus, die Millionäre Vally, Sulzer-Ziegler und Speiser, ihre berüchtigten Reden gegen die Arbeiterschaft, mit denen sie die Wahlbewegung für die Renouveau des Nationalrates einleiteten.

Der mit der gewalttätigsten und schmutzigsten Kampfesweise an der Arbeiterschaft vollzogene Wahlrechtsraub hat die schweizerischen Arbeiter außergerückt und erbittert; der berühmte „Patriotismus“, die begehrte Vaterlandsliebe hat eine gewaltige Erschütterung erfahren.

Der mit der gewalttätigsten und schmutzigsten Kampfesweise an der Arbeiterschaft vollzogene Wahlrechtsraub hat die schweizerischen Arbeiter außergerückt und erbittert; der berühmte „Patriotismus“, die begehrte Vaterlandsliebe hat eine gewaltige Erschütterung erfahren.

worauf man geboren ist, sondern ebenso aus den öffentlichen Einrichtungen, Bedingungen und Gesetzen, unter denen man lebt! Man findet nun, daß man eigentlich nur Scheinrechte besitzt, da die herrschende Bourgeoisie durch raffinierte Maßnahmen die schönsten demokratischen Rechte für die Arbeiter illusorisch zu machen versteht.

Unter den obwaltenden Umständen darf man sich nicht wundern, wenn auf dem Gebiete der Sozialpolitik, insbesondere der Arbeiterschutzesgebung, recht wenig geschehen ist. Es wurde einzig nach zweijähriger parlamentarischer Verschleppung das Gesetz über den Neunstundentag und den „Feierabend um spätestens 5 Uhr nachmittags an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen“ erledigt und mit dem 1. Januar 1906 in Kraft gesetzt.

Von der kantonalen Sozialpolitik sind zu erwähnen die Einführung des Zehnstundentages in Basel, das neue Lehrlingsgesetz mit dem Zehnstundentage in Zürich, neue Sonntagsruhegesetze in Bern und Genf, eine vortreffliche Regelung des Submissionswesens im Kanton Zürich und die Förderung der unentgeltlichen Beerdigung im Kanton St. Gallen.

Die städtische Sozialpolitik brachte mehrfach Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten, Arbeitsamt und Wohnungsamt, unentgeltliche Beerdigung, Förderung des Baues städtischer Wohnhäuser usw.

Geradezu großartig waren die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital, die von der außerordentlich günstigen Geschäftslage, die die neuen Zolltarife und Handelsverträge verursachten, begünstigt waren. Es fanden nicht weniger als 359 Kämpfe statt, so viele, wie früher in 2 bis 3 Jahren zusammen kaum vorgekommen waren.

erstreckt. — Es liegt auf der Hand, daß, wenn gewisse Konsumartikel besteuert werden, wodurch natürlich ihr Verkaufspreis steigt, eine

Einschränkung des Konsums

dieser Artikel die notwendige Folge ist. Das gilt besonders von den Artikeln, die man als „Genußmittel“ bezeichnet. Steigen sie infolge erhöhter Steuer im Preise, so geht der Konsum zurück und dadurch erleidet die betreffende Industrie schwere Verluste. In welchem Maße das bei der Tabakindustrie zutrifft, das haben wir in den letzten Jahrzehnten gesehen. 1879 wurde eine erhebliche Erhöhung der Tabaksteuer eingeführt. Die Wirkung dieser Steuer war die: Im Jahre 1878 beschäftigte die Tabakindustrie in Deutschland 119 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Im Jahre 1882 betrug die Zahl der Beschäftigten nur noch 110 000, sie war also nach Einführung der

Tabaksteuer

in vier Jahren um 9 000 zurückgegangen, obgleich die Bevölkerung in demselben Zeitraum um etwa 5 Proz. zugenommen hat. — Der Fabrikant wird immer versuchen, die Lasten, welche der Industrie durch neue Steuern auferlegt werden, auf die Arbeiter abzuwälzen, indem er die Löhne kürzt. So wurde damals, bei Einführung der Tabaksteuer ein großer Teil der Tabakindustrie aus Hamburg und Bremen in Gegenden verlegt, wo billigere Arbeitskräfte zu haben waren, und die einheimischen Arbeiter mußten infolgedessen zu Tausenden nach Amerika auswandern, da sie in ihrer Heimat brotlos geworden waren. Wie die Tabaksteuer auf die Arbeitslöhne eingewirkt hat, das wird gezeigt in einer Eingabe, welche 15 große Hamburger Firmen im Jahre 1892 machten, als es sich wieder um eine neue Tabaksteuervorlage handelte. Die 15 Firmen produzierten im Jahre 1878 100 700 000 Zigaretten, der Durchschnittslohn pro Tausend betrug 18,17 Mark. Die Industrie wurde dann nach Mittel- und Süddeutschland verlegt und hier betrug im Jahre 1891 der Durchschnittslohn pro 1000 nur noch 8,50 M. Durch diese Herabsetzung der Löhne auf weniger als die Hälfte war es den Fabrikanten gelungen, einen großen Teil der Steuer auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Verlegung der Hamburger und Bremer Tabakindustrie nach Süddeutschland hatte aber auch eine bedeutende Zunahme der Heimarbeit, namentlich in Baden, zur Folge. Wir sehen also, daß sich infolge der Tabaksteuer die Lebenslage der Tabakarbeiter bedeutend verschlechtert hat. Die Arbeiter sind es, welche die Kosten zu tragen haben.

Jetzt soll nur der Zoll für ausländischen Rohtabak, der im Jahre 1879 von 24 auf 55 M. pro Doppelzentner heraufgesetzt wurde, auf 125 M. erhöht werden. Die Steuer auf im Inlande erzeugten Tabak soll von 45 auf 62 M. steigen. Da der inländische Tabak bedeutend niedriger besteuert wird als der ausländische, so ist die Folge, daß der erstere stärker als bisher verbraucht wird. Eigentlich haben hiernach nur die inländischen Tabakbauern einen Vorteil von diesem Steuersystem. Die Qualität der Tabakfabrikate aber muß sich durch ausgebreitete Verwendung des minderwertigen inländischen Tabaks verschlechtern.

Man erwartet, daß die geplante Erhöhung der Tabaksteuer eine Mehreinnahme von 28 Millionen Mark bringen werde gegenüber der jetzigen Einnahme von 70 Millionen. Es wird angenommen, die hohe Besteuerung des Tabaks habe den Zweck, die Einführung des Tabakmonopols vorzubereiten. Gewiß werden wohl durch die Steuer viele kleinere Fabrikanten zugrundegehen, so daß man bald nur mit wenigen Großfabrikanten zu rechnen haben wird, mit denen man wegen der Entschädigung leicht werde einig werden, wenn es sich um die Einführung des Monopols handelt, das nach der bei der Monopolvorlage im Jahre 1882 aufgestellten Berechnung einen Ertrag von 163 Millionen Mark bringen sollte. An die Entschädigung der Arbeiter denkt natürlich niemand.

Jetzt sollen nun neben dem Rohtabak und den Tabakfabrikaten auch die Zigaretten besonders besteuert werden. Das Papier für 1000 Zigaretten soll eine Steuer von 3 M. tragen. Diese Steuer würde die billigsten Sorten am schwersten treffen. Die 1 Pfennigzigarette, deren Herstellungskosten 6 M. pro Tausend betragen, würden demnach mit 50 Proz. ihres Wertes besteuert werden. Es liegt auf der Hand, daß dies ein schwerer Schlag für die Zigarettenindustrie ist. Aber auch der Raucher, welcher sich seine Zigaretten selbst dreht, hat diese Steuer zu entrichten, denn es darf nur mit dem Steuerstempel versehenes Zigarettenpapier verwendet werden. — Wie die

Zigarettensteuer

wirkt, zeigt ein in Fabrikankreisen aufgestelltes Exempel. Ein Großbetrieb mit einem Jahresumsatz von 1 500 000 M. zahlt jetzt für 250 000 Kilo Rohtabak 212 000 M. Steuer und erzielt einen Gewinn von 130 000 M. Nach Erhöhung der Rohtabaksteuer von 55 Pf. auf 1,25 M. pro Kilo hätte derselbe Fabrikant an Tabaksteuer 100 000 M. mehr zu zahlen. Dazu die Papiersteuer für 200 Millionen Zigaretten im Betrage von 600 000 M. Der Fabrikant würde also nicht nur seinen Gewinn mehr erzielen, sondern noch 570 000 M. zugehen müssen. Daran denkt er natürlich nicht. Er wird den Verkaufspreis erhöhen, ein Anstieg des Konsums wird die Folge sein und Tausende von Arbeitern werden dadurch aus dieser Industrie verdrängt, um als Lohnbrüder in anderen Industriezweigen aufzutreten.

Schon bei der Erhöhung der Tabaksteuer im Jahre 1879 war die Herstellung von 4 Pf.-Zigaretten in den westfälischen Bezirken der Tabakindustrie nicht mehr möglich. Diese Industrie wanderte aus nach Süddeutschland, und in den westfälischen Bezirken, wo die Tabakindustrie damals 27 000 Personen beschäftigte, wurden Tausende von Arbeitern infolge der Steuererhöhung brotlos. Durch die jetzt geplante Steuererhöhung würde in diesen Bezirken nach Angabe der Fabrikanten auch die Herstellung der 5 Pf.-Zigarette unmöglich werden. Diese Sorte macht 40 Proz. der gesamten Fabrikation aus. Kann sie nicht mehr hergestellt werden, dann würden wieder etwa 10 000 Arbeiter brotlos werden. — Es ist ein Skandal, daß der „christliche Staat“ solche Maßregeln ergreift, wodurch gerade die Ärmsten am schwersten betroffen werden.

Nach den Aufstellungen der Tabakberufsgenossenschaft beschäftigte die Tabakindustrie im Jahre 1903 in Deutschland 140 000 Vollarbeiter, die Arbeiter der Hilfsindustrien hinzugerechnet, beträgt die Zahl etwa 200 000. Einschließlich der Familienmitglieder der Arbeiter würden etwa eine halbe Million Personen in der Tabakindustrie ihre Existenz finden. Man kann annehmen, daß durch die Konsum- und Produktionsbeschränkungen, welche die Steuererhöhung zur Folge hat

40 bis 50 000 Arbeiter der Tabakindustrie brotlos

werden. Aber auch die Existenz zahlloser kleiner Fabrikanten und Händler würde der Vernichtung anheimfallen.

Bekanntlich sind die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie meist schwächliche Leute, die wohl kaum in einer anderen Industrie Beschäftigung finden. Schon jetzt sind ihre Löhne jämmerlich gering. Betrug doch nach den Angaben der Berufsgenossenschaft der durchschnittliche Jahresverdienst der Tabakarbeiter im Jahre 1897 nur 495 M., im Jahre 1903 533 M., während für die gesamten Berufsgenossenschaften aller Industrien ein durchschnittlicher Jahresverdienst von 819 M. festgesetzt wurde. Welch entsetzliches Elend muß entstehen, wenn Tausende dieser Ärmsten ihrer kümmerlichen Existenz beraubt und nicht im Stande sind, in anderen Erwerbszweigen Unterkunft zu finden.

Zu der Deckschrift, welche der deutsche Tabakverein an den Reichstag richtete, wird die Mehrbelastung der Industrie durch die geplante Steuererhöhung einschließlich des Händlerszuschlages auf 55 Millionen Mark berechnet. Dazu kommen noch 5 Millionen Mark durch Erhöhung der Zölle auf eingeführte Tabakfabrikate.

Wenn wir die

Folgen der Erhöhung der Tabaksteuer

betrachten, so sehen wir: Das Fabrikat wird erheblich versteuert, das zwingt die Konsumenten, den Verbrauch einzuschränken, infolge dessen wird die Produktion eingeschränkt, die Zahl der in der Tabakindustrie Beschäftigten nimmt bedeutend ab, viele Tausende derselben werden brotlos, was gerade die Tabakarbeiter

besonders hart trifft, weil es sich meist um physisch wenig leistungsfähige Personen handelt, die in anderen Zweigen wenig Aussicht auf Beschäftigung haben. Ein großes Ueberangebot von Arbeitskräften in der Tabakindustrie ist somit zu verzeichnen und die schon so niedrigen Löhne werden noch tiefer sinken. Während also die Aussichten für die Tabakarbeiter die allertraurigsten sind, kommt noch hinzu, daß am 1. März der neue Postkurs in Kraft tritt, dessen erhöhte Postlage eine Vertenerung der Lebensmittel bewirkt. Unter diesen Umständen kann es nicht ausbleiben, daß die Armenlasten der Gemeinden steigen. Aber auch die Existenz vieler kleiner Fabrikanten und Händler wird vernichtet werden durch die Maßnahmen einer Regierung, welche vorgibt, den Mittelstand zu schützen.

Warum greift die Regierung zu solchen Mitteln, um die Einnahmen des Reiches zu erhöhen? Einzig und allein deshalb, weil sie und die herrschenden Klassen der Meinung sind, Deutschland müsse Weltpolitik treiben und zu diesem Zweck Heer und Flotte vermehren. Nun mag aber Deutschland noch so große Anstrengungen machen, es kann ihm nie gelingen, eine Flotte zu bekommen, welche derjenigen Englands gewachsen ist. Dazu kommt, daß unsere Diplomatie in der auswärtigen Politik es dahin gebracht hat, daß wir bei einem Kriege gegen England auch mit Frankreich als Gegner zu rechnen haben. Es ist aber, wie der Redner zahlmäßig nachwies, für Deutschland ganz ausgeschlossen, in seinen Küstungen zur See weiter fortzuschreiten wie diese beiden Staaten. — Die Arbeiter haben das größte Interesse, aufzutreten gegen solche Politik, welche fortgesetzte Steuererhöhungen nötig macht. Wenn die Arbeiter gegen diese Politik Protest erheben, so bedeutet das, daß sie einzutreten haben in die Reihen der Sozialdemokratie, welche am schärfsten gegen die Politik der herrschenden Klassen protestiert. Wenn das Sprichwort sagt: Rot lehrte beien, so können wir auch sagen: die Rot der Zeit lehrt denken, sie lehrt die Arbeiter begreifen, daß sie sich zusammenschließen haben in den Gewerkschaften und in den politischen Organisationen der Sozialdemokratie. Die Arbeiter müssen begreifen, daß sie die Interessen ihrer Klasse zu vertreten haben, wie die Unternehmer für die Interessen ihrer eigenen Klasse eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner empfahl folgende Resolution:

Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die geplante Erhöhung oder Neueinführung von Steuern und Zöllen auf Tabakfabrikate. Diese Gesetzesvorlagen stehen in einem unlöslichen Widerspruch mit dem Satze zugunsten der Arbeiterklasse und des Mittelstandes, der die Grundlage der deutschen Sozialreform bilden soll.

Die geplanten Steuern und Zölle sind einträglich für die Tabakindustrie und vernichtend für die Existenz von Tausenden von Arbeitern, die mit ihren Familien der Not und dem Elend preisgegeben werden; sie wirken aber auch lohnverdrängend für diejenigen, die unter den neuen, bedeutend verschlechterten Erwerbsverhältnissen in der Tabakindustrie noch Beschäftigung finden; endlich werden diese Steuern und Zölle in der Hauptsache von den beschaffungslosen Klassen aufgebracht.

Die Versammlung fordert vom Reichstag, daß derselbe die ihm vorliegenden Gesetzesentwürfe ablehnt und die für erhöhte militärische Küstungen zu Wasser und zu Lande nötig werdenden Mehrausgaben auf die Schultern derjenigen legt, zu deren Schutz und auf deren Verlangen diese Küstungen gemacht werden, auf die Schultern der bestehenden Klassen durch Einführung direkter Reichsteuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaft.

Das ist — so schloß Genosse Bebel unter stürmischem Beifall der Versammlung — das Steuerprogramm, welches die Arbeiter dem Steuerprogramm der Regierung und der herrschenden Klassen entgegenzustellen haben.

Auf Vorschlag des Bureaus sah die Versammlung von einer Diskussion ab. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Börner teilte mit, daß sich ein am 20. d. M. stattfindender Tabakarbeiter-Kongress mit den Steuerplänen befassen werde.

Nach einer Aufforderung zum Eintritt in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen schloß Börner die Versammlung mit einem Hoch auf das Gelingen der Bewegung gegen die Tabaksteuervorlage.

Aus der Frauenbewegung.

Den Frauen volle Staatsbürgerrechte!

Der von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage eingebrachte Initiativantrag betreffend das Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht, ist besonders für die Frauen von großer Bedeutung.

Die Forderung der Umgestaltung der landesgesetzlichen Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht in einheitliches, auf alle Reichsangehörige ohne Unterschied des Geschlechts ausgedehntes Reichsgesetz, vereinfacht nicht nur die Handhabung und die Möglichkeit der Orientierung des Gesetzes, sondern es fordert vor allem eine gerechte Anwendung gegenüber den Frauen. Das Gesetz in seiner heutigen Form degradiert eine Hälfte der Staatsangehörigen zu solchen zweiter Klasse. Jeder deutsche Bundesstaat hat heute noch seine eigene Vereinsgesetzgebung, und die Frauen im Lande Preußen genießen die volle „Rückständigkeit“ der Gesetzgeber, die man sonst nur unmündigen Kindern und Idioten zuspricht. Nach § 8 des preussischen Vereinsgesetzes ist nicht Schülern und Lehrlingen die gesamte Frauenwelt von dem Rechte, sich politischen Vereinen anzuschließen oder politische Vereinsversammlungen zu besuchen, ausgeschlossen. Das in der Gewerbeordnung im § 162 den Arbeiterinnen gewährleistete Koalitionsrecht wird gleichfalls an allen Ecken und Enden beschränkt und durchlöchert. Und wie schwer ist es für die sich im wirtschaftlichen Kampfe befindlichen, genau die überhaupt gar nicht vorhandene Grenze von politischen und unpolitischen Erörterungen zu erkennen. Polizeiorgane z. B. definieren sehr oft daneben, das beweisen die vielfachen Ueberschreitungen ihrer Befugnisse. Wurden doch selbst Tanzergnügen als politisch, anrühend verboten! Vereine und Versammlungen werden zu politischen gestempelt, wenn die dort gepflogenen Erörterungen als „öffentliche Angelegenheiten“ anzusehen sind. Und welche Erörterungen sind es, die der Frau zu besprechen von Gesetzes wegen verboten sind? Es sind alle die Fragen, die mit dem Leben und Wirken der Frau in genau demselben Zusammenhange stehen wie mit dem des Mannes. Die Frau muß sich in ihrem Arbeitsverhältnis den vorgeschriebenen Gesetzen unterstellen, sie hat von ihrem lergen Lohn den Staatszins in der Form direkter, und weit mehr noch indirekter Steuern zu füllen, sie hat sich bei Vergehungen Strafen zu unterziehen, wie sie das Gesetz vorschreibt, aber mitzureden hat sie nicht.

Der Abschluß von Handelsverträgen, Verbot der Fleischzufuhr, Lebensmittel- und besonders Fleischsteuerung sind Fragen, für welche die Frau als Arbeiterin, als Frau und Mutter und auch als Staatsbürgerin hohes und berechtigtes Interesse hat. Alle diese Fragen hat die Frau aber nicht zu erörtern, die gehen sie nichts an!

Der Militarismus mit seinem Raubzug auf den Säckel des Volkes und der Drangsalierung seiner Söhne sollte die Frau fern stehen lassen können, ohne mitzudenken und mitzufühlen? Das ist nur Strohpuppen zu zuzuwarten, aber nicht Frauen der Gegenwart, die bereit sind zu kämpfen und zu wagen. Die Frauen sind bereit, die Schäden auszuräumen, die von denen als unabwendbar erklärt werden, die sich der Frauen Unwissenheit zum eigenen Vorteil bedienen wollen. Die Frauen sind bemüht, immer mehr Wissen in ihrem Kreise zu verbreiten, damit werden sie die Macht erlangen, von ihren Feinden ihre Rechte zu erringen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind es, die die Frau auch auf politischem Gebiete vorwärts treibt. Die Forderung und Erringung des freien Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts wird uns einen Schritt vorwärts bringen auf dem Wege zur Befreiung der Frau! —

T. B.

Aus der Geschichte der Frau. So lautete das Thema, über welches Professor Kurt Brehm von der Berliner Universität vor

dem „Bund für Mutterrecht“ am Montagabend im Bürgeraal des Rathauses sprach. Der „Bund für Mutterrecht“ ist ein bürgerlicher Verein von wohlmeinenden Damen, welche die Leiden der Frau unter den bestehenden Zuständen und Schäden der Gesellschaft tief beklagen und die Zustände gern reformieren, daran heruntreten und die Schäden ausbessern wollen, sich aber hüten, der Wurzel des Übels, den wirtschaftlichen Verhältnissen, zu nahe zu treten. Von einer Umgestaltung dieser Verhältnisse wollen sie nichts wissen, trotz aller Entrüstung und aller Klagen über die unaussprechlichen Wirkungen der wirtschaftlichen Zustände. An kleinen Mitteln dagegen hat man immer wieder etwas Neues vorzuschlagen. So eröffnete Dr. Helene Stöcker die Versammlung am Montagabend mit einer Bitte um Unterstützung für ein Heim für schwangere Frauen. — Der Vortrag des Herrn Dr. Brehm war in vieler Beziehung sehr interessant, wenn auch seine Art, sich zu verhalten, wo er einen für Berliner Professoren etwas gefährlichen Boden betrat, nicht angenehm wirkte und die vielgewohnten Verzerrungen und schönen Wendungen in der Rede mandant die Klarheit des Vortrages beeinträchtigten. Als Geschichtsforscher erklärte er, daß es eine der wertvollsten und schwierigsten Aufgaben sei, der Geschichte der Frau nachzugehen und bei allen Kulturvölkern zu forschen und zu sichten und das Recht zu treffen. Ein Nichtkulturboll? ferne er nicht, sondern nur in der Bevölkerung in der Kulturentwicklung. Ueberall gibt es Merkmale einer Arbeit von Tausenden, und bei den Kinderdöllern können wir die Vergangenheit der hochentwickelten Kulturvölker studieren. Nur sehr wenige von den vielen, die über die Geschichte der Frau in der Urzeit schrieben, geben sich die Mühe, selbst Forschungen zu unternehmen. Da ist oft nicht einmal das berühmte Werk des Amerikaners Lewis Morgan über „Die alte Gesellschaft“ die Hauptquelle, sondern die sehr oberflächlich gehaltene Schrift von Friedrich Engels über den Ursprung der Familie. Der Redner trat der allgemein geltenden Auffassung über die Stellung der Frau in der Urzeit entgegen. Die Theorie, daß die Frau zur Zeit des Mutterrechts eine bevorzugte Stellung eingenommen habe, stehe auf sehr schwachen Füßen. Auch unter dem Mutterrecht sei die Frau die Gedrückte, von den Männern Geknechtete und Geringgeschätzte gewesen, wie die Forschungen ergeben hätten. Interessant sei es zu ergründen, mit welchen Mitteln es der Frau in der Urzeit gelang, trotz ihrer gedrückten Stellung und Abhängigkeit Fortschritte zu machen. Abgesehen von den kleinen Mitteln, welche die Frauen heute noch anwenden, wenn sie den Männern gegenüber etwas erreichen wollen, war es die wirtschaftliche Entwicklung, die Erfindung neuer Arbeitsformen, welche der Frau größere Selbstständigkeit verschafften. — Der Redner hatte sich mehrmals dagegen verwahrt, daß er den wirtschaftlichen Verhältnissen als Entwicklungsfaktoren zu große Wichtigkeit beimesse, mußte aber diese Wichtigkeit oft zugeben. — Er erläuterte, wie die Frau die Erfinderin des Ackerbaues wurde. Bei den alten Jägerdöllern war die Frau darauf angewiesen, sich Nahrung zu suchen oder auf die Wäme zu leiten, um Früchte zu suchen. Was der Mann von der Jagd heimbrachte, ob er selbst auf, nur die oft ungenügenden Reste gehörten der Frau. So ergab es sich auch, daß der Mann sein Wildbret gut braten lernte, die Frau aber sich besser aufs Kochen verstand. Man kann solche Verhältnisse heute noch bei den Kinderdöllern in Südamerika beobachten. Daß die Frau den Acker bebaute, erst in der primitiven Form, ohne Auswahl, dann mit immer mehr Nutzen, das war weniger eine Last für die Frau als vielmehr eine Art von Emanzipationsstreben in der Urzeit. Die Frauen gingen weiter vor in der Zügelung des — Mannes; sie brauten Getränke aus dem Korn, welches der Acker lieferte, und domestizierten den Mann. Bei den alten Jägerdöllern gab es noch das Männerhaus oder Hüttenhaus, wo die Männer zum Rauchen, Singen und Schwätzen zusammenkamen. Kein Weib durfte das Haus betreten, ausgenommen auf bestimmte Einladung. Das Männerhaus verschwand, wo der Mann domestiziert worden war. — Mit großen, schnellen Strichen zeichnete der Redner die Geschichte der Frau bis zur neueren Zeit. Das Aufwärtssteigen der Staaten brachte ein Abwärtssteigen der Frau; das Königtum erniedrigte sie, womit der Redner aber heftige nichts gegen die Institution des Königtums gesagt haben wollte. Im Harem fand die Frau ihre größte Entwürdigung. Was die Frauenwelt in der Gegenwart bewegt, seien im wesentlichen nicht Kämpfe um wirtschaftliche Dinge, sondern um „die Gestaltung der Seele der Frau“. — Um die schöne Seele mag die kleine bürgerliche Frauenbewegung die größte Sorge tragen, dagegen weiß die große proletarische Frauenbewegung, wie sehr von der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Stellung der Frau in Staat und Gesellschaft abhängig ist, und darum tritt sie in erster Linie für eine Umgestaltung dieser Verhältnisse im Sinne des Sozialismus ein.

Am 10. d. M. tagt im Lokal von Herrn Wolf die Generalversammlung des hiesigen Frauen- und Mädchenbildungvereins. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Neuwahlen, 4. Aufnahme neuer Mitglieder, 5. Verschiedenes. Die Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Eine sozialistische Frauenzeitung in Frankreich nach dem Muster der „Gleichheit“ soll, wie der „Gleichheit“ mitgeteilt wird, in den nächsten Wochen erscheinen. Ihre Herausgeberin wird Genossin Luise Chaboucau-Rapias sein.

Gerichts-Zeitung.

Lotteriegewinn gegen einen verantwortlichen Redakteur. Unter der Rubrik „Kleine Notizen“ hatte das „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt, daß der Hauptgewinn der Hessisch-Nähringischen Lotterie auf die die Nummer in eine ebenfalls genannte Hauptkollekte gefallen sei. Der Redakteur Arndt wurde deshalb auf Grund des preussischen Lotteriegewinnengesetzes angeklagt, welches bestimmt: Die Gewinnergebnisse von Lotterien, die in Preußen nicht zugelassen sind, dürfen in Zeitungen, die in Preußen erscheinen, nicht veröffentlicht werden. — Das Berliner Landgericht I als Berufungsinstanz sprach den Angeklagten frei und führte aus: Es geht aus der Stelle der Zeitung, wo die Veröffentlichung im Zusammenhang mit zwei anderen harmlosen Notizen erfolgte, hervor, daß nicht ein Gewinnergebnis im Sinne des Gesetzes veröffentlicht werden sollte, sondern eine kleine Notiz unter anderen Notizen. Auch spreche das Gesetz von Gewinnergebnissen, während es sich hier nur um die Mitteilung eines einzelnen Gewinners handle. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. — Das Kammergericht hob das Landgerichtsurteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Die Billigkeit der betreffenden Bestimmungen des preussischen Lotteriegewinnengesetzes sei anzunehmen. Im übrigen gehe das Landgericht von einer falschen Auslegung aus. Wer die Sprache der deutschen Gesetze kenne, der müsse wissen, daß in ihnen oft in der Mehrzahl gesprochen werde, wo die Einzelzahl genügt. Zum Beispiel bedrohe § 308 des Strafgesetzbuches den mit Strafe, der Hund auf Menschen hegt. Natürlich mache sich hiernach unabweisbar auch derjenige strafbar, der nur einen Hund auf einen Menschen hegt. Es genüge die Veröffentlichung eines einzelnen Gewinnergebnisses einer außerpreussischen in Preußen nicht zugelassenen Lotterie, um die Strafbarkeit herbeizuführen. — Wer die Sprache der Gesetze und des gewöhnlichen Lebens, die Regeln der Logik und den Zweck des Lotteriegewinnengesetzes kennt, wird die kammergerichtliche Entscheidung für einen aufstossenden Verstoß gegen die anerkannten Regeln der Grammatik und Gesetzesauslegung halten.

Ueberschreitung der Kassezeit in Krankheitsfällen ein Kündigungsgrund gegen Handlungsgehilfen? Handlungsgehilfen können aus wichtigen Gründen ohne Kündigungsfrist entlassen werden. Das Landgericht führt eine Reihe von Fällen auf, die beispielsweise als wichtiger Grund gelten können, überläßt es aber

Im übrigen der Praxis, im Einzelfall zu entscheiden, ob ein bestimmter Umstand als wichtiger Grund zu erachten ist. Es kann das Verhalten eines erkrankten Angestellten Anlaß zur sofortigen Entlassung geben, wenn z. B. der Angestellte die Arbeitsunfähigkeit durch grobe Fahrlässigkeit oder gar Vorsatz verlängert. Keineswegs gehört aber hierhin jede Handlung des Kranken, die ihn durch den Arzt nicht gestattet ist. Diese Grundsätze gelangten in einer am Montag vor dem Berliner Kaufmannsgericht stattgehabten Verhandlung zur Anwendung. Die Verkäuferin W., die im Zugegeschäft von Gebrüder C. angestellt war, erkrankte Ende Oktober vorigen Jahres an Keuchhusten. Sie sollte laut ärztlicher Anordnung das Bett hüten, doch war ihr gestattet, einige Stunden auszugehen. In der Nacht zum 1. November wurde sie nun in Gesellschaft eines jungen Mannes auf der Straße betreten. Der Chef verfügte am nächsten Tage ihre sofortige Entlassung. Er begründete dies näher, daß eine Angestellte, die nachts ausgehen kann, auch insstande sein müsse, ihren geschäftlichen Obliegenheiten nachkommen zu können. Der als Zeuge vernommene Kassenarzt gab sein Gutachten dahin ab, es sei nicht anzunehmen, daß eine keuchhustende Kranke dadurch eine Veränderung des Krankheitsbildes, gleichviel zum Besseren oder Schlechteren, erzeuge, daß sie nachts auf kurze Zeit im Freien verweile. Zur Sache selbst wurde festgestellt, daß die Klägerin sich nicht etwa aus Lust zum Wummeln auf der Straße herumgetrieben hat, sondern an dem betreffenden Abend infolge eines erhaltenen Abschiedsbriefes ihres Bräutigam den erklärlichen Wunsch hatte, einem Bekannten ihr Herz auszusprechen. Das Kaufmannsgericht konnte daher in dem nächsten Ausgang keinen Entlassungsgrund erblicken und verurteilte den Beklagten zur Zahlung des Restgehalts.

Unerschaltete Selbsthilfe des Handwirts. Der Maurer Wortmann hatte eine Wohnung der Familie G. in Bielefeld vermietet. Die Wohnung war dann gekündigt und G. über die Zeit hinaus wohnen geblieben. Wortmann drang dann mit einem anderen (Gare) in die Wohnung ein und nötigte durch Drohungen die Mitglieder der Familie G., die Wohnung zu verlassen. Erst am anderen Tage konnten die Leute mit Unterstützung der Polizei ihre Wohnung

wieder in Benutzung nehmen. Das Landgericht Bielefeld hatte darauf Wortmann und Gare zu je zwei Wochen Gefängnis wegen Hausfriedensbruchs verurteilt. Das Reichsgericht verwarf am Montag die Revision der Angeklagten.

Der Kopf des Erzbischofs Dr. Fischer von Köln vor dem Reichsgericht. Dr. Fischer ließ sich als Weihbischof von dem Photographen Schneider photographieren und übertrug diesem das Verbleibungsrecht an dem Bilde. Als Dr. Fischer dann Erzbischof geworden war, verschaffte sich der Kaufmann Günter Kralik in Essen (N.) eines jener Bilder und ließ danach in der Weise neue Bilder herstellen, daß der Kopf des Dr. Fischer auf den Stamm des Erzbischofs Dr. Simar aufgesetzt wurde, so daß es den Anschein gewann, als sei Dr. Fischer als Erzbischof photographiert worden. Kralik ist seinerzeit vom Landgerichte Essen wegen unbefugter Nachbildung zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Auf seine Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und am 8. Mai v. J. verurteilte ihn das Landgericht Essen abermals, diesmal nur zu 100 M. Geldstrafe. — Die Revision des Angeklagten gegen das neue Urteil kam am Montag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Der Angeklagte behauptete, es sei nicht festgestellt, daß er gewußt habe, es handle sich um ein gefälschtes Bild. Da aber der strafbare Tatbestand in allen Einzelheiten festgestellt war, erkannte das Reichsgericht auf Verwerfung der Revision.

Fort mit der Liebe. Der Verfasser des im Oktober v. J. erschienenen Flugblattes des „Simplissimus“ Fort mit der Liebe, Schriftsteller Dr. jur. Ludwig Thoma (Peter Schlemihl) hat sich am 13. Januar vor dem oberbayerischen Schwurgericht wegen Vergehens wider die Sittlichkeit, angeblich durch dies Flugblatt verübt, zu verantworten. — Die bayerischen Geschworenen werden wohl mehr Verständnis für Satire, Witze und Kritik an den Tag legen als der reichsgerichtliche „Normalmenschen“ für unzüchtige Dinge.

Unlauterer Wettbewerb. Wegen unlauteren Wettbewerbes hatten sich die Kaufleute Jsaak und Paul Neumann und Ernst Dichinsky vor dem Schöffengericht I zu verantworten.

Vor einiger Zeit entstand zwischen zwei Konfektionsgeschäften in der Rosenthalerstraße ein heftiger Konkurrenzkampf. Es waren dies das Damenkonfektionsgeschäft von Löwenthal und das Geschäft der Angestellten Neumann. Beide verkauften eine bestimmte Sorte von seidenen Blusen und in beiden Geschäften wurden die Blusen anfänglich für 20 Mark verkauft. Um die Konkurrenz zu übertreffen, boten die Angestellten die Blusen nach kurzer Zeit für 16,50 Mark aus. Die weitere Folge war, daß das Löwenthalsche Geschäft seinerseits die Blusen wiederum für 15 M. verkaufte. Um nicht nachzustehen, verkaufte das Löwenthalsche Geschäft nunmehr für 12,50 M. Während die übrigen Geschäfte inhaber und das laufende Publikum sich an diesem Streit ergötzen und letzteres seinen Vorteil, so billig einzukaufen, wahrnahm, nahm der Inhaber der Konkurrenz immer weiter zu, die Blusen wurden zum Gaudium des Publikums immer billiger. Von 12,50 M. ging das Löwenthalsche Geschäft auf 10 M. herunter, bis schließlich die Blusen zum Preise von 6,50 M. in dem Schaufenster der Angestellten hingen. Dieser große Preissturz brachte den Kaufmann L. auf einen eigenartigen Verdacht. Er schickte verschiedene Abgesandte in das Konkurrenzgeschäft, damit diese die seidenen Blusen, die er selbst nirgends so billig kaufen konnte, für ihn anschauen sollten. Dem ersten Abgesandten wurde mitgeteilt, der Warenvorrat wäre infolge des billigen Preises vollständig ausverkauft. Einem anderen wurden, als er gerade die in Schaufenster ausgestellten Blusen verlangte, billige Satinblusen vorgelegt. Ähnlich ging es einigen anderen Käuferinnen, die durch den überaus billigen Preis angelockt worden waren. Der Kaufmann L. ersetzte daraufhin unverzüglich Anzeige wegen unlauteren Wettbewerbes, da, um den Anschein eines besonders günstigen Angebotes in öffentlichen Anzeigen zu weden, wissenschaftlich unwahre Angaben gemacht. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Gebrüder Neumann 200 bezw. 150 Mark Geldstrafe, gegen Dichinsky die Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte gegen diesen dem Antrage gemäß, gegen Jsaak R. auf 60 Mark, gegen Paul R. auf 50 Mark Geldstrafe.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 10. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyperhaus. Margarete.
Schauspielhaus. Die Räuber. Anfang 7 Uhr.
Neues Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Berliner. Gastspiel des Theaters des Westens.
Neues. Ein Sommernachts Traum. Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Troubadour. Nachm. 3 Uhr: Das Schlaraffenland.
Leipzig. Der Hibernier.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Zwei glückliche Tage.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Rädisches Theater.) Hans.
Alteins. Nachtschl.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Neubau. Der Prinzgemahl.
Trianon. Die Wetterfahne.
Zustimmung. Der Weg zur Hölle.
Thalia. Bis schau um Hände.
Carl Weich. Die lebende Bräute auf Auba.
Zentral. Die Fledermaus.
Zuften. So sind sie alle.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Metropol. Auf ins Metropol.
Kasino. Die goldene Brücke.
Apollo. Prinzess Rosine. Spezialitäten.
Gernseld. Familienfest im Hause Prellstein.
Wintergarten. Otto Reutter. — Spezialitäten.
Welle-Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun.
Volles Caprice. Soll und Haben. Nach dem Zapfenstreich.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taudenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Dr. Donath: Farbenphotographie I. 8 Uhr Dr. Schwahn: Die Feuerberge der Erde.

Urania Taudenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Hörssaal 6 Uhr Dr. Donath: Farbenphotographie I.
8 Uhr Dr. Schwahn: Die Feuerberge der Erde.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Komische Oper.
Friedrichstr. 104/104.
Mittwoch, 10. Januar, abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen. Freitag zum erstenmal: Der Corregidor.
Sonntag: Die Bohème.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
So sind sie alle.
Donnerstag: Der Goldbauer.
Freitag 1. erstmalig: Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonntag nachm.: Die Waise aus Lomoad.
Abends: Die lustigen Weiber von Windsor.
Montag: Der Kaufmann v. Venedig.

Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr: Prinzess Rosine. Hierauf: Die erste Klasse Spezialitäten mit Katsukuma Kigashi Meister der Selbstverteidigungslehre
Jiu-Jitsu.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner Luft und Spezialitäten.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollander. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67/69. Jed. Abd. 8 Uhr.
Gastspiel Ad. Philipp.

ER und ICH
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich“.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Walter Steiner
Soprano.
Acosta
Kraft-Songleur.
Buddhas Tafel prolongiert.
14 neue erste Klasse Nummern.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Walhalla-Theater
Nach Afrika nach Kamerun!
Stück-Pötte mit Ges. u. Tanz in 6 Bild. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Schwan! in 4 Akten von Franz v. Schöthan und Gustav Habeburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hans.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hans.
Drama in 3 Aufz. von Max Dreher.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hans.

Zirkus
Albert Schumann
Heute Mittwoch, den 10. d. Mt., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre. Elite-Programm. II. a.: Sensationelle Novität! Mirza-Golem-Truppe
nein Personen, Orig.-Kaufm. Ferner: Die großartigen neuen Spezialitäten. — Zum Schluss: Einzig dastehender Erfolg! Die diesjährige große Ausstattungspantomime in 7 Abteilungen:

Femina,
das neue Frauenreich.
Entworfen und auf das glanzendste inszeniert vom Dr. Alb. Schumann. Besonders hervorzuheben: Am 3. Akt: Im Palais der Präsidentin. Am 5. Akt: Das Fest der Damen. — Ferner: Die märchenhaft schöne Schluss-Apothekose!

Castans
Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Heute und folgende Tage:
Zum ersten Male
in den Räumen der I. Etage:
Bergbewohner
Abessinien.
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder.
Eintritt 50 Pf.

Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132. Ecke Friedrichstr.
Zum 115. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnete Spezialitätenfest.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: Igl. d. Wertheim u. an der Theaterkaffe d. 10 Uhr vormittags an. In Vorbereitung: Der Bohemo.

Schöneberger Wintergarten
Goltzstr. 9.
Täglich Theater und Spezialitätenvorstellung.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen. Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.

TUMA-ZARI
Beste 2 Pfg.-Zigarette.
51882

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Satirischer Schwan! in 3 Akten von L. Kautz und R. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Horkulespellen.

Wintergarten
Otto Reutter.
Klein-Familie, Kanstradfahrer.
Ernst Perzina, dressierte Affen.
Lola Hawthorne, amerikanische Sängerin.
Elmo u. Recco, amerikanische Exzentriks.
Yulian Familie, Akrobaten.
Die drei Holloways, Drahtseilkünstler.
Gebrüder Schwarz, Parodisten.
Die Meiningen, Hundepantomime.
„In Schottland“ Ballett-Divertissement.
Burke, Andrus u. Frisco in ihrer Szene.
Der Biograph „Rückkehr vom Ball“.

Kasino-Theater
Volfringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die goldene Brücke.
Schausp. in 3 Akten v. R. Steromonnad. Im Reuen Theater 1. J. m. fensation. Erfolg gegeben!
Vorher: Das Brill. bunte Programm.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das Opferlamm.

Carl Weiß-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Die lebende Bräute auf Auba.
Sensationelles amer. Lustspielstück mit Ges. u. Ballett in 7 Bildern von James Jax.
Sonntag nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung, II. Pr.: Hansel u. Gretel.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letztenmal:
Die drei Tränen
oder: Das Märchen v. König Allgold.
Dramatisches Märchen in 4 Akten von R. Kneisel.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Extra-Vorstellung.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. u. 3. St. Hofe.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das
Riesen-Januar-Programm.
II. a.: 3 Harders, Hochturner, ehemal. Rüstl. d. Hegelmann-Truppe.

The Baretts,
urkomische Pantomimisten.
Paulas Beichte,
Burleske von W. Gericks, u. 12 erste Klasse Nummern. Familienfeste in allen Barbiers, Friseur- u. Zigarrengeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Ost-Kasino
Frankfurter Allee 106.
Zale bis 200 Personen für Vereine, Familienfeste und Hochzeiten zu vergeben. Zwei Sonntage im Februar noch frei.
Karl Pirnau.

Neue Welt
Hasonhoide 108/114.

Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters
Berliner Droschkenkutscher.
Große Pötte mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Weibrauch.
Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Billetvorverkauf im Theaterrestaur.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Vollständig neues Januar-Programm.
Willy Fernando, der berühmte Doppel-Rundflieger.
Mr. Gintley mit seinem Wunderhund.

Neu! Eier-Wally.
Pötte mit Gesang.
25 Elite-Spezialitäten.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Um 9 1/2 Uhr: Kuffreten des berühmten Siegfriedsichters
Paul Steinitz.

Etablissement Buggenhagen
Moritaplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Otto Pritzkows
Berliner Anormitäten-Theater
Männstr. 16.
Riesen-Weihnachts-Programm!
Neu! Die Elite-Lilliputaner-Truppe, die kleinste Sängerknaben u. Fortragungskünstler der Welt. Rissin Hana, 485 Pfd. schwer. Opalle, der Mensch ohne Gefühl. Mno! Mno! Mno! frei in der Luft schwebende Zirkus. Hellschorin Armida, nachgelagerte Wunderdame. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Adern, 1 Kopf, lebend, etc.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Zur Agitation für die Wahlrechtskämpfe zu empfehlen:
Die Frauen
u. die Politik
von Lily Braun
50 Pfg.

Agitations-Ausgabe 20 Pfg.
In warmen, begeisterten Worten faßt die Verfasserin die drohenden Gefahren auf zu fähiger Mitarbeit in den Wahlrechtskämpfen. Die Revolution der Maschine hat die Frau der Ausbeutung des Kapitalismus überantwortet; die Maschine ebnet aber auch den Weg zur Befreiung der Frau aus den ökonomischen, rechtlichen und sittlichen Fesseln, in die vergangene Zeiten sie gelockt haben. Darin muß auch die Frau um Anerkennung der Staatsbürgerrechte kämpfen.



Reichshallen.
Heute:
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Heute 2 Uhr Eröffnung

der

Meunier-Ausstellung.

Schwarzer
Friedrichsberg,
Bernhardstr. Nr. 8.



Adler
Frankfurter-
Chaussee 5.

Gr. Ball
Jeden Sonntag:
unter Leitung **Serrn O. Bürger.**
Jeden Mittwoch:
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der
Vorstellung:
66582

Familien-Kränzchen. × **Börs haben Günstigkeit.**
Gebr. Arnold.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a.
Dir. W. Reimer.

Heute Mittwoch:
Nacht und Morgen.
Schauspiel in 5 Aufz. von
Charl. Birch-Welcher.
Red. Dienstag, Mittwoch:
Theater-Abende.
Sonnt. u. Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzen.
Sonnt. u. Donnerst. 8 Uhr.

Moabit. Gesellschaftshaus.
Wiclowstr. 24. Inb. H. Peters.

Jeden Mittwoch:
Original-
Karburger Sänger
Direktion:
Karl Fricke-Kasche-Krause
Abf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Sorgungsarten gelten.
Nachher: **Tanz.**
Sonntags: **Spezialitätenvorstellung.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Leichner
Wilhelm Munkelberg
verstorben ist. 11/19
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Köhler
Karl Hildebrandt
am 8. Januar nach langer Krank-
heit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. Januar,
nachmittags um 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des St. Georgen-
Kirchhofes in Weihenfelden aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht:
7/17 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die Beweile hüniger Teilnahme
und reichen Kranzsenden bei der
Beerdigung meines lieben Rames,
des Restaurateurs

Paul Zeidler
lagen vor allen Bekannten, Genossen,
seinen früheren Kollegen der Rauer
Berliner, den Genossen des 222. Be-
zirks und des 6. Berliner Reichstags-
Bezirks, dem Vorstand des Nord-
deutschen Sängerverbands sowie dem
Genossen Waldemar Kraske für
seine tröstlichen Worte am Grabe
unseren herzlichsten Dank. 18/18
Die trauernde Witwe Klara Zeidler
nebst Sohn, Erbkern u. Schwägerin.

**Allgemeine Kranken- und Sterbe-
kasse der Drechsler**
und deren Berufsgenossen
(E. S. 86, Hamburg) Bezirk C.
Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß das Mitglied
Paul Engehardt
am 6. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Nordens Sie beim Einkauf ausdrücklich

Dänischen 5156L

Kapitän-Kau-Tabak

und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe ent-
schieden am besten schmeckt.

Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:
„Dänischer Kapitän-Kautabak“
— = gefächelt gefächelt 75 658 = =

Alleinverkauf: **C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 112.**

Größtes Lager aller gangbaren Zigaretten-Marken.
Nordhäuser Kautabak.
Schnupf- und Rauchtabak engros.

Der Ausstoß unseres

Bock-Malz-Bieres

vom Faß und in Flaschen
hat begonnen.

Bergbrauerei, Berlin N.

Bergstr. 22. Telefon: III, 1412. 5661L*

I. Ziehung I. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. Januar 1906, vormittags
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

120 480 895 705 842 1030 211 20 531 33 608 2144
218 188 556 620 729 90 809 921 84 3200 496 65 530
604 70 82 890 75 907 4203 29 151 83 519 137 77
85 875 923 64 5188 555 642 49 74 727 6000 87 108
87 265 422 689 934 7004 65 251 627 76 617 (200)
28 801 8043 30 52 243 444 844 +1001 13 900 (100)
11 24 912 369 421 33 504 26 30 (200) 678 823 903
10110 312 465 666 799 11342 485 546 634 (300)
62 81 829 372 12300 225 519 519 42 125 92 870 888
13310 78 580 650 703 842 14074 83 87 236 81 573 649
18208 201 17 29 407 595 735 16131 77 329 542 45 99
1922 7 17218 23 404 680 674 724 35 54 975 18903 47
114 202 12 62 92 312 410 61 609 907 88 19079 105 88
478 (200) 967 624 83 91
20 92 92 136 63 288 426 27 834 728 807 21635
62 152 594 35 11061 47 891 22062 129 72 826 967
23016 63 469 81 635 721 994 24100 49 25 23 45
675 675 760 840 25025 116 568 648 26661 145 70 251
68 (100) 398 824 82 (100) 782 827 995 27051 213 407
823 29140 471 626 872 808 60 66 95
31043 331 59 641 667 738 916 32189 (100) 405 23
33039 299 489 897 956 64 702 (100) 14 34640
119 357 390 421 94 505 672 77 728 902 37 37803 98
940 36283 97 374 907 1101 38028 1300 83 93 (300)
422 (100) 689 846 935 (100) 38028 1300 83 93 (300)
178 534 896 77 (100) 39143 245 37 495 531 897 (5000)
186 73 74

40960 65 133 80 241 322 82 499 (100) 553 601 26
11001 756 41129 234 35 209 31 89 (100) 919 37 42001
21 54 303 79 43198 209 33 63 787 928 44110 (1000)
278 89 542 45021 34 37 67 145 216 74 458 587 62 732
11001 73 454 11001 58 70 (100) 830 44580 157 422 67
906 47053 114 335 326 664 717 91 99 808 935 48139
236 43 65 300 64 496 506 10 22 631 715 802 524 49016
204 453 (100) 928 985 90

53079 404 54 692 52069 178 675 (100) 830 82
675 53545 63 415 500 667 786 964 82 54112 259 394
484 549 734 72 534 972 55220 66 573 837 97 56905
388 408 898 (100) 57017 38 74 180 94 (300) 224 501
72 819 79 899 58186 394 494 95 633 912 56139 85
213 381 87 463 70 588 739 41 (100)
60190 805 450 714 85 827 961 61072 182 44 (200)
201 73 413 570 (100) 81 97 (300) 671 912 23 62130
225 84 412 708 89 (100) 909 77 420915 341 561 636 714
872 64065 143 372 572 660 65009 40 106 13 511 11
902 625 828 82 66088 (100) 287 443 (100) 513 25 61 614
880 924 61 87181 212 405 511 18 97 672 804 11 68023
173 203 12 36 805 570 69042 74 213 (100) 305 32 546
12001 608 907 30 48

70064 77 258 376 80 513 19 70 701 853 971 71023
247 575 80 81 677 339 72347 38 423 80 642 73025 86
104 248 305 438 568 97 605 802 911 32 63 74084
288 318 767 75080 296 438 49 511 54 69 721 61 836
967 76039 60 67 87 216 308 31 43 450 590 64 680 803
004 78 77265 461 65 521 65 618 78014 66 148 71 225
320 93 44 64 600 942 79029 246 88 334 903 783 810
1100 12 24 972

80955 127 220 (100) 41 42 500 56 81290 404 12
87 313 39 619 70 (100) 78 717 974 82001 49 (300) 376
11001 417 567 (200) 86 654 886 1000 (6) 83019 30
65 173 98 262 96 392 412 46 11001 894 7 39 780 84187
200 51 430 329 71 75 611 708 80 820 85065 192 244 414
29 762 64 (200) 86031 260 (100) 83 572 619 (100)
87095 156 259 369 429 696 728 49 (200) 913 88132
452 684 741 917 (200) 27 89047 97 111 476 77 814
855 79

90072 487 510 (1000) 34 66 603 39 849 972 91133
64 (100) 361 833 92603 91 785 890 912 93021 140 733
74 94012 100 90 (100) 437 515 25 774 922 72 95230
62 458 825 43 889 98075 290 408 33 509 (100) 854
97010 32 117 221 364 575 675 60 890 (100) 81
98006 160 (200) 73 343 96 446 510 69 99028 245 412
63 624 63 704 12 21 26 867 98

100065 75 (100000) 149 (300) 468 95 725 45
820 22 101129 367 532 625 (100) 92 711 47 934 79
69 74 (200) 89 321 103227 78 (200) 310 23 83 618
104016 268 301 410 25 (100) 67 649 780 825 37 39
42 630 105033 217 32 43 406 99 528 29 73 898 719
25 887 106010 136 206 24 357 523 779 958 74 (300)
107087 (500) 519 41 705 854 108113 (1000) 284 428
542 61 831 88 (100) 809 66 109074 345 479 611 760 82
111112 292 322 22 491 538 67 698 717 47 824
85 112024 54 80 228 338 600 863 68 917 82 113032
173 260 444 (300) 335 88 672 88 (1000) 114108 29
530 71 (100) 415 525 800 900 17 59 84 115101 230 76
415 32 654 61 110417 34 603 47 897 946 91 117024
180 273 345 479 529 59 603 702 892 978 118048 54
858 855 64 911 119212 20 376 482 523 86 641 740
86 822

I. Ziehung I. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. Januar 1906, nachmittags
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

120807 66 79 402 73 88 03 (500) 570 626 930
12126 583 605 905 12030 322 66 411 923 (100) 728
71 524 123027 168 373 571 630 724 85 124010 331 438
11001 553 647 743 71 812 62 91 125061 (100) 76 215 34
435 52 700 865 67 980 126282 99 (500) 396 98 619 908
31 68 (100) 72 127176 318 408 559 (300) 883 (300)
128216 44 450 576 83 621 728 52 85 936 (100) 129077
260 417 58 65 657 720 74 867 934 89

130399 419 843 88 131009 184 220 (100) 341 704
55 924 132115 (100) 57 35 210 481 530 (200) 637 (100)
740 861 900 17 133073 74 211 421 508 675 811 134082
165 220 38 463 99 538 918 135071 153 270 322 546 617
136227 708 847 57 137013 403 39 518 603 775 928
138265 72 93 416 55 507 641 718 900 88 139045 138
200 88 (100) 302 (100) 86 669 87

140157 498 (100) 502 690 717 940 141182 97
239 672 723 (100) 47 862 66 89 (100) 920 35 142074
227 65 371 402 (200) 532 (200) 605 83 780 911 69 97
143012 (300) 25 62 138 (200) 59 96 310 (200) 885
748 98 144004 30 203 338 480 565 887 145012 216
90 681 785 302 146025 28 216 (100) 75 377 622 974
147292 60 514 624 834 74 148043 348 446 47 538
788 919 93 149223 54 825

150002 129 206 534 80 730 967 78 (100) 151396
11001 52 721 83 210 34 939 152038 115 364 63 585 745
96 933 (200) 153327 91 458 510 634 79 719 91 838 967
154117 289 403 (200) 800 679 869 155089 94 167 217
67 547 81 631 78 156020 105 18 25 349 70 89 430 72
402 19 838 74 157244 309 471 516 83 885 158082 285
385 601 (100) 79 862 85 89 159156 63 253 451 61 613
745 872 (100) 990

160144 323 788 91 99 813 31 161090 91 108 (100)
287 510 38 987 16244 155 321 829 75 948 (100) 16358
244 200 44 84 794 958 63 164027 219 431 63 621 52
732 71 824 165221 482 80 504 698 166112 224 569
641 42 47 870 948 59 (100) 78 167447 101 111 349 695
747 282 167604 274 389 169942 125 334 88 538 99 710

170055 306 522 752 66 865 (1000) 92 914 77
171110 99 (300) 364 679 704 99 172024 56 48 96 127
379 692 722 985 173238 95 174376 504 788 828
45 922 175024 (300) 297 85 (300) 384 701 18 65
830 52 906 65 176030 49 28 290 (300) 683 838 910
177212 355 461 791 802 51 946 178000 48 111 253
606 29 719 179133 60 91 202 8 531 63 627 728 54
846 942 69

180228 427 585 80 730 807 31 934 70 181306
11001 73 436 525 56 70 182220 45 406 517 617 (100)
39 (100) 594 71 82 183221 72 405 6 518 709 904 76
184070 130 809 578 670 729 49 978 185001 2 0 86 325
89 516 621 85 839 47 64 970 186035 49 248 84 85 333
55 422 757 762 942 62 83 187044 89 101 203 29 377
11001 595 14 97 616 41 188328 699 871 189134 59
217 347 94 (100) 423 687 781 911

190065 891 812 927 191033 79 247 324 500 780
877 78 976 192003 352 67 424 35 317 638 81 (100)
83 839 99 193290 473 504 85 671 865 85 91 194475
109 246 64 350 685 638 62 89 853 932 195259 478 808
28 830 63 73 196007 39 74 109 367 417 30 500 84 665
810 84 39 84 95 197109 38 233 343 432 635 882 967
198177 462 87 815 24 899 199388 (10000) 407
533 74 692

200210 (200) 334 453 83 594 823 201284 322 411
975 87 202045 70 118 370 (100) 461 94 203 203 117
252 84 469 565 780 204121 353 412 47 516 786 931
33 205047 540 348 51 206141 899 429 633 730 69 94
80 207027 54 188 295 621 72 208118 201 26 (100)
300 410 49 82 574 729 78 915 209386 416 84 667
799 890

210197 340 57 822 69 906 45 211075 92 727 89
809 969 212097 105 600 827 (200) 71 213024 71
12001 132 89 206 55 377 533 41 873 214438 948 932
49 215117 245 445 589 773 94 803 9 55 927 89 216023
179 279 808 15 (300) 78 550 (100) 83 (1000) 626
217047 69 427 73 (100) 883 941 218011 37 91 194
312 541 726 219076 328 468 600 91 95 802

220014 98 219 414 40 551 96 622 702 49 603
221048 69 (100) 473 784 925 222181 313 451 66 630
709 895 944 223191 247 64 435 81 568 653 224078
134 37 536 60 466 60 (200) 574 710 849 (200) 106
11001 34 225081 100 23 225 41 699 928 226067 (200)
200 (100) 38 467 617 25 27 768 834 227033 67 181
71 375 512 973 228036 202 326 41 402 4 620 761 880
85 910 48 229012 200 302 343 617 43 50 881 957

230108 68 (100) 233 97 353 (300) 439 73 75 511
789 830 69 856 231190 408 7 15 990 (200) 690 730 829
902 232019 252 60 415 29 892 234033 428 (100)
549 74 83 906 234165 335 410 66 643 97 705 43 904
235009 27 55 291 68 80 548 84 863 65 938 235613
282 331 483 581 649 77 237013 224 367 531 (100)
878 989 (1000) 238140 51 86 433 69 547 77 (500) 989
721 239198 380 505 42 72 781 924

240006 127 388 431 674 797 651 241027 230 72
11001 300 67 521 624 947 242130 294 326 70 667 66
67 888 603 (100) 39 243613 603 39 46 926 244024
154 214 377 (100) 432 648 50 94 798 245081 180 248
840 643 770 849 921 246085 185 267 79 426 898 630
954 247067 96 126 277 85 438 630 629 77 91 633

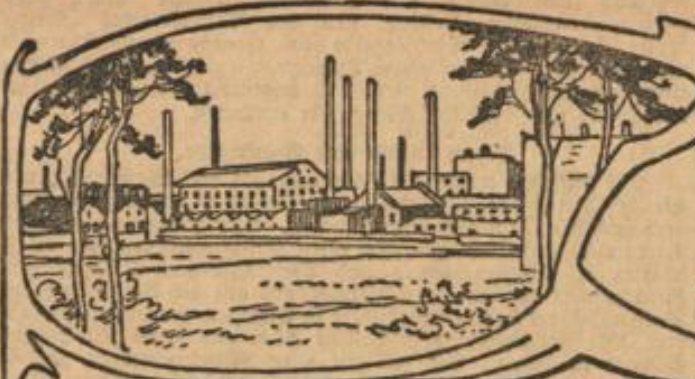
I. Ziehung I. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. Januar 1906, nachmittags
Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

416 19 34 321 29 53 706 0 844 978 1034 182 311
445 964 709 890 2408 10 (200) 639 813 42 380 3117
20 223 27 97 890 4020 214 67 373 74 75 (100)425 901
5417 524 605 839 (300) 6111 26 318 514 973 85 7083
119 72 237 437 591 610 757 (100) 918 919 85 86 8251
405 99 596 747 (100) 834 910 823 63 823 848 26
10092 157 243 (100) 427 683 823 11324 12232
472 520 607 763 949 13515 83 790 66 800 (100) 27 986
88 14072 168 378 434 661 87 15625 152 207 335 435
76 667 (200) 740 (100) 871 78 917 (100) 16141 228 481
621 87 812 17077 84 638 83 783 877 943 18599 87 968
441 599 (300) 70 676 736 875 970 1957 (100) 111 316
58 484 657 789

20085 140 311 63 (200) 437 51 68 79 579 692 29
21008 335 87 97 705 953 22127 33 98 357 413 36 91
23092 86 187 283 (100) 428 617 824 24215 415 630
80 25004 105 278 362 746 977 26013 24 552 615 80
725 (200) 27105 386 813 28071 145 473 92 325 788
901 29257 79 513 891 (100)

30099 140 320 71 95 320 49 429 781 31259 392
477 896 32316 434 45 611 68 698 (100) 801 60 971
31515 208 800 4 31 87 924 34193 250 685 680 970
31519 89 378 488 628 713 36038 145 207 304 402 535
648 75 37116 240 58 489 525 (100) 29 41 82 989 38154
60 291 424 61 569 678 716 20 34 39073 91 349 713 815
40110 321 637 736 814 62 990 41100 (200) 427 35
59 68 680



Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1933.

Nr. 7. Mittwoch, den 10. Januar 1906.

Inserate Sechsspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Der Zahlabend für Berlin und Vororte findet heute Mittwoch statt.

Partei-Angelegenheiten.

Ober-Schöneweide. Heute Mittwoch: Zahlabend bei Sipili, Siemensstr. 28, bei Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18, bei Schulte, Wilhelmshofstr. 43, und bei Vogt, Wilhelmshofstr. 64. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Wenn an seiner Mitgliedschaft gelegen, bemähe sich nach den angegebenen Lokalen, seine Rückstände zu begleichen.

Den Genossen zur Kenntnis, daß Emil Volkotte am Montag, den 15. Januar, im Wilhelmshof einen Volkslabortag veranstaltet. Wir hoffen auf rege Beteiligung der Genossen. Eintritt 40 Pf. pro Person. Der Vorstand.

Reisdamm. Der sozialdemokratische Wahlverein hält heute (Mittwoch), abends 8 1/2 Uhr seine Versammlung bei Ladentisch ab. Die Tagesordnung enthält u. a.: Kreisgeneralversammlung. Die letzte Stadtverordnetenversammlung. Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die städtische Fürsorgestelle für Lungenkranke befindet sich seit dem 1. Januar 1906 nicht mehr im Krankenhaus Kirchstraße, sondern Wilmerdorferstraße 150/160 I. Die Sprechstunden finden unregelmäßig am Dienstag und Donnerstag nachmittags von 5 Uhr ab für Erwachsene und am Mittwoch nachmittags von 5 Uhr ab für Kinder statt.

Seit der Eröffnung der Fürsorgestelle am 1. April 1905 bis zum 12. Dezember 1905 sind 571 Familien in Fürsorge genommen und 1328 Personen von dem leitenden Arzt untersucht worden.

Die Errichtung einer Anstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit planen die städtischen Behörden Charlottenburgs anlässlich des Festes der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars. Die Anstalt soll sich auf die Erforschung und Förderung der richtigen Ernährung der Säuglinge beschränken, aber dieses Gebiet in einer wissenschaftlich systematisch zusammenhängenden Weise pflegen. Es handelt sich dabei nicht um ein Säuglingsheim oder Krankenhaus oder eine sonstige lokale Einrichtung, sondern um eine Anstalt, in welcher mit Hilfe geeigneter Kräfte auf naturwissenschaftlichem Boden praktische und theoretische Erfahrungen in einer ganz bestimmten Richtung und in einer so umfassenden, in ihren einzelnen Teilen derart ineinandergreifenden Form gesammelt werden können, daß man von ihrem Ergebnis einen segensbringenden Einfluß auf eine wesentliche Herabminderung der Säuglingssterblichkeit erwarten darf. Die Anstalt soll Kerzen aus dem ganzen Reich zum Studium offen stehen. Die eine Abteilung soll der Forschung und der Sammlung von Erfahrungen auf dem Gebiete der Forderung und der Durchführung des Stillgeschäftes dienen. Dementsprechend sollen Unterkunftsräume für Schwangere, eine Entbindungs- und Wöchnerinnenstation sowie ein Wäckerheim geschaffen werden, in welchem die Entbundenen mit ihren Kindern zum Zweck der natürlichen Ernährung bis zu drei Monaten bleiben. Die zweite Abteilung soll der Erforschung der künstlichen Ernährung dienen. An zur Aufnahme von wenigen Säuglingen und Neugeborenen geeigneter Stall wird die Möglichkeit zum Studium der Fütterungsfrage bieten. Die Anstalt soll etwa 50 bis 60 Betten enthalten. Ihre Errichtung ist auf einen besonderen Wunsch des Kaiserpaars zurückzuführen. Die Stadt gibt aus ihrem Grundbesitz dem Grundstück zwischen der Sophie Charlottenstraße und dem königlichen Schlossgarten 12500 Quadratmeter der zu diesem Zweck gegründeten Stiftung, an deren Spitze der frühere Eisenbahnminister von Thielen steht, unentgeltlich ab. Beim endgültigen Fortfall des Stiftungszweckes, insbesondere bei der Auflösung der Stiftung, geht das Grundstück wieder in das Eigentum der Stadtgemeinde über.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung. In der ersten diesjährigen Sitzung erfolgte zunächst die Einführung von 20 neuen gewählten Stadtverordneten. In seiner Einführungsvorrede fand der Oberbürgermeister hübsche Worte über die neuen Aufgaben der nun bereits acht Jahre bestehenden Stadtverwaltung. Er gedachte besonders der sozialen Fürsorge und der Hygiene, und betonte weiter, daß an die Steuerkraft wiederum hohe Anforderungen gestellt werden. Der Vortrager sprach von einem „Wendepunkt in der Entwicklung“, brachte aber zum Ausdruck, daß „bisher etwas Theorie getrieben wurde, nun aber in die Praxis umgesetzt werden solle“. Der größte Teil der Bürgerchaft sieht diesen Versicherungen sehr skeptisch gegenüber; man will Laten sehen.

Zum Vortrager wurde Johann Prof. Hehne und zum Stellvertreter Justizrat Dr. v. Jordan wieder, zu Beisitzern die Herren v. Glasenapp und Dr. Kellmann neugewählt.

In den Wahlaufrufen wurde unter anderem Genosse Hollermann delegiert (an Stelle des Genossen Obst). Zum Preussischen Städtetage am 13. Januar werden der Vortrager Hehne und zum Brandenburgischen Städtetage die Stadtv. Jabel, Hehne und unser Genosse Küter abgeordnet.

Eine Anzahl Petitionen wurden dem dafür eingesetzten Ausschuss überwiesen.

Warum über die Angelegenheit, die Herstellung von Untergrundbahnen betreffend, welche doch seinerzeit in breiter Öffentlichkeit in den beteiligten Berliner Kreisen behandelt wurde, in den Schöneberger Räteversammlungen nur ganz geheim beschlossen werden soll, dürfte in weiten Kreisen der Bürgerchaft nur Verwunderung erregen. Die Bürgerchaft hat ein großes Interesse daran, über die Anträge und die Ansprüche der Großen Berliner und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn eingehend unterrichtet zu werden. Jegend ein plausibler Grund für die Geheimnistuerei ist nicht vorhanden, aber was hilft's, es wurde eben der Ausschuss der Öffentlichkeit beschloßen und der treue Bürger muß sich bescheiden.

Bei der Festsetzung des Lohnsatzes für die Bediensteten des neuen Krankenhauses gaben sich die Sozialdemokraten die reichliche Mühe, die Anfangs- und Endgehälter ver-

schiedener Kategorien entsprechend derjenigen anderer Gemeinden zu erhöhen; ihr Vorhaben scheiterte jedoch an der bürgerlichen Mehrheit. Der Antrag Frißch (Soz.), den Anfangslohn für den Maschinenist auf 1400 M., steigend bis 2200 M., festzusetzen, ebenso für den Pförtner statt 700 M. 840 M. und als Höchstlohn statt 1000 M. 1200 M. zu setzen, wurde abgelehnt, nachdem der Stadtv. Kugnitz ganz ruhig meinte, daß zu diesen Sätzen die Stellen ausgeschrieben und schon eine große Anzahl (80) Bewerbungen eingegangen seien. Man müsse nunmehr erst abwarten, ob unter den Angeboten auch genügend qualifizierte vorhanden seien.

Nachdem der bisherige Syndikus Blankaenstein zum zweiten Bürgermeister gewählt worden ist, wird jetzt nach einem Magistratsantrage die Syndikatsstelle eingehen, dafür aber eine solche im Amte eines Stadtrats mit den Normalbezügen geschaffen und aus den vorliegenden Bewerbungen besetzt werden.

Infolge weiteren Aufbaues der Realschule wird zum 1. April d. J. die Errichtung einer Oberlehrerstelle bewilligt und die Vorlage des Magistrats betreffend Errichtung eines Rektoratwohngebäudes, womit die Volkshochschule und die Volkshochschule verbunden sein soll, nochmals einem Ausschuss überwiesen, nachdem das Projekt selbst bereits im Juni d. J. genehmigt worden ist.

Nach in später Stunde, und zwar im nichtöffentlichen Teile, sollte über eine Angelegenheit von nicht geringer Bedeutung verhandelt werden. Es betraf die Vorlage des Magistrats:

„Aus dem städtischen Kapitalvermögen werden 100 000 M. als eine dem Kaiserpaar anlässlich seiner silbernen Hochzeitsfeier darzubringende Stiftung zwecks Errichtung einer Heimstätte für Lungenkranke bewilligt.“

Auch hierbei hatte der Magistrat verlangt, bei der Beratung die Öffentlichkeit auszuschließen. Die Mehrheit schien jedoch weniger ängstlich, und so wurde auf Antrag unserer Genossen und des Stadtv. Jabel nach langer Diskussion die Beschneidung der Öffentlichkeit abgelehnt. Zur Sache selbst wurde von Baumler namens der Sozialdemokraten die Streichung der in dem Antrage enthaltenen Worte über die Motive der Heimstättenerrichtung und eine kürzere Fassung derselben beantragt, nachdem Stadtv. Pulay die Vorlage ohne Debatte anzunehmen wünschte. Als einziger Redner in der Debatte konnte unser Vertreter das Einverständnis mit dem Grundgedanken der Vorlage bekunden, wodurch für die Schneiderberger Arbeiterschaft endlich einmal etwas Gutes geschaffen werden kann. Nur sind wir mit der Form, in welche dieselbe gefasst ist, keineswegs einverstanden. Das wurde auch in deutlicher Weise zum Ausdruck gebracht. Man hätte nicht warten brauchen, bis ein Familienheim im Kaiserhause einen Anlaß bietet, notwendige Einrichtungen zu schaffen. Im übrigen bedeutet die zu bewilligende Summe immer nur einen Tropfen auf einen heißen Stein, denn soll dieser gefährlichen Krankheit, zu deren Bekämpfung die Einrichtung geschaffen wird, mit Erfolg entgegengetreten werden, so müssen andere Wege eingeschlagen werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß die große Masse des Volkes eine höhere Lebenshaltung führen kann und es darf nicht eine Politik getrieben werden, die zur Unterernährung führt.

Wie zu erwarten, wurde die Vorlage in der Magistratsfassung angenommen, nachdem unser Änderungsantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt war.

Hoffen wir, daß noch in diesem Jahre ein diesbezügliches Projekt den Räteversammlungen vorgelegt wird.

Rixdorf.

Der „Stellvertreter“. Großes Aufsehen erregt in Rixdorf die Inhaftnahme des Architekten und Bauunternehmers B. Dieser war vom Landgericht zu Potsdam rechtskräftig zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden und erhielt nun vor einiger Zeit in Rixdorf, wo er seinen Wohnsitz hat, die gerichtliche Aufforderung, sich zur Strafverbüßung in der Strafanstalt Tegel zu stellen. B. war nun aber geschäftlich gerade schlecht abkömmlich, und so überredete er einen seiner Buchhalter, S., gegen eine hohe Geldentschädigung für ihn, B., die Strafe in Tegel abzusitzen. S. begann auch unter dem Namen seines Prinzipals in Tegel zu „brummen“, erkrankte dort aber nach sechswochiger Gefangenschaft und mußte vom Gefängnisarzt am Kehlkopf operiert werden, worauf er einen Strafausschub für den Rest der Strafreise erhielt. Hierdurch kam der Betrug zur Kenntnis der Kriminalpolizei. Gegenüber der Polizei behauptete der Architekt anfangs fest, daß er in eigener Person in Tegel „gefessen“ habe, er zeigte sich auch, jedenfalls von S. informiert, auf das genaueste mit den Verhältnissen in Tegel vertraut, so daß selbst die Gefängniswärter in seiner Person irren wurden, bis er schließlich, durch das Fehlen der Operationsmerkmale überführt, sich zu einem Geständnis bequeme. B. und sein „Stellvertreter“ wurden in Haft genommen.

Röpenitz.

Eine gut besuchte Versammlung des Verbandes der Fabrik- und Hilfsarbeiter tagte am Sonntag, den 7. Januar im Hotel Ringeltaube (Stadttheater). Aus dem Bericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß die Zahlstelle Röpenitz im verfloßenen Geschäftsjahre eine doppelte Zunahme zu verzeichnen hat. Die Mitgliederzahl stieg von 310 auf 634 nach Abzug aller nicht am Ort wohnenden Kollegen. Auch die Agitation für die politische Organisation war eine recht rege; es sind über 100 Genossen gewonnen worden. Viel Arbeit gibt es aber noch zu leisten. An Streiks waren 6 zu verzeichnen. Zwei Lohnbewegungen waren friedlicher Art. Im allgemeinen ist immerhin ein erheblicher Aufschwung zu verzeichnen. In den Vorstand wurden gewählt: B. Teichgraber 1. Vorsitzender; W. Hilliges 2. Vorsitzender; A. Stachbaum Kassierer; S. Daube Schriftführer. Im Schlusswort weist Kollege Hilliges auf die großen Versammlungen am 21. Januar hin.

Zu der unglücklichen Mordaffäre in Röpenitz wird uns mitgeteilt, daß gestern die gerichtliche Abduktion der Leiche des Holsarbeiters Leopold stattgefunden hat. Nach dem Sektionsbefund ist nur eine Revolverkugel in den Kopf des L. hineingefahren worden. Das Geschöß wurde im Gehirn vorgefunden. Die Kugel war von unten in die rechte Schläfe getroffen und von dort in das Gehirn eingedrungen. Abgefeuert waren jedoch zwei Geschöße, da die Waffe nur noch drei Augen enthielt hatte. Der Bericht über den Ausfall der Sektion ist der kgl. Staatsanwaltschaft eingereicht worden und von deren Entscheidung wird es abhängen, ob in der Unterjuchung

der seltsamen Affäre weitere Schritte getan werden. Die Leiche des L. ist zur Beerdigung freigegeben worden.

Eine Beerdigung ohne Leiche. Ein peinlicher Vorfall hat sich vorgestern nachmittag auf dem Gemeindefriedhofe in Köpenitz zugetragen. Dort sollte der in Jüterbog verstorbene Postassistent Neumann beerdigt werden. Es war auch eine zahlreiche Trauergemeinde, darunter militärische und andere Deputationen zur festgesetzten Stunde erschienen, vergeblich wartete man jedoch bis zum späten Abend auf das Eintreffen des Sarges mit dem Toten. Es stellte sich dann schließlich heraus, daß die Leiche noch gar nicht in Köpenitz eingetroffen war. Unrichtigter Sache mußten dann die Leidtragenden den Friedhof verlassen.

Trebbin (Kreis Teltow).

Am 7. Januar wurde vom Gewerkschaftskartell eine öffentliche Versammlung einberufen. Zum Jahresbericht ergriff der Buchdrucker Raab das Wort und schilderte in seinen Ausführungen das Streben und Wirken des Kartells. Er führte etwa aus: Im Berichtsjahre sei das Kartell befreit gewesen, seinen Aufgaben voll und ganz gerecht zu werden, wenn auch nicht alle in dasselbe gestellten Hoffnungen erfüllt wurden. Als bedeutsamste Errungenschaft sei die Gründung einer Gewerkschaftsbibliothek zu verzeichnen, dieselbe würde aber noch nicht in wünschenswerter Weise benutzt. — Es wurden im Berichtsjahre zwei Vortragsabende, ein wissenschaftlicher Vortrag und zwei öffentliche Gewerkschaftsversammlungen abgehalten, auch wurde die Kasseier in würdiger Weise veranfaßt. Leider konnte von einem guten Besuch der Veranstaltungen nicht gesprochen werden; mit Ausnahme der Kasseier haben alle Veranstaltungen mit einem Defizit abgeschlossen. Der Kassenbestand für 1906 beträgt 218,04 M., Einnahmen wurden 457,15 M., erzielt, mithin Ausgabe 239,11 M. — Die Zahl der an das Kartell angeschlossenen Mitglieder hat eine erfreuliche Steigerung erfahren. Sie stieg von 492 (inkl. 88 weiblichen) auf 571 (inkl. 100 weiblichen). Die Mitglieder verteilen sich auf acht Gewerkschaften: Rauzer 145, Tabakarbeiter 138 (100 weibliche), Holzarbeiter 110, Erdarbeiter und Buchdrucker je 60, Zimmerer 25, Töpfer 20 und Dachdecker 13. — Sammlungen wurden drei veranstaltet. Es wurden für die Bergarbeiter im Ruhrrevier 322,86 M., für die Schuhmacher in Reichensfeld 52,02 M. und für die Zigarettenarbeiter in Dresden 98,00 M. gesammelt. — Die Bibliothek umfaßt jetzt 236 Nummern. Wie schon anfangs erwähnt, muß die Bibliothek bedeutend mehr benutzt werden. Von den 571 Gewerkschaftsmitgliedern haben nur 40 Mitglieder Bücher entliehen. — Redner verfuhr noch die Presse und Ziele der Gewerkschaftskartelle im allgemeinen darzulegen und schloß damit seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. — In der Diskussion beteiligten sich noch einige Mitglieder, so Buchdrucker Döring, welcher wünscht und hofft, daß die Mitglieder noch bedeutend mehr die Parteipresse lesen müßten. Es lesen von den 571 Mitgliedern nur 117 die „Brandenburger Ztg.“ und 21 den „Vorwärts“. Viele lesen noch die bürgerlichen Zeitungen. Es wurde noch von verschiedenen Seiten bemängelt, daß der neugegründete Diskussionsklub seine Sitzungen Freitag abhalten soll, wo doch Bibliotheksabend sei, was aber nur falsch berichtet ist, denn der Diskussionsklub bestimmt seine Sitzungen von Woche zu Woche. Sonst wurde nichts Bedeutendes weiter besprochen und der Vorsitzende Richter schloß die gut besuchte Versammlung.

Steglitz.

Achtung, Flottenkoker! Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Flottenvereins beabsichtigt, in den nächsten Tagen Unterschriften zu einer Petition zu sammeln, durch welche der Reichstag aufgefordert werden soll, nicht nur die von der Regierung geforderten Ausgaben zu Schiffsbauten zu bewilligen, sondern noch über diese hinaus der Regierung Mittel zur Verfügung zu stellen, um mehr Ersatzbauten für die angeblich minderwertigen Schiffe auszuführen. Daß unsere Parteigenossen derartige Listen nicht unterschreiben, das wissen wir; sie müssen aber noch ein übriges tun und auch Mitarbeiter und sonstige Bekannte über den wahren Sachverhalt aufklären, damit auch diese sich nicht zu diesem Rummel gebrauchen lassen. Wägen die Wasserfrage in die eigene Tasche greifen und aus ihren Mitteln Schiffe nach Belieben bauen, das verwehrt ihnen niemand. Die Arbeiter lasse man ungehoren.

Nieder-Schönhausen.

Ein Rencontre, bei dem das Messer eine Rolle spielte, hat sich am Sonntag in Niederschönhausen zugetragen. In einem Streite, der zwischen dem Wajzer des Hauses Kappelerstraße 5, dem Klempnermeister Hülf und einigen Mietern seines Hauses ausbrach, zog in der Aufregung ein gewisser Arthur Arnold das Messer und brachte dem H. eine Anzahl Messerschläge bei. Hülf ist zwar schwer verletzt, befindet sich aber außer Lebensgefahr.

Nowawes-Rendorf.

Der Abbruch des alten Knaben-Schulgebäudes in der Pfisterstraße in Nowawes soll laut Bekanntmachung des Gemeindevorstandes in öffentlicher Submission vergeben werden, wogu Offerten bis zum 13. Januar einzureichen sind. Damit wird endlich ein öffentliches Gebäude veräußert, welches man mit vollem Recht nicht nur einen Schandfleck für unsere Gemeinde, sondern auch als eine würdige Illustration der sozialen Rückständigkeit der preussischen Regierung bezeichnen konnte; denn in keinem anderen Bundesstaat — außer vielleicht in Mecklenburg — wäre es wohl möglich gewesen, daß ein bereits vor über 19 Jahren von der oberen Verwaltungsbehörde als haufällig erklärtes Schulgebäude bis jetzt noch in Benutzung genommen werden konnte. Dabei muß konstatiert werden, daß nicht etwa die Käffigkeit der Gemeindeverwaltung die Schuld daran trägt. Diese hat sich vielmehr seit Jahren bemüht und Projekte zu einem Neubau eingereicht, um diesem jammervollen und für die Besucher der Schule nicht ungeschicklichen Zustande ein Ende zu bereiten; aber der „Unertum“ des und die Regierung lenkt. Erst nach vielem Hin und Her hat das zuletzt eingereichte Projekt Gnade vor den Augen der Behörden gefunden, und wird nach dem Abbruch des alten sofort mit dem Bau eines neuen zweistöckigen Schulhauses begonnen werden. Bis zur Fertigstellung desselben werden die Kinder, welche bis jetzt die Schule in der Pfisterstraße besucht haben, in den durch den jetzt fertig gewordenen Schulhausanbau in der Auguststraße neu-geschaffenen Räumen untergebracht werden. Somit wird die Gemeinde voraussichtlich Ende dieses Jahres im Besitz einer neuen

Schule sein, die hoffentlich eine Verminderung der außerordentlich hohen Klassenfrequenz in den übrigen Schulen im Gefolge hat.
Ein Neulohnsystem soll in Neundorf erdacht werden, nachdem bereits vor Jahresfrist eine Vorstudie für dasselbe dort etabliert worden ist. Ostern 1906 soll die Eröffnung der Sexta stattfinden; das Schulgeld ist auf 90 M. jährlich festgesetzt. Man hofft mit dieser Einrichtung, dem Zuge der Zeit folgend, „bessere“ und steuerkräftige Einwohner aus Berlin und seinen näheren Vororten nach Neundorf zu ziehen, was allem Anscheine nach gelingen dürfte. Daß auch in Neundorf auf dem Gebiete des Volksschulwesens noch außerordentlich traurige Verhältnisse herrschen, beweist die Tatsache, daß alle Klassen überfüllt sind; allerdings trägt man sich auch dort mit dem Projekt eines Schulhausneubaus. Da ja aber durch das Neulohnsystem für die Kinder der besserstehenden Einwohner genügend gesorgt ist, wird es mit dem Wachen der Volksschule nach gute Weile haben. Hoffentlich gelingt es uns, bei der diesmaligen Gemeindevertreterwahl einige rote Punkte in den blauen Harpfeinchen zu sehen, welche dazu beitragen, daß von der Gemeinde die Schaffung sozialer Einrichtungen etwas intensiver als bisher betrieben wird.

Für die Gewerbeordnungsarbeiten in Schöneberg und in Charlottenburg sind jetzt die Wahltermine festgesetzt worden. In Schöneberg erfolgen die Neuwahlen am Sonnabend, 20. Januar, nachmittags von 2½ bis 3½ Uhr im Schwarzen Adler für die Arbeitgeber und nachmittags von 4 bis 8 Uhr in 6 Wahlbezirken für die Arbeitnehmer; zu wählen sind 18 Arbeitgeber und 18 Arbeitnehmer. In Charlottenburg finden die Wahlen am Montag, 29. Januar, von 10 bis 1 Uhr und von 5 bis 8 Uhr in 8 Wahlbezirken statt; zu wählen sind 18 Arbeitgeber und 18 Arbeitnehmer.

Berliner Nachrichten.

Berlin Krankenhandlung gegen die Vororte.

Seitdem der Schullastentritt der Vororte gegen Berlin mit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts in der Streitfache Weissensee eine Wendung genommen hat, die für Berlin ungünstig ist, dürfen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die haus- und agrarischen Vorortfeinde noch mehr als bisher auf Verwirklichung ihrer gegen die Vororte gerichteten Pläne hoffen. Die Berliner Grundbesitzervereine fordern seit langem Maßnahmen gegen die Vororte, die aus Berlin die besserstehenden Steuerzahler und zahlungsfähigeren Mieter hinauslösen, aber für die eigene Bevölkerung die Mitbenutzung der Berliner Schulen, Krankenhäuser usw. beanspruchen. Daß einige der weniger wohlhabenden Vororte nun auch von Berlin noch Geld dazu verlangen, das hat dem Rat vollends den Vollen ausgeschlagen. Zu den Meppesialen, die ihnen in Aussicht gestellt worden sind, darf man den Krankenhandlungskrieg Berlins gegen die Vororte zählen. Dieser Krieg ist nicht erst jetzt entbrannt, aber die Wästel des Magistrats, nunmehr mit größerer Schmeidigkeit zum Angriff vorzurücken, ist zweifellos mit auf jenen Schullastentritt zurückzuführen.

Herr Wallach, der Häuptling der hausagrarischen Vorortfeinde in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, ist der Vater des Gedanken. Schon im Frühjahr 1904 schied er bei der Beratung des neuen städtischen Etats eine Resolution durch, die für die Verpflegung der hier nicht ortsangehörigen Kranken in unseren städtischen Krankenhäusern die Einforderung des „wirklichen Selbstkostenpreises“ empfahl. Der Magistrat übergab die Sache zunächst der Deputation für die Krankenanstalten und erbat sich Bericht. Die Deputation riet ab, aber der Magistrat glaubt jetzt jenem Wunsch der Stadtverordnetenmehrheit doch entsprechen zu sollen, und legt ihr nun einen bezüglichen Antrag vor. Vom 1. April 1906 ab will er, vorläufig bis zum 31. März 1909, die Aufkosten für nicht in Berlin wohnende Kranke bei Erwachsenen auf 4,20 M., bei Kindern auf 3,35 M. erhöhen. Höhere Kostenätze bestanden ja für auswärtige Kranke schon längst; Erwachsene zahlten 3 M. (statt 2,50 M.), Kinder 2,50 M. (statt 2 M.). Aber eine Erhöhung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, dürfte es den meisten Vorortbewohnern unmöglich machen, künftig noch in Berlin ein städtisches Krankenhaus aufzusuchen. Auch die Ausnahmen, die bisher noch zugelassen wurden, sollen aufgehoben werden. Hiernach würde also unter anderem auch für die in Vororten wohnenden Mitglieder von Berliner Krankenkassen sowie für die außerhalb wohnenden Beamten und sonstigen Angestellten der Stadtgemeinde Berlin der „Selbstkostenpreis“ zu zahlen sein. Dieser „Selbstkostenpreis“ ist, nebenbei bemerkt, auf höchst merkwürdige Art berechnet worden. Unter anderem stehen darin auch die Zinsen des Anlagekapitals der Krankenhäuser, ihres Grundwesens usw. Für den Grundwert ist eine Phantasiezahl eingesetzt, deren Höhe sich danach richtet, wie viel die Tertiarinspektion in der betreffenden Stadtgegend jeweils aus dem Peter Pauland herauswurft.

So sollen nun also die ersten Bausteine herbeigebracht werden zur Errichtung der chinesischen Mauer, hinter der Berlin sich gegen die Vororte zu verschließen gedenkt. Um den Vorfall annehmbarer erscheinen zu lassen, wird man wahrscheinlich erzählen, daß hiermit zugleich Abhilfe für die Berliner Krankenhäuser geschaffen werde. Davon kann aber gar keine Rede sein; denn im Vergleich zu der großen Zahl der hiesigen Kranken sollen die paar tausend auswärtigen, die hierher kommen, nicht so ins Gewicht fallen, daß ihre Hinausgratung die Krankenhäuser nennenswert mildern könnte. Das Mittel, das da vorgeschlagen wird, ist kein großes, sondern nur ein ganz kleines — und zugleich ein recht heimliches. Es paßt zu der Architekturpolitik, die die Berliner Hausagrarien wünschen und die nun auch der Magistrat gegenüber den Vororten befolgen will. Wann kriegen wir das Groß-Berlin, das diesem Treiben ein Ende bereitet?

Lehrbuch der Bierpantferei. Ein Lehrbuch der Bierpantferei stellt eine neue Zusammenstellung gerichtlicher Entscheidungen über Bierverfälschung für die gesundheitspolizeilichen Behörden dar. Man sieht daraus, wie vielerlei Stoffe zur Bierverfälschung unzulässigweise verwendet werden. Kochsalz und Weinspirit werden dem Bier beigegeben, um es kräftiger und voller gebräut erscheinen zu lassen, als es in Wirklichkeit der Fall ist. Fenchel, Lorbeer, Süßholz und Zimt sollen das Weißbier schmackhafter machen. Ein Brauer hatte nach allem Rezept 20 Hektoliter Weißbier ½ Pfund Lorbeer, ¼ Pfund Fenchel, ¼ Pfund weißen Zimt und 1 Pfund Süßholz beigegeben. Auch Rum und Paraisinuder wird beigegeben. Bierloulour nennt sich ein besonderes Bierfärbemittel. Selbst Salzsäure wird dem Bier beigegeben. Doppeltkohlen-saures Natron soll das Bier moussierend machen. Bodbiereextrakt nennt sich ein Mittel, das im wesentlichen aus Saccharin besteht. Eine Gebrauchsanweisung besagt, daß man damit aus jedem beliebigen Bier sofort Bodbiere herstellen kann. Man braucht nur auf 1 Hektoliter Bier ¼ bis 1 Liter Bierextrakt beigegeben und „man erhält ein Bier in Geschmack, Vollmundigkeit und Farbe des echten, eingebräuten Bodbiere bei hohem Glanz und großer Haltbarkeit“. Zahllos sind die Verstrafungen wegen Verfälschung von Saccharin, vielfach in Form von Tafelchen beigegeben. Außerdem gibt es besondere Verfälschungsmittel, die Dulcin, Zuckerloulour oder Zuckerein genannt werden. Bierextrakt heißt ein Erzeugnis, das im wesentlichen aus Zuckerloulour mit höchstens 5 Proz. Malzextrakt und vielleicht ganz geringen Hopfenbestandteilen besteht.

Die Feuerungszulage soll halb ausbezahlt werden. Aus dem Rathause wird gemeldet: „Allen städtischen Arbeitern und Beamten, auch den Mannschaften der Berliner Feuerweh, wird in den nächsten Tagen eine Zulage von 25 M. ausbezahlt werden, sofern sie ein Einkommen — Gehalt, Lohn usw. — von weniger als 2000 M. haben. Alle die, welche mehr als 2000 M. Dienstbezüge haben, sei es durch den Bezug von Nebenemolumenten, einer freien Wohnung usw., sind aus-

geschlossen. Da es sich um mehr als 14 000 Personen, die in vielen Verwaltungen beschäftigt sind, handelt, erforderten die Feststellungen viel Zeit und Arbeit.“

Göttliche Weltordnung.

Wer die etwas abseits von dem stutenden Gewoge des Geschäftslebens belegenen Straßen durchwandert, der sieht fast an jedem Hause ein Schild hängen mit der Aufschrift: „Logis frei“, möbl. Zimmer, Wohnungen von 2, 3, 4 und mehr Zimmer zu vermieten. Alle diese Aufschriften belegen, daß für leere stehende Räume Bewohner gesucht werden. Eine einzige Nummer einer hiesigen Zeitung erzieht ausschließlich der Angebote für Geschäftslokale usw. über 100 Inserate, in denen oft mehrere Wohnungen oder Zimmer angeboten wurden. Man sollte demnach vernünftigerweise annehmen können, es lechte ein großer Heberdruck an bewohnbaren Räumen und ein Mangel an Lebewesen, welche ein ungedecktes Bedürfnis für ein Unterkommen haben. So mühte es sein, lebten wir nicht in der göttlich-kapitalistischen Ordnung! Aber es ist anders! Tausende Menschen drängen sich Tag für Tag zu den Ärgern für Obdachlose, viele müssen umkehren, Verzweiflung im Herzen, sie wissen nicht, wohin sie ihre Haupt betten werden. In Torbögen, in Ställen, Wagen und dergleichen Schlupfwinkel nützigen Menschen, die nach der Lehre, mit denen man unsere Alcein in der Schule regaliert, alle nach dem Ebenbilde Gottes erschaffen sind. Manche dieser „Ebenbilder“ frieren unter freiem Himmel — und tausende Bohrräume sind unbewohnt! — Arbeitskräfte liegen brach, Materialien sind vorhanden, es könnten noch mehr Wohnungen errichtet werden. Es geschieht nicht; arbeits- und obdachlose Menschen liegen auf der Straße, Wohnungen bleiben unbewohnt, weil das — göttliche Weltordnung ist.

Der „Deutsche Agitationsverband“ schickt uns durch den Schriftführer, einen Herrn Franz Porowicz, eine Zuschrift des Inhalts, daß Herr Friedrich Weisendorff mit dem „Agitationsverband“ absolut nichts zu tun habe. Der Letztere sei nur aufzufordern, „das Referat in den Lehrstuhlsversammlungen zu übernehmen, habe aber sonst mit dem „D. A. V.“ absolut nichts zu tun.“ Wir hatten bisher den Namen des Herrn Porowicz als Arrangeur der Lehrstuhlsversammlungen nicht mit genannt, und kommen nunmehr in die Lage, dies nachholen zu können. Dieser Herr verlangt von uns allen Erntes die Aufnahme einer Verichtigung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes, die auch nicht im geringsten darauf Anspruch machen kann. Wir hätten nun das und zugegangene Schreiben des Herrn Porowicz sehr gern abgedruckt, wenn der Herr nicht geschrieben hätte, daß die Veröffentlichung würde er die Sache weiter verfolgen. Wir wollen ihm das Verlangen nicht rauben. Durch die Veröffentlichung kommen allerdings unsere Leser um einige weitere Minuten; sie werden sich aber zu trösten wissen.

Ein Kindesmord ist gestern in der Steinmehlsstraße entdekt worden. Auf dem Flur des Hauses Steinmehlsstraße 42 wurde durch einen Anwohner in einer verborgenen Ecke die Leiche eines Säuglings weiblichen Geschlechts aufgefunden. Spuren äußerer Gewalt deuten darauf hin, daß das Kind erdrosselt worden ist. Die Umhüllung der Leiche bestand aus einem weißen Hemdchen und grauem Packpapier. Die Polizei hat die Ermittlungen nach der Mutter, von der bisher jede Spur fehlt, in die Wege geleitet.

Im Strudel des Vergnügens vom Tode überrascht. Eine jäh Unterbrechung fand eine festliche Veranstaltung, welche gestern in einem bekannten Stabliessen in Alt-Moabit stattgefunden hat. Inmitten des Trubels brach plötzlich ein älterer Herr zusammen und starb kurz darauf. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod infolge Herzschlages eingetreten war. In dem Verstorbenen wurde der Telegrapheninspektor a. D. L. aus der Schloßstraße zu Steglitz erkannt.

Ein tragisches Ende hat die Ehe des Bureauvorstehers Sch. aus der Eisingerstraße genommen. Seit mehreren Jahren lebte Sch. mit seiner erst 28 Jahre alten Frau in glücklichster Ehe. Vor einiger Zeit machten sich bei der jungen Frau Spuren von Trübsinn bemerkbar. Der Zustand der Unglücklichen verschlimmerte sich derart, daß sie schließlich mit Selbstmordgedanken umging. Als Sch. gestern vom Dienst heimkehrte, ward ihm eine furchtbare Heberatschung zu teil. Im Wohnzimmer fand er seine junge Frau am Fensterkreuz erhängt vor. Sofort angeforderte Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Das geheimnisvolle Verschwinden eines jungen Mädchens beschäftigt seit einigen Tagen die Kriminalpolizei Berlins und der weislichen Vororte. Am vergangenen Donnerstag entfernte sich die 15jährige Tochter des Portiers Treptow aus der Rheinstraße 25 zu Friedebau, um sich nach ihrer Arbeitsstätte in einem Berliner Geschäft zu begeben. Es ist jedoch bis heute weder dort angekommen noch in die elterliche Wohnung zurückgekehrt. Das Mädchen, welches trotz seiner Jugend außerordentlich stark entwickelt ist, wurde zuletzt in Begleitung eines fremden Mannes von einer Bekannten am Stettiner Bahnhof gesehen. Die Vermutung erzählt ihrer Freundin, sie werde jetzt nach Monaco reisen. Seitdem fehlt nun jede Spur von der L. Es ist anzunehmen, daß die Verschwindende Mädchenhändlern in die Hände gefallen ist.

Durch einen Hundebiß den Tod gefunden. Von einem bedauernden Schicksal ist das 15jährige Dienstmädchen Olga Buchholz, das bei einer Herrschaft in der Koloniestraße in Stellung gewesen war, betroffen worden. Vor einigen Tagen wurde das junge Mädchen auf der Straße von einem Hunde gebissen und bald darauf in das Paul Gerhardt-Stift eingeliefert. Inzwischen hatte sich eine Blutvergiftung gebildet, an deren Folgen die G. gestern sterben mußte. Die Leiche des Mädchens ist zur Obduktion polizeilich beschlagnahmt worden.

Zwei schwere Unglücksfälle im Straßenverkehr haben sich vorgestern abend ereignet. Auf dem Heimwege geriet die 75jährige Rentnerempfängerin Karoline Wolff, Admiralsstr. 8 wohnhaft, in der Belle Alliancestraße infolge ihrer Schwermüdigkeit an einen Korbwagen heran und wurde überfahren. Der rechte Fuß wurde der Greisin durch die Räder des schweren Gefährts vollständig zermalmte. Die Verunglückte fand im Krankenhaus am Urban Aufnahme. — Ebenfalls dort hingebracht wurde der 63 Jahre alte Geldhändler August Hasenberg. Am Hälleschen Tor wurde S. von dem Omnibus Nr. 700 der Linie Wülfersplatz-Hausvogelplatz überfahren. Die Räder gingen dem Bedauernswerten über den Oberkörper und die Unterschenkel hinweg, so daß S. einen komplizierten Beinbruch und anscheinend auch schwere innere Verletzungen davontrug.

Eine Protestkundgebung gegen die Berliner Stadtverwaltung veranstalteten gestern die Berliner Gemeindevorkämpfer. Einhellig gab man der Meinung Ausdruck, daß die Stellung, welche durch den Gemeindevorstand vom 5. Februar 1903 den städtischen Technikern zugewiesen wird, eine unwürdige und unbillig sei, da sie jede wirkliche Aufbesserung ihrer Bezüge unmöglich macht. Den bereits mit Pensionsberechtigung versehenen Technikern bei den Gaudewerken habe die Stadtverwaltung die von ihnen als Beamte zurückgelegten Dienstjahre nicht angerechnet, so daß selbst Leute, die über ein Vierteljahrhundert im Dienste der Stadt stehen, der jetzt vom Magistrat beschlossenen Gehaltszulage nicht teilhaftig werden können. Nach dem jetzigen Modus müßten viele Techniker erst eine 40jährige Dienstzeit hinter sich haben, um zu einem einigermaßen auskömmlichen Gehalt zu kommen. Ein solches Verfahren sei einer Stadt wie Berlin nicht würdig. Auch die von der Stadtverordnetenversammlung bewilligte Feuerungszulage komme nur wenigen Begünstigten zugute. Bei den maßgebenden Behörden soll durch Protesteingaben den Beschwerden der Gemeindevorkämpfer Ausdruck gegeben werden.

Der in Arbeiterkreisen wohlbekannte Lese- und Diskussionsklub „Süd-Ost“ feiert am Sonntag, den 14. Januar, in Kellers Festhallen, Köpenicker Str. 29, sein 15. Stiftungsfest, Informatenverantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

bestehend aus Vokal- und Instrumentalkonzert unter Mitwirkung namhafter Solisten und des Gesangsvereins „Kreuzberger Harmonie“. Die Feste der hat Genosse Paul Singer übernommen. Das reichhaltige Programm verspricht den Besuchern einen genussreichen Abend und es ist angesichts des geringen Eintrittsgeldes ein zahlreicher Besuch sehr erwünscht.

Verrat militärischer Geheimnisse.

Die kassierten erregenden Hausdurchsuchungen nach Waffen, die, wie wir berichtet haben, in Spandau vorgenommen worden sind, sind auch nach Berlin ausgebreitet worden. Hier haben in den letzten Tagen viele Hausdurchsuchungen nach allen Militärgeheimnissen und Briefschaften bei Büchsenmachern und Waffenhändlern stattgefunden. Zurückgeführt werden die Hausdurchsuchungen auf die Verhaftung des Waffenhändlers Loll aus Grünberg in Schleisen, der unter anderem auch des Landesverrats beschuldigt wird, und eines Altkämpfers Behrend in Posen. Loll soll mit allen Militärgeheimnissen, Modell 1881/84 und 1888, einen schwunghaften Handel getrieben haben, obwohl für die Abgabe solcher Waffen bestimmte Vorschriften bestehen. Im Inlande werden die ausgeschiedenen Militärgeheimnisse nur an Arbeiter- und Schützenvereine verkauft und zwar nur in einer Anzahl, die sich mit dem jeweiligen Mitgliederbestande deckt. Sie kosten nur 1,50 M. pro Stück mit Einschluß von 100 Patronen. Diese Gewehre weiter zu verkaufen ist verboten. Aus den alten Gewehren, die den Truppenteilen zu Disposition überlassen werden, läßt die Militärverwaltung die Schloßer entfernen. Diese werden dann auseinandergenommen und als altes Eisen verkauft. Es gibt aber Büchsenmacher, die die einzelnen Teile wieder herauslösen und zusammensetzen. Zu den so gewonnenen Schloßern werden dann Kolben, Schäfte usw. neu gebaut, und das Militärgeheimnis ist wieder fertig, vielleicht mit einigen kleinen Veränderungen. Bei den Hausdurchsuchungen wurden viele Gewehre, Gewehrteile und Briefschaften beschlagnahmt. In vielen Fällen wurde eine Verbindung mit Loll bereits festgestellt.

Die aus Spandau gemeldet wird, handelt es sich dabei auch um eine strafrechtliche Untersuchung gegen eine Anzahl von aktiven Militärpersonen. Es sind bereits mehrere Unteroffiziere von zwei Regimentern des 5. Armeekorps (Posen) in Untersuchungshaft genommen worden.

Aus Posen wird berichtet, daß die Untersuchung über die Diebstähle von Munition und Waffen bei der deutschen Militärverwaltung nach den Ermittlungen des zu diesem Zweck besonders ernannten Untersuchungsrichters, des Landrichters Lehr, Material zu Tage gefördert habe, das von großen Dimensionen ist. In die Untersuchung sind Unteroffiziere einer sehr großen Anzahl von Regimentern, vornehmlich der Infanterieregimenter 140, 134, 46, 47 und 6 verwickelt, von denen die Mehrzahl in Untersuchungshaft genommen worden ist. In Posen sind ein Sergeant des Infanterieregiments 48 sowie je ein Unteroffizier des Infanterieregiments 6 und 47 und ein Unteroffizier des Königsjägerregiments, die als Schießunteroffiziere fungiert haben, verhaftet worden. Der letzte ist indessen auf Grund des Ergebnisses einer Gegenüberstellung mit dem in Untersuchungshaft befindlichen Fehler Behrend entlassen worden. Den übrigen in Haft Befindlichen werden nur Diebstähle an scharfen Patronen für das Infanteriegewehr Modell 98 zur Last gelegt, die kurz nach der Verhaftung des Behrend bei einer vorgenommenen Hausdurchsuchung in erheblichen Mengen vorgefunden wurden. Dieser Fund gab dem Untersuchungsrichter Veranlassung, nach dem Zwecke dieses Patronenankaufs zu forschen. Behrend, der in die Enge getrieben wurde, gestand nunmehr ein, daß er die Patronen und auch Gewehre von einigen Unteroffizieren gekauft und diese durch den Waffenhändler Loll in Grünberg weiter vertrieben habe. Die darauf bei Loll vorgenommene Durchsuchung förderte ein ganzes Lager von Infanteriegewehren der Modelle 87/88 und 98 zutage. Gleichzeitig konnte durch die beschlagnahmte Korrespondenz ermittelt werden, daß die Gewehrlieferungen aus Königsberg, Graudenz, Hofensalza, Bromberg, ja sogar aus Reg und Münden erfolgt waren. Es wurde daraufhin die Verhaftung aller verdächtigen Militärpersonen angeordnet. Auf Grund weiterer Feststellungen ist erwiesen, daß die gestohlenen Gewehre und die Munition meist nach dem Auslande, speziell nach Rußland, vertrieben worden sind; auch ist festgestellt, daß ein Infanteriegewehr Modell 1898 mit Seitengewehr und Munition dem Spionagebureau in Paris überliefert ist. Dem Untersuchungsrichter, Landrichter Lehr, ist zu seiner Unterstützung ein Kriminalkommissar beigegeben worden. In der Behrend'schen Geschäftsliste befanden sich etwa 6000 M., die der gerichtlichen Beschlagnahme verfielen.

Ein Kind aus Feuergefahr gerettet. Gestern vormittag wurde die Feuerwehre nach der Stettinerstraße 66 gerufen, weil dort in dem Keller Feuer entstanden war. Als der 16. Löschiug eintraf, wurde dem leidenden Offizier gemeldet, daß sich ein Kind in dem brennenden Keller befände. Es wurden daher sofort mit Rauchhelmen ausgerüstete Sappeure beigegeben, die dann auch wirklich nach kurzer Zeit ein achtjähriges Mädchen namens Elisabeth Thiele aus Tageslicht brachten. Es hatte durch die Einwirkung des Rauches schon die Bewußtsein verloren. Während nun ein Teil der Löschiungsmannschaften das Feuer erlöschte, nahmen sich die Sapparier der Wehre des Kindes an. Es gelang auch, die Kleine ins Leben zurückzurufen, doch war ihr Zustand derart, daß sie nach dem Kaiser Friedrich-Krankenhaus beigebracht wurde. Ueber die Entstehung des Brandes ist nichts ermittelt.

Ferd und Wagen gestohlen. Gestern nachmittag vor der Handelsstraße Verkaufsstelle in der Lindenstraße dem Milchhändler Otto Disper aus der Dorfstraße 12 zu Mariendorf. Der Mann hatte sein Gefährt auf kurze Zeit verlassen, um einen Kunden zu besorgen. Als er zurückkehrte, war das Fahrzeug verschwunden. Bis jetzt ist es der benachrichtigten Polizei nicht gelungen, den Täter zu ermitteln. Der Wagen war mit einer Buchsichte bespannt. Der Vorkauf ist für den Betroffenen um so schmerzlicher, als ihm schon vor Jahresfrist ein Pferd mit samt dem Wagen gestohlen wurde, ohne daß es ihm wieder zugeführt werden konnte.

Im Zirkus Bush produziert sich jetzt unter anderen die Kletterfamilie Kardinal, die bisher im „Nouveau Cirque“ in Paris auftrat. Nicht verwegene Kletterstücke bringt sie zur Ausführung. Die phantastische Pantomime „Indien“ beherrscht außerdem noch das Repertoire.

Vermischtes.

Ein schwerer Betriebsunfall auf der Pariser Untergrundbahn. Paris, 9. Januar. Der aus zwei Waggons bestehende, vorzugsweise Arbeiter befördernde Zug der Drahtseilbahn, welcher heute morgen 6 Uhr von der hochgelegenen Pariser Station Rue de Belleville nach der Place de la Republique fahren sollte, erlitt einen Riß des Kabels. Ohne zu entgleisen, rollte der Zug etwa 600 Meter hinab, die ganze Place de Republique entlang bis zur Rue Saint-Maur. Das Unglück soll durch das Versagen der Bremse verursacht worden sein, die schon allzulange in Gebrauch war, ohne daß stark mitgenommene Teile ausgewechselt worden sind. Das Zerreißen des Kabels erfolgte unmittelbar, nachdem das Signal zur Abfahrt gegeben worden war. Die Rufe der Besonnenen: „Sich bleihen!“ Hieben wirkungslos; gegen zwanzig Personen, darunter mehrere Frauen, sprangen aus dem Zug und erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Nach einer Minute, die den Insassen des Waggons eine Ewigkeit dünkte, gelang es dem Maschinenführer, den Zug bei der Haltestelle Rue Saint-Maur zum Stehen zu bringen. Drei Personen haben Schädelfraktur erlitten und dürften kaum mit dem Leben davonkommen.

Erdrutsch. Haberstraw (Staat New York), 9. Januar. Hier ereignete sich gestern kurz vor Mitternacht ein Erdrutsch, bei dem acht Häuser aus einer Höhe von 100 Fuß in eine Longrube hinabstürzten, die zu einer Ziegelei gehört. 16 Personen kamen dabei ums Leben. Man nimmt an, daß der Erdrutsch dadurch verursacht wurde, daß man mit dem Ausgraben des Tons zu nahe an die Straße heranging.